



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Indien 2004 – Von der Hindutva zum Säkularismus?“

Verfasserin

Vanessa Krebs

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: a.o. Univ. Prof. Dr. Peter Feldbauer

Inhalt

1. Einleitung: Indiens Politik zwischen Hindutva und Säkularismus.....	2
2. Analyse der indischen Parlamentswahlen 2004.....	5
2.1 Indiens soziale Struktur und das Wahlverhalten der einzelnen Schichten....	5
2.2 Die BJP und ihre Koalitionspartner	11
2.3 Der Congress und seine Koalitionspartner.....	14
2.4 BJP und Congress auf dem Weg zur vierzehnten Lok Sabha.....	16
2.5 Die Wahl zur vierzehnten Lok Sabha – Ergebnisse und deren Hintergründe.....	25
3. Die politische, soziale und wirtschaftliche Lage Gujarats im Überblick.....	31
4. Das Massaker in Gujarat 2002 als Resultat der Hindutva – Politik	40
5. Die Bilanz der Gewalt und deren Instrumentalisierung für die Landtagswahlen 2002	46
6. Die Wirtschaftspolitik der NDA - Auf dem Weg zu „India Shining“	52
6.1 Verbesserungen im Bereich der Landwirtschaft	53
6.2 Das „National River Link Project“ (NRLP).....	55
6.3 Indien auf dem Vormarsch im Bereich der Informationstechnologie (IT).....	61
6.3.1 Ausbau des Hardware-Bereichs.....	63
6.3.2 Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Software	64
6.3.3 Ausdehnung des „Media Lab Asia“ und der „Community Information Centres“ (CICs)	65
6.3.4 Computersoftware in indischen Sprachen.....	66
7. Nach dem Wahlsieg - die Politik der neuen Regierung.....	67
7.1 Sampoorna Grameen Rozgar Yojana (SGRY)	68
7.2 National Food for Work Programme (NFFWP).....	70
7.3 National Rural Employment Guarantee Act (NREGA).....	71
7.4 Zur Stellung der Frau	75
7.5 Zur Situation der „Scheduled Castes and Tribes“	76
7.6 Die Rechte der Arbeiter und Angestellten.....	76
8. Ausblick	78
9. Anhang	80

1. Einleitung: Indiens Politik zwischen Hindutva und Säkularismus

Ich beschäftige mich im Rahmen dieser Arbeit mit dem überraschenden Ergebnis der indischen Parlamentswahlen 2004 und dessen Auswirkungen auf die Politik des Landes. Bevor ich mich den zentralen Fragen meiner Arbeit widme, folgt nun eine kurze Erklärung der Thematik.

Indiens Politik wird von zwei Großparteien, der Bharatiya Janata Party (BJP) und dem Indian National Congress (INC), entscheidend geprägt.

Die Bharatiya Janata Party, zu Deutsch indische Volkspartei, vertritt das Konzept der „Hindutva“, der Ausrichtung des Lebens nach hinduistischen Grundsätzen. Darüber hinaus strebt sie nach der „hindu rashtra“, einem „Staat der Hindus“. Durch Mobilisierung ihrer Mitarbeiter und den gezielten Einsatz religiöser Sinnbilder schaffen sie es vor allem die unteren Schichten der Gesellschaft anzusprechen, die sich aufgrund der simplen Botschaft und allen sozialen Barrieren zum Trotz, einer großen „Hindu-Familie“ zugehörig fühlen kann. Doch auch Indiens Oberschicht ist der Bharatiya Janata Party zugetan, wobei religiöse Motive hier eine untergeordnete Rolle spielen. Für die wohlhabende Bevölkerung ist vielmehr die Wirtschaftspolitik der BJP von Belang. Inhalt dieser Politik ist Indiens Stellung am Weltmarkt und der Aufstieg des Staates zum „global player“ bis 2020. Die Aussicht auf Reichtum macht somit viele Angehörige der „Forward Class“ zu Wählern der BJP.

Dank der Hindutva-Thematik konnte die Bharatiya Janata Party und ihre Vielparteien-Koalition „National Democratic Alliance“ (NDA) aus der Wahl zur dreizehnten Lok Sabha, dem indischen Unterhaus, 1998 als Sieger hervorgehen.

Sechs Jahre später ging die BJP mit einer groß angelegten Multimedia-Kampagne und dem Slogan „India Shining“ erneut in den Wahlkampf. Hervorgehoben wurde dieses Mal Indiens Wirtschaftswachstum von acht Prozent, sowie sein baldiger Status als Wirtschaftsmacht. Sämtliche Umfragen attestierten der Partei einen Erdrutschsieg. Jedoch musste sie sich dem Indian National Congress (INC) und seinem Motto des „Hand behind the common Man“ geschlagen geben.

Im Allgemeinen ist ein Wahlverlust in einem Land wie Indien nichts Ungewöhnliches, da die zur Wahl stehenden Parteien immer das Risiko eingehen, durch den so genannten „Anti-Incumbency-Faktor“ Stimmen zu

verlieren. Dieser Faktor bezeichnet das Wahlverhalten jener Stimmberechtigten, die sich bewusst für die gegnerische Partei entscheiden, um so ihrem Unmut über die aktuelle Situation Ausdruck zu verleihen.

Die Tatsache, dass die Bharatiya Janata Party ihre altbewährte Strategie aufgegeben hatte, sich aber gleichzeitig ihres Sieges so sicher war, dass sie den Wahltermin ein paar Monate nach vorne verschob, bewegte mich dazu, diese Wahl einer genaueren Analyse zu unterziehen, um herauszufinden, warum die BJP letztendlich zu Gunsten des Congress das Feld räumen musste.

Darüber hinaus möchte ich die Auswirkungen der Hindutva - Politik veranschaulichen, indem ich auf die brutalen Übergriffe im Unionsstaat Gujarat im Jahr 2002 näher eingehe. Der Konflikt zwischen Hindus und Moslems, der das Land schon seit Jahrzehnten prägt, erreichte während der Regierungszeit der „National Democratic Alliance“ hier einen weiteren, traurigen Höhepunkt.

Des Weiteren versuche ich das von der BJP proklamierte „Wirtschaftswunder Indien“ zu hinterfragen. Indem ich einen Überblick über den zehnten Fünfjahresplan gebe, der die Jahre 2002 bis 2007 umfasst, möchte ich die wirtschaftlichen Ziele der NDA deutlich machen und zeigen, was sich tatsächlich hinter der glänzenden Fassade von „India Shining“ verbirgt.

Zuletzt widme ich mich der Frage, ob die Entscheidung der Wähler für den „Indian National Congress“ tatsächlich eine Abkehr vom Hindu-Nationalismus hin zu einer säkularen Gesellschaft bedeutet.

Der INC steht in Indien immer noch für Säkularismus, obwohl die Partei auch unter internen Zwistigkeiten zu leiden hat. Traditionsgemäß zählen religiöse Minderheiten, wie Moslems und Christen, zu den Wählern des Congress. Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so befürwortet der Congress Indiens Teilnahme am globalen Wettbewerb, legt dabei jedoch nicht die Aggressivität der Bharatiya Janata Party an den Tag, was die Partei für die wohlhabende Bevölkerung wenig interessant macht.

Das „Common Minimum Programme“ (CMP) der neuen Regierung des Congress und seiner Koalition „United Progressive Alliance“ (UPA), ist äußerst ehrgeizig. Gemäß ihres Slogans „Hand behind the common Man“ setzt sie sich vor allem für die Nahrungssicherung der ländlichen Bevölkerung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen ein. Überdies bezieht die Regierung innerhalb

dieses Programms ganz klar Stellung gegen religiös motivierte Gewalt und strebt nach sozialer Gleichstellung.

Ob sich sämtliche Punkte des umfangreichen „Common Minimum Programme“ umsetzen lassen, wird sich im Laufe der nächsten Jahre weisen.

Sinn und Zweck dieser Arbeit ist es, einen Überblick über die sechs Jahre währende Regierung der „National Democratic Alliance“ zu geben. Während meiner Recherchen erhielt ich den Eindruck, dass solche Überblicke selten bis gar nicht gegeben werden. Indem ich sie den geplanten Veränderungen der neuen Regierung gegenüber stelle, versuche ich aufzuzeigen, dass der Staat Indien tatsächlich eine neue Richtung einschlagen könnte.

2. Analyse der indischen Parlamentswahlen 2004

2.1 Indiens soziale Struktur und das Wahlverhalten der einzelnen Schichten

Obwohl das Kastensystem Indiens in den Großstädten, wie beispielsweise Delhi, zusehends seine Gültigkeit zu verlieren scheint, so ist es dennoch ein Gradmesser für die Position des Einzelnen in der Gesellschaft. Vor allem hinsichtlich Ausbildung und beruflicher Tätigkeit sind dem Großteil von Indiens Bevölkerung dadurch Grenzen gesetzt. Nur rund 18 Prozent¹ von über einer Milliarde Einwohnern² gehören der oberen Kaste, der „Forward Class“ (FC), an. Bedingt durch ihren Zugang zu höherer Bildung, ist es Angehörigen der Forward Class möglich, die höchsten Posten in Politik und Wirtschaft einzunehmen. Allerdings gibt es auch innerhalb dieser Oberschicht Abstufungen, das Spektrum reicht von den einflussreichsten Individuen bis zu jenen, die sich bereits den „Other Backward Castes“ (OBCs) annähern. Ebenso wird das Attribut, Mitglied der Forward Class zu sein, nicht in ganz Indien anerkannt. Tatsächlich können sich nur wenige Familien des Privilegs rühmen landesweit an der gesellschaftlichen Spitze zu stehen, während andere diesen Status nur in einigen Unionsstaaten genießen.

Die „Other Backward Castes“ (oder „Other Backward Classes“) (OBCs) sind äußerst vielfältig und zahlenmäßig schwer bestimmbar. Genau wie die Forward Class werden sie nicht in der Volkszählung erfasst, doch im Gegensatz zur Oberkaste finden sich in anderen Quellen widersprüchliche Angaben. Definiert wurde diese Gruppe erst nach der Festsetzung der Reservierungspolitik in der indischen Verfassung. In dieser ist davon die Rede, dass Anordnungen zur Vormerkung von Positionen, die vom Staat zu besetzen sind, für „rückständige Klassen von Bürgern“ erfolgen³. Zwecks Definition der rückständigen Klassen kam bereits im Jahr 1953 die Kaka Kalelkar – Kommission zustande. Sie legte

¹ Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda (Hrsg.), Der Hindu – Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005 S.315

² Laut der letzten Volkszählung im Jahr 2001 hat Indien genau 1,028,737,436 Einwohner. Angaben zu finden in: Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, A – Series – Total population, Census of India, <http://www.censusindia.gov.in/Census Data 2001/Census data finder/A Series/Total population.htm> (8. Juni 2008)

³ Martin Heimes, Die Mandal – Kommission. Affirmative Action in Indien, Südasiens – Informationsnetz e.V., Südasiens.info, 15. April 2001, <http://www.suedasien.info/analysen/634> (8.Juni 2008)

vier Aspekte fest, die ein Mitglied der OBCs als solches ausweisen. Diese äußerst schwammigen Aspekte umfassten die untergeordnete soziale Stellung, das geringe Maß an Bildung sowie die mangelnde Vertretung im staatlichen und industriellen Bereich. Zusätzlich gestützt auf die Aufzeichnungen der Volkszählung kam die Kommission zu dem Schluss, dass genau 2399 Gemeinschaften als rückständig zu betrachten waren. Um genau diesen Betroffenen Chancengleichheit am Arbeitsmarkt einräumen zu können, empfahl die Kommission 70 Prozent der Plätze im Bildungsbereich, sowie zwischen 25 und 40 Prozent der Stellen in staatlichen Betrieben⁴ für Angehörige der OBCs freizuhalten. Die sehr unpräzise ausformulierten Merkmale und die nicht besonders verlässlichen Daten der Volkszählung erschwerten das wissenschaftliche Vorgehen, was die Vermutung nahe legt, weshalb einige Mitarbeiter und der Vorsitzende Kaka Kalekar vom Endergebnis Abstand nahmen. Dem Bericht wurde aufgrund der Ablehnung von Seiten der Autoren und der Höhe der unterbreiteten Quoten keine Beachtung geschenkt⁵.

Da der Report weder die Zahl der „Other Backward Castes“ genau festlegen, noch mit den erhofften Richtlinien aufwarten konnte, bestimmten sämtliche Unionsstaaten ihre Quoten nach eigenem Gutdünken.

Im Jahr 1979 stellte man sich erneut dem Problem der Klassifizierung und Erhebung der OBCs und berief die Mandal – Kommission, benannt nach ihrem Vorsitzenden Bindeshwari Prasad Mandal, ein. Diese ging weitaus systematischer vor und unterschied in den einzelnen Distrikten klar zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Sie beschloss im Rahmen ihrer Untersuchung drei Bereichen Aufmerksamkeit zu schenken, nämlich dem sozialen, wirtschaftlichen und dem Bildungsbereich. Den ersten beiden wurden jeweils vier Parameter zugeschrieben, dem letzten drei. Die sozialen Parameter zur Charakterisierung der „rückständigen Klassen“ umfassten beispielsweise den Mangel an maschineller Unterstützung bei der Verrichtung der täglichen Arbeit, sowie den Anteil der Frauenarbeit falls er mindestens 2

⁴ Heute sind nicht ausschließlich vom Staat gesponserte Posten reserviert, sondern ebenso solche in Privatbetrieben, sofern diese mehr als zehn Angestellte zu verzeichnen haben. Martin Heimes, Die Mandal – Kommission, <http://www.suedasien.info/analysen/634> (8. Juni 2008)

⁵ Martin Heimes, Die Mandal – Kommission, , <http://www.suedasien.info/analysen/634> (8. Juni 2008)

Prozent über dem unionsstaatlichen Durchschnitt lag⁶. Was den wirtschaftlichen Bereich betraf, so wurde unter anderem die Entfernung von der nächsten Trinkwasserquelle in Betracht gezogen, falls diese für mehr als die Hälfte der Haushalte über einen halben Kilometer entfernt war. Im Bildungsbereich schließlich wurde das Augenmerk zum Beispiel auf Kinder und Jugendliche zwischen fünf und fünfzehn Jahren, die keine Schule besuchten, gelegt, sofern ihre Anzahl sich 25 Prozent über dem Durchschnitt der einzelnen Staaten befand⁷. Den Parametern wurden Punkte zugeordnet und die auf diese Weise ermittelten „other backward castes“ wurden für ganz Indien aufgelistet. Die Kommission konnte 3743 Gruppen als solche kategorisieren, was laut deren Schätzung 52 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. Dieser Prozentsatz basierte teils auf den Zensusdaten des Jahres 1931, bei dem die Einwohner zuletzt nach Kasten eingeteilt wurden, und teils auf Analysen und Hochrechnungen⁸. Abschließend schlug die Kommission vor, 27,5 Prozent sowohl der Hochschulplätze als auch der Stellen im Staatsdienst für die OBCs zu reservieren.

Erst am 16. November 1991 wurde vom obersten Gerichtshof festgestellt, dass das Vormerken von Posten auf der Basis der Ergebnisse der Mandal – Kommission dem Gesetz entspricht. Ebenso befand er es für legitim die vermögenden Mitglieder der OBCs, den so genannten creamy layer, durch bestimmte Voraussetzungen vom Privileg der Reservierung auszunehmen⁹.

Der in der Mandal – Kommission festgeschriebene Prozentsatz der „rückständigen Klassen“ wird allerdings angezweifelt. Die Fülle an aufgestellten Parametern, so die Bedenken, hätten diese weit über die

⁶ “Social criteria ... Castes/classes which mainly depend on manual labour for their livelihood. ... Castes/classes where participation of females in work is at least 2 per cent above the state average.“ OBCReservation.net, What is Mandal Commission?, 2006 OBCReservation.net, <http://www.obcreservation.net/ver1/content/view/37/90/1/2/> (8. Juni 2008)

⁷ “Educational criteria ... Castes/classes where the number of children in the age group of 5- 15 years who never attended school is at least 25 per cent above the state average. ... Economic criteria ... Castes/classes where the source of drinking water is beyond half a kilometer for more than 50 per cent of the households.“ OBCReservation.net, <http://www.obcreservation.net/ver1/content/view/37/90/1/2/> (8. Juni 2008)

⁸ “How 52%? Figures of caste-wise population are not available beyond 1931. So the commission requested states/union territories to use 1931 census data, analyze the trends and estimate by using statistical methods for extrapolating the current population.“ OBCReservation.net, <http://www.obcreservation.net/ver1/content/view/37/90/1/2/> (8. Juni 2008)

⁹ Martin Heimes, Die Mandal – Kommission, , <http://www.suedasien.info/analysen/634> (8. Juni 2008)

tatsächlichen Ausmaße anwachsen lassen¹⁰. Die National Sample Survey Organisation (NSSO) beispielsweise, eine in ganz Indien in regelmäßigen Abständen durchgeführte Untersuchungsreihe, gibt in einer ihrer Studien zur Beschäftigung sozialer Gruppen in Indien im Betrachtungszeitraum 2004 / 2005 die Zahl der OBCs mit 41 Prozent an¹¹. Klaus Voll wiederum, beziffert diese Klasse in seinem Bericht „Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalismus und Congress im Wettstreit um die Macht“ mit 43 Prozent¹². Die einzigen Kasten, zu der sich diesbezüglich keine widersprüchlichen Angaben finden lassen, sind die „Scheduled Castes“ (SC) und die „Scheduled Tribes“ (ST). Unter dieser Bezeichnung sind die Dalits und Adivasis Indiens in der Volkszählung erfasst. Dalits, solche, die nicht im Kastensystem inkludiert sind und auch unter dem Begriff „Unberührbare“ bekannt sind, haben einen Bevölkerungsanteil von etwas mehr als 16 Prozent. Zur Gruppe der indigenen Bewohner, den Adivasis, gehören über acht Prozent¹³. Sowohl den SCs als auch den STs wurde bereits in der Verfassung das Recht auf Förderung zugesagt und ihre Reservierungsquote im Bereich der Unternehmen des Staates später mit 22,5 Prozent festgelegt¹⁴

Jede der beschriebenen Kasten tendiert bei Wahlen entweder zur Bharatiya Janata Party (BJP) oder zum Indian National Congress (INC), beziehungsweise zu deren Koalitionspartnern. Die BJP rückt hinduistische Werte in den Fokus

¹⁰ „Letztlich hat die Kommission durch die Vielzahl an Kriterien und damit an Wegen, den OBC-Status zu erlangen, sehr viel mehr Gruppen als nur die bedürftigen identifiziert. Nicht nur historisch benachteiligte Kasten, die die Benachteiligungen mittlerweile überwunden haben, sondern auch umgekehrt vormals höhere Kasten, die heute eher verarmt sind, fanden Eingang.“ Heimes, Mandal-Kommission, <http://www.suedasien.info/analysen/634> (8.Juni 2008)

¹¹Employment and Unemployment Situation Among Social Groups in India 2004-05, Government of India Ministry of Statistics and Programme Implementation, National Sample Survey Organisation, Reports & Publications, Other Report/Publication, http://mospi.nic.in/rept%20%20pubn/ftest.asp?rept_id=516&type=NSSO S.3 (15.Juni 2008)

¹²Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda (Hrsg.), Der Hindu – Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005 S.315

¹³Laut den Zensusdaten des Jahres 2001 beträgt die genaue Anzahl derer, die zu den „Scheduled Castes“ und „Scheduled Tribes“ gerechnet werden, 166,635,700 beziehungsweise 84, 326,240. Dies entspricht exakt 16,2 und 8,2 Prozent. Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, India at a Glance: Scheduled Castes & Scheduled Tribes Population, Census of India, http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/India_at_glance/scst.aspx (15.Juni 2008)

¹⁴ „Nach der Unabhängigkeit bot dann die indische Verfassung die Grundlage, auf der zunächst 22,5 % aller staatlichen Stellen den Angehörigen der benachteiligten Kasten und Stämme (*Scheduled Castes* (SC, auch *Dalits*) bzw. *Scheduled Tribes* (ST)) garantiert wurden.“ Heimes, Mandal-Kommission, <http://www.suedasien.info/analysen/634> (8.Juni 2008)

ihrer Betrachtungen, um ihre Vision der „Hindutva“ und der „Hindu rashtra“ verwirklichen zu können. Die Ideologie eines Staates, der sich an hinduistischen Grundsätzen orientiert, eines „Staates der Hindus“ im weitesten Sinne, richtet sich somit gegen Angehörige sämtlicher anderer Religionen, was bereits rund 140 Millionen Muslime, 24 Millionen Christen und 19 Millionen Sikhs als potentielle Wähler ausschließt¹⁵.

Im Bereich der Wirtschaft spricht sich mittlerweile ein Großteil der Partei für eine rasche Hinwendung zum Weltmarkt aus, um der Rolle eines zukünftigen „global players“ gerecht werden zu können. Schließlich hat es sich die BJP zum Ziel gesetzt, Indien bis 2020 in einen vollständig entwickelten Staat, sowie eine „große Macht“ zu verwandeln¹⁶. Diese Haltung steht im krassen Gegensatz zu dem noch 1999 vertretenen Konzept einer Autonomie im ökonomischen Sinne. Dieses als „swadeshi“ bezeichnete Modell, das sich mit der Phrase „aus dem eigenen Land“ übersetzen lässt, sieht vor, dass der innerindische Markt vollständig liberalisiert wird, sich aber nur bedingt dem Weltmarkt zugänglich macht. In der Praxis bedeutet dies, dass ausländisches Kapital in Form von Investitionen in indische Betriebe durchaus willkommen ist während im Ausland gefertigte Waren zugunsten heimischer Erzeugnisse das Nachsehen haben¹⁷.

Die „Forward Class“ , der Wählerstamm der BJP, lässt sich im Allgemeinen weniger durch religiöse Aspekte zur Stimmabgabe bewegen, es ist viel mehr die Aussicht auf ein rasantes Wirtschaftswachstum und Wohlstand, die die Bharatiya Janata Party zur attraktiveren Partei macht. Wirklich erfolgreich ist das Programm der Hindutva hingegen bei vielen Mitgliedern der „Other Backward Castes“ und der „Scheduled Castes and Tribes“. Viele Wähler dieser Schichten können sich mit den hervorgehobenen hinduistischen Prinzipien und Symbolen identifizieren, ebenso können sie sich im Rahmen der

¹⁵ Laut letzter Volkszählung 2001 beträgt die Zahl der Muslime 138,188,240, die Zahl der Christen und Sikhs 24,080,016 beziehungsweise 19,215,730. Hierbei habe ich nur auf die drei größten nicht-hinduistischen Religionsgruppen Bezug genommen. Aufgelistet sind darüber hinaus Buddhisten (7,955,207), Jains (4,225,053) und „andere religiöse Gemeinschaften“ (6,639,626). Angaben zu finden in: Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, C – Series Population by religious communities, Census of India, http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/C_Series/Population_by_religious_communities.htm (21.Juni 2008)

¹⁶Bharatiya Janata Party, Vision Document 2004, <http://www.bjp.org/content/view/448/425/> (25. August 2009)

¹⁷ Eric Töpfer, Bharatiya Janata Party (BJP), Südasien – Informationsnetz e.V., Südasien.info, 2. August 2000, <http://www.suedasien.info/laenderinfos/287> (21.Juni 2008)

angestrebten „Hindu rashtra“, dem „Staat der Hindus“, trotz ihres niedrigen gesellschaftlichen Rangs als Teil einer „Hindu-Familie“ fühlen.

Der Indian National Congress (INC) gilt heute noch als der Inbegriff des Säkularismus, obwohl Unstimmigkeiten innerhalb der Partei, diverse Abspaltungen und Korruptionsvorwürfe der Vergangenheit schwer an diesem Image kratzen. Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so befürwortet der Congress mittlerweile Indiens Orientierung hin zum Weltmarkt. Vor 1991, dem Beginn einer forcierten Liberalisierung, waren die wichtigsten Industriezweige in staatlicher Hand und der Bereich der Privatwirtschaft unterlag ständiger Überwachung durch die so genannte „licence raj“, zu Deutsch „Herrschaft der Genehmigung“. Der Import sämtlicher Waren an Unternehmen konnte nur durch bestimmte Konzessionen möglich gemacht werden, um auf diese Weise inländischen Produkten den Vorzug geben zu können. Außerdem hatte der Staat ein Auge auf Subventionen aus dem Ausland, auf Darlehen sowie auf die Preise und hielt somit den privaten Sektor in seinen engen Grenzen¹⁸.

Der INC ist in wirtschaftlichen Belangen wenig attraktiv, die säkulare Prägung ist der Grund dafür, weshalb vor allem Muslime und Christen seit jeher zu seinen Wählern zählen. Angehörige der „Scheduled Castes and Tribes“ sind ebenfalls der Wählerschaft des Congress zuzurechnen, obwohl die BJP verstärkt und mit Erfolg um die Stimmen dieser Schicht buhlt. Die geringste Unterstützung erhält die Partei von der „Forward Class“, da sich diese Schicht, vor allem im Norden des Landes, der Bharatiya Janata Party zuwendet.

Obwohl beide große Parteien und deren Koalitionspartner sich der Stimmen gewisser Bevölkerungsschichten sicher sein können, so dürfen sie bei bedeutenden Wahlen den Anti - Incumbency - Faktor nicht außer Acht lassen. Der Faktor „gegen die Amtszeit“ bezeichnet die Entscheidung der Wähler die jeweils an der Macht befindliche Partei bewusst nicht zu unterstützen. Diese Art von Widerstand hat ihren Ursprung in der seit der Unabhängigkeit 1947 dreißig Jahre währenden, unangefochtenen Spitzenstellung des Congress. Die Parteien, die sich im Verlauf dieser Zeit vom INC entfernten, stellten keine ernsthafte Option dar, sie boten lediglich die Möglichkeit der die Regierung stellenden Partei die Stimme zu verweigern. Oppositionsparteien können somit

¹⁸ Peter Gey, Matthias Jobelius, Renate Tenbusch, Indien. Herausforderungen auf dem Weg zur Weltmacht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Entwicklungspolitik, 10785 Berlin, www.fes.de, September 2007, <http://www.fes.de/kompass2020/pdf/Indien.pdf> (21. Juni 2008) S.4

gelegentlich den Sieg erringen, indem die Bevölkerung sich nicht für sie begeistert, sondern sich gegen die Regierung richtet¹⁹ .

2.2 Die BJP und ihre Koalitionspartner

Bei indischen Parlamentwahlen, den „general elections“, sind Allianzen mit politischen Gruppierungen der einzelnen Unionsstaaten für den Wahlerfolg der beiden großen Parteien, dem Congress und der BJP, unerlässlich. Die Ursache hierfür liegt in Indiens Wahlsystem.

Das Parlament besteht, wie auch das britische, aus zwei Kammern, dem Unterhaus, der Lok sabha, sowie aus dem Oberhaus, der Rajya sabha. Die bei „general elections“ auf fünf Jahre gewählte Lok Sabha darf maximal 552 Mitglieder umfassen, von denen bis zu 530 Vertreter direkt von den 28 Unionsstaaten gewählt werden und nicht mehr als zwanzig von den sieben Unionsterritorien entsandt werden. Gegebenfalls können zwei Mitglieder der britisch-indischen Gemeinde für den Einzug in das Unterhaus nominiert werden, wenn diese als unterrepräsentiert erachtet wird²⁰.

In 543 Wahlkreisen wird über die Zusammensetzung der Lok Sabha entschieden und hierbei wird im Hinblick auf die politischen Gegebenheiten des jeweiligen Unionsstaates gewählt und weniger auf die Zentralregierung in Delhi geachtet. Aus diesem Grund müssen sowohl der Congress als auch die BJP in allen Staaten für die Vertretung ihrer Interessen sorgen. Da die beiden Nationalparteien nicht in allen von diesen Ableger aufweisen können, sind sie gezwungen sich für den Zeitraum der Wahlen mit regionalen Parteien zusammenzuschließen.

Die BJP trat zur vierzehnten Lok Sabha 2004 im Rahmen der Vielparteien – Koalition National Democratic Alliance (NDA) an. Diese beinhaltete höchst

¹⁹ Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 4/5

²⁰ “ The maximum strength of the Lok Sabha as envisaged by the Constitution is 552 - not more than 530 members chosen by direct election from territorial constituencies in the States, not more than 20 members to represent the Union territories [Article 81]; and not more than two members of the Anglo-Indian community to be nominated by the President, if he is of the opinion that the Anglo-Indian community is not adequately represented in the Lok Sabha [Article 331].“ Der Präsident ist seit 25.Juli 2007 eine Frau namens Pratibha Patil. Sie wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren vom Parlament und von der Vidhan Sabha, dem Unterhaus der staatlichen Legislative, gewählt.

Lok Sabha Secretariat, Lok Sabha.House of the people, Parliament of India, <http://loksabha.nic.in/>, Frequently Asked Questions, <http://164.100.47.134/news/FAQ.aspx> (21.Juni 2008)

verschiedene politische Gruppierungen, darunter unter anderem die Janata Dal (United), die in Orissa beheimatete Biju Janata Dal, die radikale Shiv Sena des Unionsstaates Maharashtra, sowie zwei Parteien aus Tamil Nadu und West Bengal, die All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam und der Trinamool Congress²¹.

Die Janata Dal (United) hat ihre Wurzeln in der Janata Dal (JD), die als Spitze der Wahlallianz „National Front“ 1989 die Regierungsgeschäfte von Rajiv Gandhis Congress übernahm. Schuld an Gandhis Niedergang war der nach der schwedischen Rüstungsfirma Bofors benannte Skandal. Hierbei handelte es sich um den Erwerb von Waffen seitens der indischen Streitkräfte, aus dem der Congress angeblich Profit in Form von Schmiergeld schlug. Dieses Bündnis, geleitet von V.P. Singh, sah seinem Ende bereits ein Jahr später entgegen²².

Die heutige Janata Dal (United) entstand aus einer Vereinigung mit der vom ehemaligen Verteidigungsminister George Fernandes ins Leben gerufene Samata Party, der Partei der Gleichheit. Kurz nach ihrer Gründung im Jahr 1995 ging die Samata bereits ein Bündnis mit der Bharatiya Janata Party ein und ebnete ihr somit den Weg zu Allianzen mit kleinen Parteien verschiedener Unionsstaaten²³. Fernandes fungiert nun als Präsident der seit 2003 in dieser Gestalt bestehenden Janata Dal United. Sie ist vor allem im Staat Bihar aktiv²⁴.

Die Biju Janata Dal (BJD) aus Orissa lässt sich ebenfalls auf die Janata Dal (JD) zurückführen und wurde im Jahr 1998 auf Initiative von Navin Patnaik reformiert. Noch im selben Jahr konnte sie vom Absteigen des dortigen Congress einen Vorteil ziehen und zur Partei mit den meisten Sitzen in Orissas

²¹ Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 5/6

²² Eric Töpfer, Indian National Congress, Südasiens – Informationsnetz e.V., Südasiens.info, 24.Juni 2000, <http://www.suedasien.info/laenderinfos/289> (21.Juni 2008)
Nähere Information zum Bofors-Skandal („...Kauf von Haubitzen durch die indische Armee von der schwedischen Waffenfirma Bofors mit unterstellten Schmiergeldern an den Congress...“) zu finden in: Klaus Julian Voll, Zum Tod von Ex-Premierminister Chandrashekar, Südasiens – Informationsnetz e.V., Südasiens.info, 14. Juli 2007, <http://www.suedasien.info/kommentare/1978> (21.Juni 2008)

²³ Klaus Julian Voll, George Fernandes, Südasiens – Informationsnetz e.V., Südasiens.info, 22.Juli 2001, <http://www.suedasien.info/analysen/627> (21. Juni 2008)

²⁴ Gargi Parsai, Fernandes to head Janata Dal (United), The Hindu, <http://www.thehindu.com/>, 31. Oktober 2003, <http://www.hinduonnet.com/thehindu/2003/10/31/stories/2003103104371100.htm> (21. Juni 2008)

Lok Sabha, neun von insgesamt einundzwanzig, aufsteigen. Dem Congress wurde Korruption, sowie die Bevorzugung von Familie und Verwandten bei der Vergabe von Ämtern angelastet.

Damit hatte die BJD bereits erreicht, was sie sich von einer Koalition mit der Bharatiya Janata Party erhofft hatte, nämlich den Congress im eigenen Unionsstaat zu überrunden. Navin Patnaik wies auf die säkulare Ausrichtung seiner Partei hin und distanzierte sich somit deutlich von der Hindutva Ideologie²⁵.

Die Partei, die sich allerdings stark an die Hindutva – Programmatik anlehnt, ist die Shiv Sena, die 1966 in der politischen Landschaft Maharashtras auftauchte. Zunächst war sie darum bemüht, die Gesetzeslage der Einwohner Maharashtras zu ihren Gunsten zu verändern, doch mit dem Aufstieg des Hindu-Nationalismus in Indien während der 1980er Jahre wurde dieser schließlich zum zentralen Thema. Schon der Name Shiv Sena, „die Armee des Shivaji“, eines Königs, der sich gegen die muslimische Mogulherrschaft zur Wehr setzte, impliziert die feindliche Haltung gegenüber Angehörigen des Islam. Ihr Gründer, Bal Thackeray, betrachtet diese als ernsthafte, massive Bedrohung für sämtliche Hindus. Ihr Motto lässt sich mit den Worten „Taten anstatt Reden“ zusammenfassen und die Shivsainiks, fanatische Anhänger der Partei, scheuen auch vor Gesetzesübertretungen nicht zurück, wenn es darum geht ihren Standpunkt zu vertreten. An potentiellen Wählern mangelt es der Shiv Sena trotzdem nicht. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass sie das bereits erwähnte Motto auch im täglichen Leben umzusetzen versuchten. Unmittelbar vor den Wahlen zum Landtag von Maharashtra 1999, der State Assembly, sicherte sie den untersten Schichten des Landes neue Unterkünfte zu, sowie eine Armenspeisung zum Preis einer Rupie. All diese Verbesserungen trieben den Unionsstaat in größere Schulden und so konnten diese Vorhaben kaum umgesetzt werden. Dennoch erfreut sich die Shiv Sena einer großen Mitgliedschaft, die in den „Shakhas“, den „Filialen“, angeworben werden. Über 200 solcher Anlaufstellen, die sich sozial engagieren, sind beispielsweise in Mumbai zu finden²⁶.

²⁵ Bernd Basting, Bundesstaaten Indiens: Orissa, Asienstiftung/Asienhaus, Bullmannau 11, D-45327 Essen, <http://www.asienhaus.org/>, 9. Februar 1999, <http://www.asienhaus.de/public/archiv/orissa.htm> (21. Juni 2008)

²⁶ „Die Partei versprach, vier Millionen Wohnungen für die Slumbewohner Bombays zu bauen; sie versprach, einfache Mahlzeiten, Zhunka Bhakar, für nur eine Rupie an die Armen zu verteilen. ... Von den 4 Millionen Wohnungen wurden bisher ca. 1000 gebaut. ... In Bombay allein gibt es ca. 210 Shakhas, denen 40 000 Sainiks angehören. ... Sie widmen sich vor allem der Nachbarschaftsarbeit, stellen Sozialdienste, Jobbörsen und Schiedsgerichte bereit, organisieren kulturelle Aktivitäten, fördern religiöse und regionale Feste, treiben Spenden

Weit weniger organisiert ist hingegen ein weiterer Koalitionspartner, die All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam, kurz AIADMK. Diese 1972 von einem ehemaligen Schauspieler gegründete Partei aus Tamil Nadu engagiert sich für die Rechte seiner Einwohner, für die wirtschaftliche Entwicklung des Staates und hat einen säkularen Charakter. Sie gewann 2001 die Wahlen zur Lok Sabha des Unionsstaates²⁷.

Der Trinamool Congress in West Bengal, nunmehr All India Trinamool Congress, wurde erst 1997 von Mamata Banerjee gegründet. Nach ihrem Ausschluss vom Indian National Congress konnte sie mit ihrer neuen Partei bereits bei den Parlamentswahlen 1999 acht Sitze gewinnen.²⁸

2.3 Der Congress und seine Koalitionspartner

Das Parteienbündnis United Progressive Alliance (UPA) kam erst nach den Parlamentswahlen 2004 zustande, allerdings verdankt es seine Existenz der Kontaktaufnahme des Indian National Congress (INC) mit diversen regionalen Gruppierungen vor der Wahl. Seine Bereitwilligkeit Allianzen zu formen anstatt ohne Verbündete gegen die BJP anzutreten, ist der Initiative Sonia Gandhis zu verdanken. Die wichtigsten Koalitionspartner des Congress sind die Rashtriya Janata Dal des Unionsstaates Bihar, die Dravida Munnetra Kazhagam aus Tamil Nadu, sowie die Nationalist Congress Party, die in Maharashtra die größten Erfolge verzeichnet²⁹.

Die Rashtriya Janata Dal (RJD) spaltete sich 1997 von der bereits erwähnten Janata Dal (JD) ab. Ihr Gründer Lalu Prasad Yadav ist ein äußerst kontroversieller Politiker, da er sich einerseits sehr für soziale Gerechtigkeit einsetzt und mit seinem Charisma bei den Wählern punktet, andererseits aber

ein, beanspruchen, für Recht und Ordnung zu sorgen, und haben sich so in der Organisation des Alltags und des Außeralltäglichen unentbehrlich gemacht.“ Julia Eckert, Die Shivsena in Maharashtra. Wie man die Bewegung in Bewegung hält, Südasiens – Informationsnetz e.V., Südasiens.info, 14. April 2001, <http://www.suedasien.info/analysen/516> (21. Juni 2008)

²⁷Electadmk, AIADMK: Election 2006, <http://www.electadmk.com/>, Get informed, http://www.electadmk.com/get_informed.php (21. Juni 2008)
Informationen zu den Zielen der AIADMK in: Indian Elections, <http://www.indian-elections.com/index.html>, Party Manifestoes AIADMK, <http://www.indian-elections.com/partymanifestoes/aiadmk.html> (21. Juni 2008)

²⁸ Mid-day, All India Trinamool Congress, 10. März 2009, <http://www.mid-day.com/poll2009/2009/mar/100309-All-India-Trinamool-Congress-party-profile-Mamta-Banerjee-West-Bengal.htm> (26. August 2009)

²⁹ Indiatimes News Network, United Progressive Alliance: Partners in governance, Times of India, <http://timesofindia.indiatimes.com/>, 8. Juli 2006, <http://timesofindia.indiatimes.com/articleshow/1716941.cms> (30. Juni 2008)

eine kriminelle Vergangenheit hat. 1996 wurde er zusammen mit anderen hochrangigen Beamten der Unterschlagung von beinahe 270 Millionen Dollar bezichtigt. Dies veranlasste ihn schließlich dazu, seine Stellung als „chief minister“ der bis zu den Wahlen zum Landtag in Bihar 2005 führenden RJD, an seine Ehefrau Rabri Devi abzugeben. Seiner Popularität hat all dies keinen Abbruch getan, denn es wird ihm hoch angerechnet, dass er in seiner Funktion als Minister der Eisenbahnen diese zu einem Gewinn bringenden Unternehmen umgewandelt hat³⁰.

Die Rashtriya Janata Dal engagierte sich im Wahlkampf 2005 stark gegen Korruption und orientierte sich an den Bedürfnissen der unteren Kasten, nämlich den „Scheduled Castes“ und OBCs. Da Yadav diesen gesellschaftlichen Stellenwert vor allem der muslimischen Minderheit des Staates Bihar zuschreibt, setzte sich die Partei für eine stärkere Repräsentanz der Sprache Urdu ein. Sie forderte beispielsweise die Einrichtung eines Urdu – Aufsichtsrates unter der Leitung der Raj Bhasha Abteilung, die ihrerseits die Richtlinien des Ressorts für Amtssprachen umsetzt. Ebenso war die weibliche Bevölkerung Wahlkampfthema, da sich die RJD auch für die kostenlose Ausbildung der Frauen aussprach³¹.

Obwohl sich die Rashtriya Janata Dal redlich um die unteren Schichten und somit die Minderheiten bemühte, reichten die Stimmen nicht zur Alleinregierung, sie konnte jedoch die meisten Sitze in der „State Assembly“, 75 von 243, ergattern. Als Konsequenz dessen bat Devi, die als Marionette ihres Mannes gilt³², darum ihren Posten zu quittieren³³.

Die Dravida Munnetra Kazhagam (DMK) aus Tamil Nadu, gegründet 1949, tritt für die Rechte der tamilischen Bevölkerung ein. Sie strebt gesellschaftliche

³⁰ BBC News, Profile: Laloo Prasad Yadav, BBC News, <http://news.bbc.co.uk/> , 18. Dezember 2006, http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/3514292.stm (30.Juni 2008)

³¹The Tribune Online Edition, RJD releases manifesto. Laloo goes all out to woo minorities, The Tribune Online Edition, <http://www.tribuneindia.com/> , Assembly Elections 2005, 20. Januar 2005, <http://www.tribuneindia.com/2005/20050121/election.htm#bih> (30.Juni 2008)

³² “Illiterate and a newcomer to politics, Rabri Devi was nick-named "Rubbery Devi" by her critics who alleged that she was a rubber stamp for her husband and a mere figurehead. They said Mr Yadav ran the state by remote control. “ BBC News, Profile: Laloo Prasad Yadav, BBC News, <http://news.bbc.co.uk/> , 18. Dezember 2006, http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/3514292.stm (30.Juni 2008)

³³ Christoph S. Sprung, Nach den Wahlen in Bihar. Beginn des Tauziehens in Patna, Südasien – Informationsnetz e.V., Südasien.info, 28. Februar 2005, <http://www.suedasien.info/nachrichten/498> (30.Juni 2008)

Gleichberechtigung an und lehnt Kommunalismus ab. Als ehemaliger Koalitionspartner der National Democratic Alliance (NDA) bezog sie unter anderem Stellung gegen den Common Civil Code, das einheitliche gesetzliche Regelwerk für alle Bürger Indiens, da es dem islamischen Recht vor allem im Bereich der Eheschließung zuwider läuft³⁴. Die Partei wandte sich schließlich von der NDA ab, weil keine ihrer Forderungen im Bezug auf die tamilische Sprache und Kultur, darunter der Wunsch nach Anerkennung des Tamil als Amtssprache, Beachtung geschenkt wurde³⁵.

Die Nationalist Congress Party (NCP) schließlich ist eine relativ junge Partei, die sich 1999 vom Indian National Congress abgespalten hat. Grund dafür war die Ernennung Sonia Gandhis zur Präsidentin der Partei im Jahr 1998. Die Ansicht, dass niemand, dessen Wurzeln außerhalb Indiens liegen, ein hohes Amt ausführen sollte, wird nicht mehr so vehement vertreten.

Die NCP stellt zu den Parlamentswahlen 2004 Schlagworte wie Säkularismus, Demokratie und Gleichheit in den Vordergrund. Zu den Grundsätzen der Partei gehört unter anderem „die Stärkung der Kräfte des Nationalismus mit Betonung auf den egalitären und säkularen Ethos der indischen Republik und die Bekämpfung von Fundamentalismus und Ablehnung aufgrund religiöser Überzeugungen“³⁶.

2.4 BJP und Congress auf dem Weg zur vierzehnten Lok Sabha

Bereits ein Jahr vor den Wahlen zum indischen Unterhaus begannen die beiden großen Parteien, die Bharatiya Janata Party und der Indian National Congress, Konzepte für ein erfolgreiches Abschneiden zu entwickeln.

Die BJP befand sich zu Beginn des Jahres 2003 im Aufwind, beflügelt durch den beinahe erdrutschartigen Sieg des Vorjahres im Unionsstaat Gujarat, wo sie nun 126 der dortigen 181 Sitze innehatte. Da Arun Jaitley in seiner Funktion als Generalsekretär und Sprecher von Gujarats „Chief Minister“

³⁴ BBC News, Indian court backs common code, BBC News, <http://news.bbc.co.uk/> , 23.Juli 2003, http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/3089539.stm (30. Juni 2008)

³⁵ Official Homepage of DMK, <http://www.dmk.in/> , Manifesto for the Parliamentary Elections 2004, <http://www.dmk.in/e2004/emfesto.htm> (30.Juni 2008)

³⁶ “Strengthening the forces of nationalism with an emphasis on the egalitarian and secular ethos of the Indian Republic and combating fundamentalism and sectarianism.“ Nationalist Congress Party India, Origin of NCP, <http://www.ncp.org.in/> (30.Juni 2008)

Narendra Modi maßgeblich an diesem Erfolg beteiligt war, beschloss Premierminister Atal Bihari Vajpayee ihn erneut mit der Position des Ministers „für Recht und Gerechtigkeit und Handel und Industrie“ (im Englischen „Minister of Law and Justice and of Commerce and Industry“) zu betrauen, eine Stellung, die er bereits von Ende 2000 bis Mitte 2002 bekleidet hatte³⁷.

Ähnlich wie Jaitley es in Gujarat getan hatte, wollte die BJP auch bei den herannahenden Landtagswahlen des Unionsstaates Himachal Pradesh am 26. Februar 2003 die Wähler zur Stimmabgabe motivieren. Schließlich war es ihr dort bereits vor fünf Jahren gelungen ebenso viele Sitze im Landtag, der Vidhan Sabha, wie der Congress einzunehmen, nämlich 31 von insgesamt 68. Um die Regierung stellen zu können, ging sie damals ein Bündnis mit dem Himachal Vikas Congress (HVC) ein, der fünf Sitze erhalten hatte. Nun erhoffte sich die BJP den Verbleib an der Spitze, indem sie an der bereits bewährten Strategie der Hervorhebung des Hindunationalismus festhielt. Ohne Umschweife wurde beispielsweise die geplante Errichtung des Ram-Tempels auf dem Grundstück der dem Erdboden gleich gemachten Babri - Moschee zur Sprache gebracht³⁸. Weiters wurden im Rahmen der Wahlkampagne die Beiträge der BJP zur Wirtschaft von Himachal Pradesh in Erinnerung gerufen. Der Congress hingegen wich von seinem in Gujarat praktizierten Kurs der Hindutva „light“ ab und ging vollends in Opposition. Er konfrontierte die Regierung, angeführt von Ministerpräsident Prem Kumar Dhumal, mit schon länger bestehenden Vorwürfen der Korruption und prangerte die stagnierende Arbeitslosigkeit an.

Da in Himachal Pradesh eine verschwindend geringe Anzahl an Muslimen beheimatet ist³⁹ und sich die Bevölkerung mehrheitlich über der Armutsgrenze

³⁷ Arun Jaitley hatte das Amt des „Minister of Law, Justice and Company Affairs“ vom 7. November 2000 bis 1. Juli 2002 inne. Denselben Posten, der nun einen anderen Titel trug, füllte er auch vom 29. Januar 2003 bis 21. Mai 2004 aus. Arun Jaitley, Website of Shri Arun Jaitley, Member of Parliament (Rajya Sabha), My Biodata, <http://164.100.47.5:8080/members/Website/Mainweb.asp?mpcode=27> (30. Juni 2008)

³⁸ Klaus Julian Voll, Klarer Wahlsieg des Congress (I) in Himachal Pradesh, Südasiens – Informationsnetz e.V., Südasiens.info, 4. März 2003, <http://www.suedasien.info/nachrichten/898> (14. Juli 2008)

³⁹ Ausgehend von den Daten der letzten Volkszählung 2001 leben in Himachal Pradesh genau 5,800,222 Hindus, gefolgt von der zweitgrößten Gruppe der Muslime mit nur 119,512 Einwohnern. Angaben zu finden in: Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, C – Series Population by religious communities, Census of India, http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/C_Series/Population_by_religious_communities.htm (14. Juli 2008)

bewegt⁴⁰, zeichnete sich bereits ab, dass der Kampagne der BJP in diesem Staat der nötige Rückhalt fehlen würde. Einen klaren Triumph des Indian National Congress hatte die Bharatiya Janata Party jedoch nicht erwartet. Indem er auf die Situation von rund einer Million Beschäftigungslosen aufmerksam gemacht hatte, konnte er vor allem junge Wähler der „Forward Class“ überzeugen, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der Schließung von Betrieben im Allgemeinen und der Reservierungspolitik im Speziellen schwinden sahen⁴¹. Ganze vierzig Sitze fielen dem Congress nach der Wahl zu, während die BJP einen Verlust von etwa fünfzig Prozent hinnehmen musste und nur noch mit sechzehn Sitzen in der Vidhan Sabha vertreten war. Dieser herbe Rückschlag verpasste der Zuversicht der BJP einen Dämpfer und ihr Scheitern schrieb man teils den Unstimmigkeiten innerhalb der Partei und teils dem Swing Faktor, auch Anti-Incumbency-Faktor genannt, zu⁴². Diese Niederlage war jedoch nicht die einzige, die die BJP innerhalb desselben Jahres zu verkraften hatte. In den „state assemblies“ der Unionsstaaten Meghalaya, Nagaland und Tripura gewann sie ebenfalls kaum an Einfluss. Dies verunsicherte die Partei allerdings bei weitem nicht so stark wie das Wahlergebnis in Himachal Pradesh, da diese Kleinstaaten ohnehin fest in den Händen anderer Parteien lagen. Bereits 1998 hatte die BJP in Meghalaya nur drei Sitze inne und in Nagaland sowie in Tripura ergatterte sie zu wenig Stimmen um in die Vidhan Sabha einziehen zu können. Nun hatte sie in Meghalaya noch einen Sitz verloren und wurde in Tripura weiterhin nicht im Landtag repräsentiert. In Nagaland hingegen konnte sie einen kleinen Erfolg verbuchen, denn sie gewann dort erstmals sieben Sitze. Der Congress jedoch war vor allem in Meghalaya und Nagaland äußerst erfolgreich. Insgesamt 36 von 60 Sitzen machte er sich zusammen mit seinem Koalitionspartner, der National Congress Party, in Meghalayas Vidhan Sabha

⁴⁰ “Nevertheless, Himachal Pradesh has one of the lowest proportion of population living below the poverty line in India.“ Lawrence Sáez, India in 2003. Pre - Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar/Februar 2004), Vol. 44, Nr.1, S. 23 - 35, S.25

⁴¹ Klaus Julian Voll, Klarer Wahlsieg des Congress (I) in Himachal Pradesh, <http://www.suedasien.info/nachrichten/898> (14. Juli 2008)

⁴² „Premierminister Atal Behari Vajpayee machte die innerparteilichen Richtungskämpfe und die sich als "Unabhängige" kostümierenden Parteirebellen für die schwere Schlappe verantwortlich. Außerdem wurde der so genannte "anti-incumbency factor", d. h. die Unzufriedenheit mit der in einem Staat jeweils regierenden Partei bemüht.“ Ibidem.

zu eigen, während er in Nagaland auf 21 Mandate kam⁴³. In Tripura lag keine der beiden großen Parteien, sondern die „Left Front“ ganz klar an der Spitze, da sie 41 von 60 Mandaten erlangte.

Die BJP musste indes nicht nur ihre Wahlniederlagen hinnehmen, sondern auch das Scheitern ihrer Koalition mit der Bahujan Samaj Party (BSP) im Unionsstaat Uttar Pradesh akzeptieren. Die BSP, die sich für die Belange der unteren Kasten, insbesondere der „Dalits“, engagiert, war seit den Wahlen zur „State Assembly“ 2002 Bündnispartner der Bharatiya Janata Party. An der Spitze dieser Koalitionspartei steht Mayawati Kumari, die zu diesem Zeitpunkt auch das Amt des „Chief Ministers“ bekleidete. Bereits 1995 hatte sie diesen Posten schon einmal inne, allerdings dauerte ihre Amtszeit nur rund vier Monate an. Dennoch konnte sie von sich behaupten, dass sie sowohl die erste „Dalit“, als auch mit 39 Jahren die jüngste Person in Indiens Geschichte war, die diese Position ausfüllte⁴⁴.

Mayawati Kumari war in zwei höchst umstrittene Bauvorhaben involviert, was die Ursache für das Ende der Allianz zwischen der BJP und der BSP bedeutete. Das erste, der „Taj Heritage Corridor“, war als großer Durchgang geplant, der mehrere Sehenswürdigkeiten, unter anderem das Fort in Agra, mit dem Taj Mahal verbinden sollte⁴⁵. Das zweite, als „Taj Expressway“ bezeichnet, umfasste eine mehrspurige Autobahn zwecks schnellerer Verbindung zwischen Delhi und Agra.

Das Korridor - Projekt wurde von der Regierung Uttar Pradeshs vergeben und mit den Vorbereitungen zur Errichtung des Durchgangs begonnen, allerdings ohne die Zustimmung sowohl nationaler als auch internationaler Umwelt - und Kulturorganisationen einzuholen. Diverse Organisationen, unter anderem UNESCO, die sowohl den Taj Mahal als auch das Fort in Agra zum Weltkulturerbe erklärt hatte, und die Archaeological Survey of India (ASI), die

⁴³ “In Meghalaya, Congress and its ally, the National Congress Party, won 22 and 14 seats, respectively.” Lawrence Sáez, India in 2003. Pre - Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar/Februar 2004), Vol. 44, Nr.1, S. 23 - 35, S.25

⁴⁴ BBC News, Profile: Mayawati Kumari , BBC News, <http://news.bbc.co.uk/>, 11. Mai 2007, http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/1958378.stm (9.November 2008)

⁴⁵ Andere Sehenswürdigkeiten, wie etwa der Ram Bagh, eine Gartenanlage aus der Zeit der Mogulherrschaft, und der Chinni-ka-Roza (oder auch Chinni-ka-Rauza), ein Mausoleum, wären auch in den Taj Heritage Corridor eingebunden gewesen.
Purnima S. Tripathi, Saving the Taj Mahal, Frontline, <http://www.flonnet.com/index.htm> , 19. Juli - 1. August 2003, <http://www.hinduonnet.com/fline/fl2015/stories/20030801000206600.htm> (9.November 2008)

dem Kulturministerium unterstellt und um die Wahrung indischer Wahrzeichen bemüht ist, sprachen sich dagegen aus.

Kumari trieb dennoch den Bau voran, obwohl Jagmohan, Kultur- und Tourismusminister Indiens, sie wiederholt darauf hinwies, dass ihr Vorgehen gegen das Gesetz zum Erhalt Alter Denkmäler und Archäologischer Stätten (Ancient Monuments and Archaeological Sites and Remains Act) aus dem Jahr 1958 verstieß.⁴⁶

Aufgrund der breiten Ablehnung beider Bauvorhaben musste sich schließlich der Oberste Gerichtshof mit der Angelegenheit befassen. Er beauftragte das Central Bureau of Investigation (CBI) zwecks Überprüfung der Rechtmäßigkeit beider Projekte unter die Lupe zu nehmen. Diese der Regierung Indiens unterstellte Behörde, die sich besonders der Wirtschaftskriminalität widmet⁴⁷, konnte rasch aufdecken, daß Mayawati Kumari in finanzieller Hinsicht maßgeblich an der Vernetzung des Taj Mahal mit anderen Sehenswürdigkeiten interessiert war. Sie selbst war Eigentümerin einiger Grundstücke auf denen der „Taj Expressway“ errichtet werden sollte und hoffte aus der Enteignung von Seiten des Staates Kapital schlagen zu können. Den Vorwurf, dass die geplanten infrastrukturellen Veränderungen ihr einen Vermögenszuwachs beschern könnten, wies sie von sich. Die Affäre führte zu ihrem Rücktritt und danach bezog sie klar Position gegen den Koalitionspartner BJP.⁴⁸

Nach ihrem bisherigen schlechten Abschneiden in diesem Jahr galt die gesamte Aufmerksamkeit der BJP nun den Landtagswahlen von fünf Unionsstaaten, nämlich Madhya Pradesh, Rajasthan, Mizoram, Chattisgarh und Delhi. Da diese alle Anfang Dezember stattfanden, kam Sieg oder Niederlage in diesen Gebieten eine besondere Bedeutung zu, denn die Ergebnisse hatten erheblichen Einfluss auf das letztendliche Datum zur Wahl der vierzehnten Lok Sabha. Je besser es der Partei erging, desto früher konnten die Wahlen 2004 abgehalten werden. Ein solcher Schachzug sollte vor allem zu dienen politischen Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatte aber in diesem Fall noch eine andere Funktion.

⁴⁶Purnima S. Tripathi, Saving the Taj Mahal, Frontline, <http://www.flonnet.com/index.htm> , 19. Juli - 1. August 2003, <http://www.hinduonnet.com/fline/fl2015/stories/20030801000206600.htm> (19. Juli 2009)

⁴⁷Central Bureau of Investigation, Frequently Asked Questions (FAQ), Central Bureau of Investigation, <http://www.cbi.gov.in/> , 2007, <http://www.cbi.gov.in/faq/faq.php> (19. Juli 2009)

⁴⁸Lawrence Sáez, India in 2003. Pre - Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar/Februar 2004), Vol. 44, Nr.1, S. 23 – 35, S. 26

Atal Bihari Vajpayee wurde, in seinem Amt als Premierminister, zunehmend Gegenstand von Debatten. Zwar war er in punkto Popularität unangefochtener Spitzenreiter und sicherte der BJP mit seinem Charisma viele Stimmen, jedoch war er kränklich und sein zunehmendes Abweichen vom Hindutva-Leitbild wurde innerhalb der eigenen Reihen misstrauisch beäugt. Der nun freundlichere Dialog mit dem Nachbarn Pakistan wurde als der Ideologie abträglich erachtet. Einigte missbilligten ebenfalls die staatlich geförderte Errichtung von Autobahnen mit der Begründung, dass die Priorität doch beim Aufbau von religiösen Einrichtungen läge.⁴⁹ Lal K. Advani, berüchtigter Hardliner und Stellvertreter von Vajpayee, kam aber als Kandidat für die „general election“ keinesfalls in Betracht, da die Bharatiya Janata Party die Gunst der muslimischen, sowie gemäßigten Sympathisanten nicht aufs Spiel setzen konnte, es ihm also an „Massentauglichkeit“ fehlte. Ein möglichst früher Wahltermin und ein mit Hilfe von Vajpayee erlangter Sieg waren im Sinne Advanis, da er als zukünftiger Premierminister wieder einen schärferen Kurs als sein Vorgänger einschlagen konnte.⁵⁰

Der Präsident der BJP, M. Venkaiah Nandu, verdeutlichte die Gegensätze beider Politiker in dem er Vajpayee als „Mann des Fortschritts“ und Advani als „eisernen Mann“ bezeichnete, die, einander bedingend, die Richtung der Partei vorgaben.⁵¹

Die Parteispitze visierte einen Wahltermin im Februar 2004, vor Absegnung des Regierungsbudgets an, da die Zentralregierung in einem Wahljahr das Budget üblicherweise großzügiger ausfallen lässt. Von diesem „Wahlzuckerl“ profitieren vor allem Entwicklungs- und Sozialprogramme.⁵²

⁴⁹„Und selbst ein Sonderprogramm des Premierministers für den Bau von Autobahnen galt denen als Affront, die der Errichtung von Hindutempeln Vorrang zumaßen.“

Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (19.Juli 2009) S. 6

⁵⁰„So steckt hinter dem Vorziehen des Wahltermins vermutlich auch das intrigante Kalkül des von Vajpayee in die Kabinettsdisziplin eingebundenen Hardliners Lal K. Advani, nach einem mit der Zugkraft des populären Premierministers errungenen Wahlsieg als dessen Nachfolger die hindu-nationalistischen Prioritäten der BJP durchzusetzen.“ ibidem.

⁵¹“... BJP party president M. Venkaiah Naidu declared that Vajpayee and Advani represented two sides of the same BJP coin. He declared that the BJP was led by a vikas purush (development man) and a loh purush (iron man).“ Lawrence Sáez, India in 2003. Pre - Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar/Februar 2004), Vol. 44, Nr.1, S. 23 – 35, S. 27

⁵²“Like other federal systems in developing countries, it has become a tradition in India to festoon the central government’s budget with populist fiscal measures before an election“ ibidem, S.27

Bereits im Mai 2003 waren BJP – Vorsitzende sämtlicher Unionsstaaten zusammengekommen, um zu beratschlagen wie man die Wähler bei den Parlamentswahlen 2004 für sich gewinnen könnte. Man einigte sich auf Altbewährtes – Mobilisierung der Mitarbeiter in den jeweiligen Staaten und den gezielten Einsatz von rath yatras, groß angelegten Umzügen voller religiöser Elemente. Darüber hinaus wurde die Publikation von so genannten „charge sheets“ beschlossen.⁵³ Die Veröffentlichung solcher polizeilichen Berichte in jenen Gebieten in denen die BJP nicht die treibende Kraft darstellt, dienen zur Diffamierung der dominierenden Partei und zur Untermauerung der eigenen Ideologie.

Um alle ihre Ziele erreichen zu können, musste die sich die BJP, wie bereits erwähnt, zuerst bei den „state assembly elections“, den Landtagswahlen, durchsetzen, wobei Madhya Pradesh und Rajasthan die von beiden Parteien am heftigsten umkämpften Unionsstaaten darstellten. In Madhya Pradesh, ein vom Congress regierter Unionsstaat, ließ die Bharatiya Janata Party Uma Bharati den Wahlkampf führen. Die Ministerin für Sport, Soziales und Jugendwesen (sports, welfare and youth affairs) innerhalb der National Democratic Alliance (NDA) hatte sich bereits rund ein Jahrzehnt früher als Hindunationalistin einen Namen gemacht, da sie wesentlich zum Aufruhr rund um die Babri-Moschee in Ayodhya beigetragen hatte.⁵⁴

Religiöse Themen waren jedoch nicht der Kern von Bharatis Kampagne, sie fokussierte sich stattdessen auf das Problem der Korruption in Madhya Pradesh. Dies beruhigte hindunationalistische Organisationen wie den „Weltrat der Hindus“ (Vishwa Hindu Parishad, VHP) und die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), denn sie war ihnen bereits seit einer Zeremonie, bei der sie dem Affengott Hanuman in einem ihm geweihten Tempel in Chhindwara eine Geburtstagstorte darbot, ein Dorn im Auge, weil diese Stätte ausschließlich Männern zugänglich ist.⁵⁵

⁵³Ibidem, S.27

⁵⁴Uma Bharati ist diesbezüglich in zwei Artikeln erwähnt, sowohl bei Lawrence Sáez als auch bei Helmut Reifeld. Lawrence Sáez, India in 2003. Pre - Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar/Februar 2004), Vol. 44, Nr.1, S. 23 – 35, S. 30

Helmut Reifeld, Ayodhya: Ein indischer „clash of civilisations“?, Länderberichte, internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin, <http://www.kas.de/> 1.Oktober 2003, <http://www.kas.de/wf/de/33.2838/> (19. Juli 2009)

⁵⁵Lawrence Sáez, India in 2003. Pre - Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar/Februar 2004), Vol. 44, Nr.1, S. 23 – 35, S. 30

In Rajasthan begab sich Vasundhara Raje Scindia ins Rennen um Stimmen. Auch diesen Staat hatte der Congress inne und Scindia, von adeliger Herkunft und eine kleine Berühmtheit in Indien, versuchte mittels ihres Bekanntheitsgrades der BJP zum Sieg zu verhelfen.

Auch der Indian National Congress (INC) war sich der Bedeutung der Landtagswahlen Ende des Jahres bewusst. Madhya Pradesh, regiert von „Chief Minister“ Digvijay Singh, war im innerindischen Vergleich ein vorbildlich geführter Staat. Singhs zahlreiche Initiativen vor allem im ländlichen Bereich ließen viele auch außerhalb der Grenzen Indiens aufhorchen. Zu nennen wäre hier beispielsweise die „Stop Water Campaign“, im Indischen Pani Roko Abhiyan genannt, im Zuge derer zirka 7000 Wasserauffangbecken aufgestellt wurden, um während der Dürre 2001 Abhilfe zu schaffen. Ebenso machte er sich für die Dezentralisierung Indiens stark und unter seiner Führung konnte die Regierung Madhya Pradeshs einen Budgetüberschuss erwirtschaften.⁵⁶

Obwohl Digvijay Singh mit seinen Leistungen zufrieden sein konnte, unterschätzte er dennoch den Faktor Hindunationalismus und dessen Einfluss auf das Wahlergebnis nicht. Um der BJP zuvorzukommen, integrierte er das Thema kurzerhand in seine Kampagne. Unter anderem brachte er die Situation in Bhojshala zur Sprache, einem religiösen Knotenpunkt in der Stadt Dhar, in dem sich sowohl eine Moschee, als auch eine religiöse Stätte für Hindus befindet. Da es schon zu Übergriffen von Hindunationalisten gekommen war, wurde Anhängern des Hinduismus das Betreten des Bhojshala erschwert und Singh sprach sich nun für einen vermehrten Einlass aus. Überdies forderte er vermehrten Schutz für Kühe und ging sogar soweit sich im Fall Ayodhya auf die Seite der gegnerischen Partei zu stellen und seinem Wunsch nach einem dortigen Tempel für den Gott Ram Ausdruck zu verleihen.⁵⁷

Diese Taktik war mit ein Grund dafür, weshalb sich BJP – Kandidatin Uma Bharati der Korruption in diesem Unionsstaat annahm, ein Problem mit dem Madhya Pradesh massiv zu kämpfen hat.

Ashok Gelot, „Chief Minister“ Rajasthans, hatte viel mit seinem Kollegen in Madhya Pradesh gemein. Er zeigte sich ebenso engagiert wenn es um die

⁵⁶“For instance, in a sea of chronic subnational fiscal mismanagement, Madhya Pradesh is one of the few states with a fiscal surplus.“ Lawrence Sáez, India in 2003. Pre - Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar/Februar 2004), Vol. 44, Nr.1, S. 23 – 35, S. 28

⁵⁷Ibidem, S. 29

Bekämpfung der Wasserknappheit ging und trieb die Verbesserung der Infrastruktur voran, wobei er sich besonders auf den Straßenbau konzentrierte. Ein besonderes Anliegen waren ihm die ärmeren Angehörigen der „Forward Class“, denen er einen gewissen Teil der Studienplätze bereitstellen und den Zugang zu einer höheren beamtlichen Laufbahn erleichtern wollte.⁵⁸

Im Gegensatz zu Digvijay Singh allerdings beschloss er der Hindutva-Ideologie den Kampf anzusagen. Anstatt die BJP quasi mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, war Ashok Gelot sehr darauf bedacht, dass der „Weltrat der Hindus“ (VHP) in „seinem“ Unionsstaat nicht auf Stimmenfang gehen konnte und vereitelte Pläne zur Abhaltung religiöser Umzüge.

Was die „general elections“ 2004 betraf, so gab es innerhalb des INC nur eine unangefochtene Spitzenkandidatin für das Amt des Premierministers, nämlich Sonia Gandhi. Angesichts des starken Hindutva-Leitbildes der BJP musste der Congress einen ähnlich starken Gegenpol schaffen und entschied sich nach einer Zusammenkunft der führenden Parteimitglieder in Srinagar sich für wirtschaftlich Benachteiligte stark zu machen und die Armut zum Mittelpunkt ihres Wahlkampfes zu machen.

Bei den Landtagswahlen Anfang Dezember 2003 hatte die BJP Erfolg auf der ganzen Linie. In Madhya Pradesh konnte sie eine überwältigende Mehrheit der Sitze erringen, ganze 173 von 230. Dies bedeutete den beträchtlichen Zuwachs von 51 Sitzen seit den Wahlen von 1998. Dem Congress blieben ganze 38 Vertreter im Landtag. Noch spektakulärer war der Sieg in Rajasthan, wo die hindunationalistische Partei ganze 87 Sitze dazu gewann und nun 120 davon innehatte. Der Congress behielt nur 57 seiner vormals 153 Sitze. Auch in Chattisgarh konnte sich die BJP an die Spitze des Parlaments setzen.⁵⁹

Der Erfolg der BJP kann auf zwei Faktoren zurückgeführt werden. Zum einen verhalf ihr der Anti - Incumbency - Faktor zum Sieg, ein Phänomen, das es speziell in Indien beinahe unmöglich macht ein Wahlergebnis vorherzusagen. Zum anderen darf die finanzielle Unterstützung und die Ratschläge hindunationalistischer Organisationen im Ausland nicht außer Acht gelassen

⁵⁸Ibidem, S. 29

⁵⁹Lawrence Sáez, India in 2003. Pre - Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar/Februar 2004), Vol. 44, Nr.1, S. 23 – 35, S. 30/31.

werden, wie beispielsweise die der bereits erwähnten Hindu Swayamsevak Sangh (HSS) in den USA. Solche Verbände gestalten den Wahlkampf „ihrer“ Partei entscheidend mit und bedienen sich dabei auch Mitteln, die nicht landestypisch sind.⁶⁰ Die intensivere Werbung und der vermehrte Einsatz von Prominenten sind solche Elemente, die auch bei den Parlamentswahlen 2004 zum Tragen kamen.

2.5 Die Wahl zur vierzehnten Lok Sabha – Ergebnisse und deren Hintergründe

Die Parlamentswahlen Indiens im Jahr 2004, präziser gesagt jene zum Unterhaus, fanden im Zeitraum vom 20. April bis 10. Mai statt. Rund 670 Millionen Stimmberechtigte hatten in diesen Tagen in ihrem Wahlkreis die Gelegenheiten über deren Zusammensetzung und die politische Richtung des Landes zu entscheiden. Eine noch frühere Durchführung der Wahlen, worauf die BJP gehofft hatte, blieb ihr aufgrund des Vetos der Wahlkommission verwehrt.

Indiens Bevölkerung erweist sich, wie frühere Urnengänge zeigen, als wenig enthusiastisch wenn es um die Stimmenabgabe geht. Nur etwas mehr als die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger partizipieren im Durchschnitt an der Wahl – knapp sechzig Prozent wirkten bei der Wahl zur dreizehnten Lok Sabha 1999 mit.⁶¹ Dabei darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass Millionen ihre Stimme nicht geltend machen können. Allein im Jahr 2004 kostete die vorverlegte Wahl, die eigentlich erst im Oktober hätte stattfinden sollen, zirka 10 Millionen Arbeitssuchenden ihr Stimmrecht. Dies betraf in erster Linie Einwohner der ländlichen Gegenden, die, auf der Suche nach saisonaler Beschäftigung, vorwiegend in die Ballungsräume pilgerten.⁶²

⁶⁰Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 6/7

⁶¹Ganz genau waren es 59,99 Prozent. Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda [Hrsg.], Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005, S. 315

⁶²„Tausende Adivasis und arme Dalits brechen in Verzweiflung und hungernd aus Telengana in Andhra Pradesh in Bussen nach Mumbai auf. Andere Ziele sind Gujarat und Rajasthan. 300 000 Landarbeiter migrierten auf der Suche nach Arbeit innerhalb von Andhra Pradesh und entvölkern ganze Dörfer. Die Saga der armutsbedingten saisonalen Arbeitsmigration innerhalb Indiens [sic] ließe sich mit Beispielen endlos fortsetzen, abgesehen von Umweltflüchtlingen.“Ibidem, S. 322

Sämtliche Vorhersagen bezüglich dieser Wahl hätten kaum mehr vom tatsächlichen Ausgang entfernt sein können. Selbst die so genannten „exit polls“, die Prognostizierung mittels Befragung der Wähler direkt nach dem Urnengang, gaben der Regierungskoalition NDA (National Democratic Alliance) allen Grund zur Zuversicht. Dies lässt, im Hinblick auf die Ergebnisse, Zweifel an der Aussagekraft aller Voraussagen aufkommen und wirft die Frage auf, ob diese frei von jeglichem Einfluss sind.⁶³

Es gibt in Indien zahlreiche Organisationen, die ein wachsames Auge auf die Regierung haben und sich für freie, demokratische Wahlen stark machen. Besonders hervorzuheben unter diesen NGOs (non-governmental organisations) ist das Public Affairs Centre (PAC), dass, nach Überwindung etlicher Barrieren, beim Obersten Gericht eine Pflicht zur Offenlegung der Hintergründe sämtlicher Kandidaten erwirken konnte. Seit März 2003 kann man sich eingehend über die zur Wahl gestellten Politiker informieren, angefangen von ihrem Werdegang über etwaige Vorstrafen bis hin zu ihrem Vermögen. Zur höheren Transparenz trägt auch das Centre for the Study of Developing Societies, kurz CSDS, bei. Durch seine Analysen, Statistiken und weitläufigen Umfragen versucht es die indische Öffentlichkeit genauer zu informieren.⁶⁴

Abgesehen von Mitarbeitern diverser NGOs, wie etwa Yogendra Yadav vom CSDS⁶⁵, versetzten die endgültigen Resultate der vierzehnten Lok Sabha die breite Bevölkerung in Erstaunen.

Der Indian National Congress und seine Bündnispartner aus diversen Regionen konnten nun 219 der 545 Sitze für sich beanspruchen und verwies somit die bisherige Regierungskoalition NDA, die 184 Sitze ergatterte, klar auf Rang zwei. Unerwartet starker Dritter im indischen Unterhaus wurde die Left

⁶³„Dass schließlich die Ergebnisse der Stimmenauszählung diametral von fast allen durch die Medien verbreiteten Prognosen einschließlich der Exit polls abwichen, offenbart, wie sehr es diesen an Validität und Plausibilität mangelte – oder auch an Unabhängigkeit.“ Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikeranalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 3

⁶⁴Dr. Yaaminey Mubayi, Verdict 2004. Civil Society and Democratization in India, Asienstiftung / Asienhaus Bullmannau 11 D-45327 Essen, www.asienhaus.de, Juli 2004, <http://www.asienhaus.de/public/archiv/india-verdict2004.pdf> (19.Juli 2009) S.2/3

⁶⁵Yadav unterzog alle Unionsstaaten einer genauen Analyse. Davon leitete er drei Szenarien ab. Ein mögliches Szenario beschrieb eine Mehrheit des Congress und der Linken unter der Bedingung einer Allianz zwischen dem Congress und der Bahujan Samaj Party (BSP) in Uttar und Madhya Pradesh. Dies kommt dem tatsächlichen Ausgang schon ziemlich nahe. Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda [Hrsg.], Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005, S. 343

Front, die hauptsächlich aus den kommunistischen Parteien Communist Party of India (CPI) und Communist Party of India (Marxist) (CPM) bestand. Sie eroberte 59 Sitze.⁶⁶

Die National Democratic Alliance musste sich nun der Tatsache stellen, dass ihre großangelegte und kostspielige Kampagne unter dem Motto „India Shining“ nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte. Im Rahmen dieser Devise hob Indiens Regierung das wirtschaftliche Wachstum von acht Prozent hervor, das im letzten Quartal des Wahljahres sogar auf 10,4 Prozent anstieg. Diese auf den ersten Blick durchaus beeindruckenden Wachstumsraten repräsentierten lediglich den erwirtschafteten Wert der Betriebe und die in Zahlen fassbaren landwirtschaftlichen Gewinne. Sie waren daher nicht das Produkt sinkender Arbeitslosigkeit oder gar einer Linderung der Armut im Land.⁶⁷ Indiens Probleme blieben dieselben, sein Human Development Index (HDI) verschlechterte sich 2003 sogar. Es büßte im internationalen Vergleich drei Plätze ein und war nun an 127. Stelle zu finden. Die Slogans „India Shining“ und „Feel good“, mit denen die eigenen Erfolge zelebriert wurden, ignorierten somit über 300 Millionen Bürger und Bürgerinnen, die ihr Leben unterhalb der Armutsgrenze bestreiten mussten.

Die Ausgaben für Fernsehwerbung, der Einsatz von berühmten Gesichtern und diverse Plakate, die Atal Bihari Vajpayee als wegweisend priesen, erwiesen sich als Fehlinvestition.⁶⁸ Nicht einmal der „Vajpayee-Bonus“ verhalf der NDA an die Spitze. Diese Form der Wahlwerbung, eine Taktik, die wohlhabenden Indern aus den USA zu verdanken war⁶⁹, wurde als zu überladend empfunden.

⁶⁶Die Zahlen weichen, je nach Autor, geringfügig voneinander ab. Ich richte mich diesbezüglich nach Manfred Haack. Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 3

⁶⁷„Die Wachstumsrate von 8 Prozent spiegelt allerdings lediglich die Wertschöpfungen des registrierten Gewerbes und die messbaren landwirtschaftlichen Erträge wider.“ Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 8

⁶⁸Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda [Hrsg.], Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005, S. 334

⁶⁹Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 6/7

Die Abkehr von religiöser Symbolik im Wahlkampf lässt sich dadurch erklären, dass die BJP mit dem Ansprechen wirtschaftlicher Themen bereits in Madhya Pradesh und in Rajasthan Erfolge verzeichnen konnte.

Ein weiterer Grund hierfür war, dass sich die Geschehnisse in Gujarat bei diesen entscheidenden Wahlen als schwere Bürde der BJP herausstellten. Deutlich wurde dies beispielsweise im Unionsstaat Uttar Pradesh. Da die BJP dort nach dem Skandal um Mayawati Kumari nicht mehr auf das Wohlwollen der Bahujan Samaj Party (BSP) zählen konnte, bangte sie um ihre Stimmen. Um sich die Sympathie der Wählerschaft zu erhalten, baten Vertreter der Partei indirekt um Verzeihung für die Ereignisse in Gujarat, was allerdings nicht die gewünschte Wirkung erzielte.⁷⁰

Darüber hinaus entschieden sich die Adivasis und Dalits, die 2002 in Gujarat der BJP ihre Stimme aus wirtschaftlichen Gründen gegeben hatten, nun doch wieder für die Congress Partei, worauf noch genauer eingegangen wird.

Kaum hilfreich war auch der Versuch Sonia Gandhis Eignung zur Premierministerin aufgrund ihrer europäischen Herkunft anzuzweifeln. Da Sonia Gandhi schon über drei Jahrzehnte ihres Lebens in Indien verbracht hat und sich in der Politik als feste Größe etabliert hat, wirkten diese längst in Vergessenheit geratenen Sticheleien deplaziert. Wie ein Bumerang wandten sie sich gegen die Bharatiya Janata Party und verschafften ihr nur noch höhere Sympathiewerte.⁷¹

Doch nicht nur die BJP alleine, auch die Bündnispartner litten unter der Niederlage der NDA. Die in Tamil Nadu operierende All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK) beispielsweise verlor alle ihrer zehn Sitze.

Beträchtliche Einbußen musste auch die Koalitionspartei Telugu Desam Party (TDP) aus Andhra Pradesh hinnehmen. Gerade einmal fünf der 29 Sitze konnte sie halten, was mit der Tatsache zusammenhing, dass die Regierung nichts gegen die anhaltende Trockenheit in diesem Unionsstaat unternahm und die bäuerliche Bevölkerung mit seinem Wahlverhalten seiner Frustration Ausdruck verlieh. Anstatt der geplagten Landbevölkerung unter die Arme zu

⁷⁰Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda [Hrsg.], Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang? Berlin 2005, S. 336.

⁷¹Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 7

greifen, versuchte Chief Minister Chandrababu Naidu die Hauptstadt Hyderabad dem internationalen Motorsport schmackhaft zu machen.⁷²

Der Indian National Congress hingegen traf mit seinem Motto „The Hand behind the Common Man“ genau ins Schwarze. Sein Engagement für den „aam admi“, den einfachen Mann, war genau das, wonach sich die Mehrheit der indischen Bevölkerung sehnte. Um den kleinen Mann, den Durchschnittsinder auch tatsächlich erreichen zu können, musste der INC mit den kleinen Regionalparteien zusammenarbeiten, was dann auch entscheidend zum Sieg beitrug. Sonia Gandhi ging auf Konfrontationskurs mit der NDA und brachte unter anderem die steigende Arbeitslosigkeit, die Vorfälle in Gujarat sowie die konsequente Missachtung der ländlichen Bevölkerung zur Sprache.⁷³ Der Aufbau eines Netzwerkes mit vielen regionalen Parteien und die Verteidigung ihrer Anliegen machte sich für den INC bezahlt. Während die AIADMK in Tamil Nadu vollkommen von der politischen Bühne gefegt wurde, gewann die Dravida Munnetra Kazhagam (DMK) in Kooperation mit dem Congress die ganzen 39 Sitze. Auch in Andhra Pradesh sprach der INC der Bevölkerung aus der Seele. Chandrababu Naidus Bemühungen rund um die Formel eins wurde mit den Schlagworten „Farmers don't need Formula One“ gekontert.⁷⁴

In Uttar Pradesh bekam der Congress erneut Zulauf von Seiten der Dalits und Adivasis, da er sich vehement gegen soziale Ungleichheit, insbesondere im Bezug auf die Gruppe der Dalits, aussprach. Da im Unionsstaat Uttar Pradesh die Bahujan Samaj Party (BSP) in Sachen Dalitinteressen einen ernstzunehmenden Rivalen darstellte, forcierte der Congress diese Thematik umso mehr.⁷⁵

Die linken Parteien verdankten ihren Aufstieg in großem Maße den sozialen Disparitäten, die immer wieder dafür sorgen, dass diese Parteien Zulauf

⁷²Chief Minister Chandrababu Naidu traf Bernie Ecclestone, mit dem Ziel den Formel-Eins-Zirkus nach Hyderabad zu locken. Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 11

⁷³Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda [Hrsg.], Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005, S. 339

⁷⁴Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 11

⁷⁵Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda [Hrsg.], Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005, S. 339

finden. Die Communist Party of India (Marxist) (CPM), am prominentesten vertreten in den Unionsstaaten Kerala und West Bengal, hatte sich besonders durch ihre Arbeit in beiden Staaten profiliert und nicht etwa durch die Hervorhebung der kommunistischen Ideologie. Das Parteimitglied Buddhadeb Bhattacharya hatte die Stellung des „Chief Ministers“ von West Bengal inne und schaffte es, den Unionsstaat zu einem der attraktivsten Plätze Indiens für ausländische Investoren zu machen. Die Regierung von West Bengal hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst vielen Beschäftigung zu verschaffen, was ihr Beliebtheit in allen Teilen der Bevölkerung sichert, von der „Forward Class“ über die „Other Backward Classes“ (OBCs) bis hin zu den Dalits und Adivasis.⁷⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Konzentration der BJP und somit auch des gesamten Regierungsbündnisses NDA auf die Entwicklung der Wirtschaft Indiens ihr den Sieg gekostet hat. Die Träume vom indischen Staat als global player scheiterten an der Realität. Die überaus bürgernahe und um einiges subtilere Kampagne des Congress mit Sonia Gandhi an der Spitze ermöglichte es ihm die Oberhand zu gewinnen. Einen nicht zu unterschätzenden Anteil am Erfolg hat auch die ungebrochene Anziehungskraft des Namen Gandhi. Nicht nur Sonia selbst, sondern auch ihre Kinder Rahul und Priyanka, gewannen durch öffentliche Auftritte viele Sympathien.

⁷⁶Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikeranalyse, 10785 Berlin, www.fes.de, Juli 2004, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (21.Juni 2008) S. 10/11

3. Die politische, soziale und wirtschaftliche Lage Gujarats im Überblick

Schenkt man der Internetseite „India in business“ Glauben, so ist der Unionsstaat Gujarat in vielfacher Hinsicht auf dem Vormarsch.

Der 196024 km² große Staat mit knapp über 50 Millionen Einwohnern⁷⁷ verfügt beispielsweise über ein hervorragendes Verkehrswesen. Das Straßennetz wird als „eines der besten Indiens“ erachtet, was bedeutet, dass die meisten Straßen eben und mit Spuren versehen sind⁷⁸. Die Regierung ist darum bemüht, alle Dörfer darin einzubinden und die Sicherheit zu erhöhen. Darüber hinaus sind an der 1600 km langen Küste Gujarats 41 vorwiegend mittlere und kleine Häfen zu finden, die bis 2015 dazu in der Lage sein sollen, 39 Prozent der nationalen Fracht befördern zu können. Auch im Bereich des Flugverkehrs schreitet die Entwicklung voran. Es gibt bereits vierzehn Flughäfen⁷⁹, wobei Ahmedabad als dem bislang einzigen internationalen Flughafen die meiste Bedeutung zukommt. Die Stadt Surat soll dem Beispiel Ahmedabads folgen.

Abgesehen vom Verkehrswesen wird auch das Erziehungs- und Gesundheitswesen erwähnt. Nicht ohne Stolz wird hervorgehoben, dass die Alphabetisierungsrate bei 69,1 Prozent und somit über dem nationalen Durchschnitt von 65,38 Prozent liegt. Die Eliteinstitutionen Gujarats, wie etwa das „Dhirubhai Ambani Institute of Information and Communication Technology“, sind klar auf den biotechnisch-pharmazeutischen und auf den IT – Sektor ausgerichtet. Insgesamt wird die Zahl der Universitäten mit fünfzehn beziffert, wobei allerdings eingeräumt wird, dass noch nicht alle als solche gelten beziehungsweise als „Institute von nationaler Bedeutung“ bezeichnet

⁷⁷ Es sind laut Volkszählung 2001 genau 50,671,017 Einwohner. Angaben zu finden in: Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, C-Series: Social and Cultural Tables, Population by religious communities, Census of India, http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/C_Series/Population_by_religious_communities.htm (16. April 2008)

⁷⁸ “The existing road network in the state of Gujarat is rated as one of the best in the country. ... Most of the roads are surfaced roads and the growth in surfaced road length has been significant. Most of the roads are getting laned.“ in: ITP (Investment and Technology Promotion) Division, Ministry of External Affairs, Government of India, Know India Indian State:Gujarat, India in business, letzte Änderung am 16. April 2008, <http://www.indiaibusiness.nic.in/know-india/states/gujarat.htm> (16. April 2008)

⁷⁹ “Gujarat has the highest number of airports in India. The state has 14 airports including an international airport in Ahmedabad.“ Angaben diesbezüglich sind aber widersprüchlich. <http://www.indiaibusiness.nic.in/know-india/states/gujarat.htm> (16. April 2008)

werden⁸⁰. Was das Gesundheitswesen betrifft, so wird geplant alle so genannten „Civil Hospitals“ zu privatisieren. NGOs könnten bei der Privatisierung von Zentren der medizinischen Grundversorgung sowie der Gemeinden ebenfalls eine Rolle spielen⁸¹. In punkto Gesundheit ist auch kurz von der Wasserversorgung die Rede. 668 Dörfer konnten im Zeitraum von April bis Dezember 2005 mit Trinkwasser versorgt werden, doch Angaben zu früheren oder späteren Perioden scheinen nicht auf. Da die Internetseite „India in business“ dazu dient die wirtschaftlichen Vorzüge hervorzuheben, liegt die Vermutung nahe, dass normalerweise eine geringere Anzahl an Orten in den Genuss frischen Wassers kommt.

Um das Wachstum der wichtigsten Industriezweige, wie etwa der Biotechnologie, der Petrochemie, der Pharmazie und der Informationstechnologie zu verdeutlichen, werden bereits erbrachte Leistungen und in Planung befindliche Projekte angeführt. Diese reichen allein im biotechnologischen Bereich von einer Bio - IT Software Firma über ein Produktionswerk für Biotreibstoff bis zu einem Biotech Park. Bevorzugte Standorte hierfür sind vorwiegend Ahmedabad, Surat, Rajkot und Vadodara. Zieht man andere Quellen zu Rate, so lässt sich erkennen, dass das wirtschaftliche Vorpreschen Gujarats auch seine Schattenseiten hat. Knapp 40 Prozent der Bevölkerung, also rund 18 Millionen Menschen, leben in Städten, wodurch der Unionsstaat im Hinblick auf die Verstädterung zusammen mit Maharashtra an der Spitze liegt. Ahmedabad hat mit etwa 3,7 Millionen die meisten Einwohner vorzuweisen, gefolgt von Surat mit 2,6, Vadodara mit 1,4 und Rajkot mit zirka einer Million⁸². Ein Großteil der Menschen kommt in die Industriezentren, um vom wirtschaftlichen Aufstieg zu profitieren, doch die Arbeitslosigkeit ist, anstatt zu sinken, allein im Zeitraum von 1999 bis 2002 um 30 Prozent gestiegen⁸³. Dieses Phänomen wird auch als „jobless growth“, ein Wachstum ohne Steigerung der Beschäftigtenanzahl, bezeichnet. Arbeitskräfte werden zwar benötigt, jedoch können nicht schnell genug Arbeitsplätze geschaffen werden. Nicht nur Gujarat, sondern ganz Indien ist davon betroffen. Ein Grund hierfür könnte sein, dass das

⁸⁰ “The state has a total number of 15 universities including deemed to be universities and institutes of national importance.“ Ibidem.

⁸¹ “At the same time the State government is planning to involve NGOs for privatization of around 1000 Primary Health Centers and 272 Community Health Centers.“ Ibidem.

⁸² Eric Töpfer, Gujarat, Südasien – Informationsnetz e.V., Südasien.info, 21. Mai 2004 <http://www.suedasien.info/laenderinfos/463> (18. April 2008)

⁸³ Helmut Reifeld, Gujarat 2002: Menetekel für Indien ?, in: Werner Draguhn (Hrsg.), Indien 2003 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg 2004. S. 54

Wirtschaftswachstum an sich schon einiges an Kapital verschlungen hat. Abgesehen davon werden vor allem im öffentlichen Sektor Stellen abgebaut, um in punkto Effizienz wettbewerbsfähig werden zu können.⁸⁴ Der Gewinner der derzeitigen ökonomischen Situation ist die Mittelschicht in den Städten.

Bei der ländlichen Bevölkerung hingegen, bei immerhin etwa 32 Millionen Menschen, macht sich der industrielle Aufschwung nicht bemerkbar. In der Landwirtschaft, deren Existenz vom Anbau und Ertrag von Zuckerrohr, Tabak, Erdnüssen und sonstigen cash crops abhängt, hat man sowohl mit der Dürre als auch mit einer schlechten Wasserversorgung zu kämpfen. Die Staudämme entlang des Flusses Narmada, der die Staaten Madhya Pradesh, Maharashtra und Gujarat durchquert, sollen diesbezüglich Abhilfe schaffen. Geplant und bereits teilweise umgesetzt sind 30 große, 135 mittlere und 3000 kleine Dämme. Laut Regierung und der Sardar Sarovar Nigam Ltd., einer Vereinigung von Unternehmen zum Bau des Dammes, kommt das Projekt vor allem den Trockengebieten im Norden und Westen Gujarats zugute. Gegner des Staudamm - Netzwerkes, wie etwa die Narmada Bachao Andolan (NBA), die „Bewegung Rettet den Narmada“, weist allerdings darauf hin, dass beispielsweise nur fünf Prozent des Zielgebietes durch den Damm von Bagi mit Wasser versorgt wird und die wahren Nutznießer die großstädtische Industrie und die Farmen in den Küstengebieten sind⁸⁵. Der Distrikt Ahmedabad wird durch das Projekt tatsächlich zehn Mal soviel Wasser erhalten wie der Distrikt Kutch, wo allenfalls 1,6 Prozent des Anbaugesbietes bewässert werden wird. In Teilen Gujarats die nicht von den Staudämmen profitieren, wird die Lage zusehends schlimmer, da in alternative Bewässerungsmethoden kaum investiert wird. Schließlich fließen beinahe 85 Prozent der dafür vorgesehenen Geldmittel allein in die Errichtung einer der großen Dämme, dem Sardar Sarovar.

Die Errichtung der Staudämme hat einen weiteren massiven Nachteil. Ungefähr eine Viertelmillion Menschen verliert aufgrund des Baus des Sardar Sarovar Dammes ihr Heim. 19 Dörfer im Unionsstaat Gujarat sind von

⁸⁴ “The root of the problem is “jobless growth“ in the Indian economy, that is, despite an acceleration in the growth rate in India; the pace of creation of work opportunities has not kept pace with the growing requirement. ... The reason for the phenomenon of jobless growth could be that growth in India has essentially been capital intensive. Further, the public sector is in the process of shedding excess labour in the name of downsizing for meeting the efficiency challenges of market competition.“ Swati Narayan, Unemployment and migration, Civil Society Information exchange Pvt. Ltd., India Together, März 2004, <http://www.indiatogether.org/2004/mar/ecomigration.htm>, (18. April 2008)

⁸⁵ Torsten Otto, Neue Satyagraha – Kampagne der Narmada-Bewegung, Südasien – Informationsnetz e.V., Suedasien.info, 31. Juli 2001, <http://www.suedasien.info/nachrichten/1171>, (18. April 2008)

Zwangsumsiedlungen betroffen. Die NBA versucht durch zahlreiche satyagrahas (wörtlich „Beharren auf die Wahrheit“), gewaltlose Aktionen und Demonstrationen, auf die Not der Dorfbewohner aufmerksam zu machen⁸⁶. Der Umstand, dass das ökonomische Wachstum praktisch zu keinerlei Verbesserungen der Lebensbedingungen führt, schlägt sich auch im so genannten Human Development Index, dem Gradmesser für die menschliche Entwicklung, nieder. Besonders der gender – related Development Index, der das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ausdrückt, fällt hierbei ins Auge. Auf 1000 Männer kommen in Gujarat nur 921 Frauen⁸⁷. Dies könnte allerdings auch damit zusammenhängen, dass der Unionsstaat für seine konservative Haltung in politischer, sozialer und religiöser Hinsicht bekannt ist. Unterschiede zwischen den Kasten beispielsweise machen sich hier noch stärker bemerkbar als in anderen Staaten Indiens. Etwa 14 Prozent der Bevölkerung gehören der Oberkaste, der „Forward Class“ (FC), an. Sie genießt vor allem in der Wirtschaft einen besonderen Status, wie beispielsweise die Mahajans, eine Kaste von Händlern. Geschätzte 12 Prozent zählen zu den Patidars, einer zur Oberkaste aufstrebenden Gruppe von Großfarmern. Die Mehrheit der Einwohner jedoch, zirka die Hälfte lässt sich den „Other Backward Castes (manchmal auch „Other Backward Classes genannt) (OBC) zuordnen. Diese reicht von Mittel- und Kleinbauern, über Handwerker und Gewerbetreibende, bis zu Anbietern einfacher Dienstleistungen⁸⁸. Außerhalb des Kastensystems stehen die „Scheduled Castes“ (SC), die Kastenlosen, die früher als „unberührbar“ und nun als „Dalits“ bezeichnet werden. Ihre Zahl beläuft sich innerhalb Gujarats laut der letzten Volkszählung auf knapp 3,6 Millionen. Dalits sind vorwiegend Landarbeiter, die über keinen eigenen Grund und Boden verfügen, ebenso wie die Adivasis, die indigene Bevölkerung oder auch die Ureinwohner. Sie werden unter dem Begriff „Scheduled Tribes“ (ST) erfasst und machen mit rund 7,5 Millionen Menschen 15 Prozent der Einwohner aus⁸⁹. Viele haben sich in der Nähe zu den Unionsstaaten Madhya Pradesh und Maharashtra niedergelassen.

⁸⁶ Theodor Rathgeber, Die geplante Öde. Überlebenskampf, Staudämme und Entwicklungsplanung in Indien, Gesellschaft für bedrohte Völker, Juni 2003, letzte Änderung am 13.7.2004, <http://www.gfbv.it/3dossier/h2o/indien.html>, (18. April 2008)

⁸⁷ Reifeld, Gujarat 2002, S.55

⁸⁸ Eric Töpfer, Gujarat, <http://www.suedasien.info/laenderinfos/463> (18.April 2008)

⁸⁹ Die genauen Zahlen sind 3,592,715 (Dalits) bzw. 7,481,160 (Adivasis). In: Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, A – Series Tables: General Population Tables, Scheduled Castes & Scheduled Tribes Population, Census of India, <http://www.censusindia.gov.in/Census Data 2001/Census data finder/A Series/SC ST.htm> (18.April 2008)

Diese Einteilung erfolgt rein nach ökonomischen und nicht etwa nach religiösen Gesichtspunkten, was bedeutet dass die Lebensumstände und die Bildung der Einwohner in Betracht gezogen werden. Die indische Politik sieht vor, dass Bildungsinstitutionen und Betriebe einen gewissen Prozentsatz von Leuten aus den „Scheduled Castes“ und „Tribes“, sowie aus den OBCs aufzunehmen haben. Diese Reservierungspolitik mit zu erfüllenden Quoten hat bereits in der Vergangenheit zu Ausschreitungen geführt. Was die Religionszugehörigkeit betrifft, so bezeichnen sich 90 Prozent, ein bißchen mehr als 45 Millionen, als Hindus. Weniger als 5 Millionen, nicht ganz 10 Prozent, werden dem Islam zugerechnet, gefolgt von einer halben Million Jains, ungefähr einer Viertelmillion Christen, knapp 50000 Sikhs und 20000 Buddhisten⁹⁰.

Obwohl der Unionsstaat Gujarat als der Geburtsort Gandhis bekannt ist, ist er, wie bereits weiter oben erwähnt, äußerst konservativ eingestellt und dem Säkularismus nicht besonders zugetan. Die Bharatiya Janata Party (BJP) ging zwar erst 1995 aus den Wahlen als Sieger hervor, doch auf regionaler Ebene bestimmt sie in den Distrikten Ahmedabad und Rajkot bereits seit fünfzehn beziehungsweise fünfundzwanzig Jahren das politische Geschehen⁹¹. In den letzten fünfzig Jahren zieht sich kommunale Gewalt wie ein roter Faden durch die Geschichte Gujarats. Das Schlagwort „Kommunalismus“, das seinen Ursprung im Englischen hat, nämlich im Begriff „community“, bezeichnet in diesem Zusammenhang eine Art des Nationalismus, bei dem die Religionszugehörigkeit als gemeinsamer Nenner fungiert. Hiermit sind also Übergriffe zwischen den zwei größten Religionsgruppen, Hindus und Muslimen, gemeint. Dennoch ist diese Erklärung nicht in ganz Indien anwendbar. In den südlichen Unionsstaaten assoziiert man mit dem Wort „Kommunalismus“ vor allem die Abgrenzung der Oberkaste zu allen übrigen.

⁹⁰Die überwältigende Mehrheit von 45, 143, 074 Personen bekennt sich zum Hinduismus. Die zweitgrößte Religionsgruppe bilden die 4, 592, 854 Muslime. 525, 305 werden dem Jainismus zugerechnet und 284, 092 dem Christentum. Abschließend gibt es 45587 Sikhs und 17829 Buddhisten. Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Population by religious communities, Census of India, <http://www.censusindia.gov.in/Census Data 2001/Census data finder/C Series/Population by religious communities.htm> (16. April 2008)

⁹¹ Christoph S: Sprung, Macht durch Gewalt und Religion - Das hindu-nationalistische Pogrom in Gujarat 2002 in: Uwe Skoda (Hrsg.), Der Hindunationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005. S.283

Präziser gesagt hebt er dort die Stellung der Brahmanen gegenüber dem Rest der Gesellschaft hervor⁹².

Die brutalen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Gujarat sind teils auf die mangelnde Offenheit gegenüber anderen Glaubensrichtungen und teils auf die wirtschaftliche Situation zurückzuführen. Beides hat maßgeblich zum Triumph der Hindutva – Politik, der Ausrichtung des Staates nach hinduistischen Grundsätzen, beigetragen.

Ein kurzer Überblick über die größten Zusammenstöße soll dies verdeutlichen.

Im September 1969 fanden die ersten ernsthaften Unruhen statt, die vom 18. bis zum 30. des Monats andauerten. Die so genannte Reddy Kommission, die ihren Namen dem Vorsitzenden, einem obersten Bundesrichter, verdankt, wurde mit der Untersuchung der gewalttätigen Ausschreitungen betraut. Sie kam zu dem Schluss, dass der Auslöser für die Zerstörungswelle ein Angriff auf den Hindu – Tempel des Gottes Jagannath von Seiten einiger Muslime war. Der Begründung dafür war, dass die Tiere des Tempels sie am Gebet bei einem nahe gelegenen Schrein hinderten. Im Laufe der nächsten Tage wurden exakt 6742 Grundstücke oder Besitztümer das Opfer von Attacken. Unter diesen hatten vorwiegend Muslime zu leiden, denn die Destruktion richtete sich gegen ihr Eigentum. Bereits im Vorfeld der Ereignisse hatten Muslime auf sich aufmerksam gemacht, weil sie gegen die Schändung der Al-Aqsa Moschee in Jerusalem demonstrierten.

In Lokalzeitungen und in Publikationen hindunationalistischer Verbände, wie beispielsweise die der Jan Sangh und der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), wurde das aufgebauscht und somit Stimmung gegen sie gemacht. Die Kommission beobachtete im Laufe der Untersuchungen, dass die Polizei kaum einschritt und nur wenige Verhaftungen machte. Die indirekte Unterstützung der an den Unruhen Beteiligten durch die Passivität der Polizei wurde kritisch durchleuchtet. Aufgrund objektiver Beweise und der Reaktion des Staates befand die Reddy Kommission schließlich, dass dem Staat an sich und der Polizei als Körperschaft keine Vorurteile nachgewiesen werden konnten sondern nur Einzelpersonen. Die Regierung wies weit von sich, dass Ereignisse wie beispielsweise eine Rede des Anführers der Jan Sangh im selben Monat, in der die Assimilierung muslimischer Bürger gefordert wurde,

⁹² Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 279

zur Gewalt beigetragen hatte. Allerdings wurde von ihr auch die Frage aufgeworfen, ob einige Aussagen im Rahmen der Al – Aqsa – Demonstration sich gegen den Staat Indien richteten⁹³. Gegen Ende der 1960er beziehungsweise zu Beginn der 1970er Jahre war Gujarat gerade im Begriff sich zu einem industriellen Zentrum zu entwickeln. Billige Arbeitskräfte wurden benötigt und Hindus niedrigerer Kasten sowie Muslime siedelten sich in den Städten an, in der Hoffnung einen Posten zu ergattern. Hindus ohne Aussicht auf eine geregelte Tätigkeit fanden in den Botschaften hindunationalistischer Organisationen das geeignete Ventil, um ihrer Enttäuschung Ausdruck zu verleihen. Kommunalismus ist „ein überwiegend städtisches Phänomen“⁹⁴, Ballungsräume bieten den idealen Nährboden für Konflikte dieser Art.

Bereits 1985 fanden wiederum Zusammenstöße statt, diesmal im Rahmen der so genannten Anti – Reservierungsaufstände. Die Kongresspartei, die zu der Zeit den Unionsstaat regierte, hatte beschlossen 21 Prozent der Plätze in Bildungsinstitutionen und der höheren (Regierungs-) Ämter für Dalits und 28 Prozent für Angehörige der Other Backward Castes freizuhalten.

Diese Maßnahme, durch die Wähler der unteren Schichten angesprochen werden sollten⁹⁵, verursachte Proteste der Studenten der Oberkasten und diese weiteten sich durch die Leitung des Studentenzweiges der Sangh Parivar, der „Dachorganisation hindunationalistischer Gruppierungen“, zu einer aggressiven Bewegung aus, deren gewalttätige Übergriffe sich zunächst sowohl gegen die Angehörigen der unteren Kasten als auch gegen die Muslime richtete. Anfangs wurde die Geschlossenheit der savarna, der oberen Kasten, angestrebt. Die Spitze der Gesellschaft fürchtete um ihren Status, da in Zentren wie Ahmedabad durch den stetigen Zulauf an Arbeitsmigranten verschiedenste Schichten quasi Tür an Tür wohnten. Aufgrund der Ermöglichung von Aufstiegsmöglichkeiten für alle Mitglieder der Gesellschaft, erachteten sie ihre privilegierte Stellung als gefährdet.

⁹³ Nikita Sud, Secularism and the Gujarati state: 1960 – 2005, Paper prepared for the 50th Anniversary Conference of Queen Elizabeth House, <http://www.qeh.ox.ac.uk/dissemination/conference-papers/sud.pdf/> (PDF – Datei) (18. April 2008) S. 3-6

Bald publiziert in: Modern Asian Studies, Cambridge 2008.

⁹⁴ Vesna Rodic, Muslim – Pogrome in Gujarat: Indiens säkulare Tradition in Gefahr?, Friedrich-Ebert-Stiftung Delhi, Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Asien und Pazifik, 9. August 2002, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/01388.pdf> (18. April 2008)

⁹⁵ „Die Reservierungspolitik zugunsten von Minderheiten, die von der Kongresspartei zur Sicherung ihrer Stimmen instrumentalisiert wurde, war in den 80er Jahren ein Auslöser für schwere Ausschreitungen gegenüber Dalits und anderen marginalisierten Gruppen.“ Rodic, Muslim – Pogrome in Gujarat, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/01388.pdf> (18. April 2008)

Der Sangh Parivar jedoch wurde rasch bewusst, dass diese Basis nicht ausreichen würde, um ihren politischen Einfluss zu verstärken. Dieser wurde auch erweitert und der Glaube stellte das Bindeglied dar. Eine neue Wahrnehmung der eigenen Person als Hindu wurde propagiert, was der Religion einen völlig neuen Stellenwert verlieh. Adivasis, Dalits und den OBCs wurde nun Aufmerksamkeit zuteil und sie erfuhren dadurch soziale Aufwertung, weswegen das Konzept bei ihnen auch funktionierte. Beispielsweise waren erstmals Dalits bei Rath Yatras, Festen bei denen Bildnisse von Göttern auf Wägen durch die Stadt gezogen werden, anwesend⁹⁶. Das Prinzip der Hindutva, der Hinduisierung, konnte somit Fuß fassen und so richtete sich der Unmut bald ausschließlich gegen die muslimische Bevölkerung.

Die von der Sangh Parivar geförderte Bharatiya Janata Party (BJP) konnte bereits 1983 in Rajkot den politischen Durchbruch schaffen. Sie profitierte von der Hindutva – Kampagne der Parivar und vermochte es nur kurz nach den Anti – Reservierungsunruhen, im Jahr 1987, Ahmedabad für sich zu gewinnen.

Nur drei Jahre später war es Gruppierungen und Bewegungen, die sich der Hindutva verschrieben hatten, gelungen, die Congress – Partei praktisch ins politische Aus zu drängen. Bei den nationalen Wahlen 1989 hatte sie bereits 23 seiner 26 Parlamentssitze eingebüßt⁹⁷.

Seit 1990 war die BJP an der Regierung des Unionsstaates Gujarat im Rahmen einer Koalition beteiligt und nach dem Sieg bei den Wahlen 1995 war ihr die alleinige Macht sicher.

Schon im Jahr 1990 tauchten erstmals Plakate in Gujarats Städtelandschaft auf, die darauf hinwiesen, dass dies ein Hindu – Staat (hindu rashtra) sei. Die Politik der Hindutva brachte auch in den späten 1990ern kommunale Gewalt mit sich und das nicht nur gegen Muslime sondern auch verstärkt gegen Christen. Bestes Beispiel hierfür ist das Distrikt Dang im Süden des Staates. Hier wurde im Winter 1997 auf Anfrage des Sozialministers eine Zählung aller Christen durchgeführt und ihre Gotteshäuser aufgelistet.

⁹⁶ Nikita Sud, Secularism and the Gujarati state: 1960 – 2005, <http://www.qeh.ox.ac.uk/dissemination/conference-papers/sud.pdf/> (18. April 2008) S.8

⁹⁷ Nikita Sud, Secularism and the Gujarati state: 1960 – 2005, <http://www.qeh.ox.ac.uk/dissemination/conference-papers/sud.pdf/> (18. April 2008) S.12

Gegen Ende des nächsten Jahres sah sich die christliche Gemeinde Dangs Angriffen ausgesetzt. 34 Kirchen wurden entweder zerstört oder beschädigt, ebenso wie zwei Schulen, die von Missionen betrieben wurden⁹⁸. Die Zerstörung richtete sich nicht ausschließlich gegen Gebäude und Grundbesitz, auch Geistliche und Adivasis, die sich zum Christentum bekannten, waren vor Übergriffen nicht gefeit. Obgleich die Opfer dies nicht nachweisen konnten, vermuteten sie, dass die Verantwortlichen Unterstützung von Seiten der Regierung erhalten hatten. Was eindeutig für diese These spricht, ist die Tatsache, dass andere Missionsschulen, die als Reaktion auf die Vorkommnisse geschlossen blieben, all ihrer Subventionen verlustig gingen⁹⁹.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Zusammenstöße von 1969 und 1985 offiziell das Werk von hindunationalistischen Organisationen waren und der Staat selbst darin nicht verwickelt war. Parteinahme von Seiten staatlicher Institutionen, wie etwa der Polizei, lassen sich allerdings nur schwer von der Hand weisen. Die Vorkommnisse in den 1990er Jahren hingegen machen deutlich, dass die Bharatiya Janata Party den Staat für seine Zwecke instrumentalisiert.

Dies gilt auch für die bisher schwersten Fälle kommunaler Gewalt in Gujarat, die sich im Februar und März 2002 zutrugen. Im nächsten Kapitel werde ich sie ausführlich erörtern.

⁹⁸ Ibidem, S. 13

⁹⁹ Ibidem, S. 14

4. Das Massaker in Gujarat 2002 als Resultat der Hindutva – Politik

Seit dem Machtwechsel zugunsten der Bharatiya Janata Party (BJP) in Gujarat 1995, wurde das Programm der Hindutva, die Ideologie eines hinduistischen Staates, zusehends forciert. Der damalige BJP - Ministerpräsident Kesubhai Patel löste 1999 die Sperre für führende Mitglieder der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) im Bereich der Verwaltung auf, woraufhin viele Positionen im öffentlichen Dienst besetzten¹⁰⁰. Die Sangh Parivar und ihr „Grundpfeiler“, die RSS, zu Deutsch die nationale Freiwilligenorganisation, gewann damit ebenso an Einfluss und Bedeutung wie die Vishwa Hindu Parishad (VHP), der „Weltrat der Hindus“. Ihr Jugendverband, der Bajrang Dal, der sich der Verehrung des Affengottes Hanuman verschrieben hat, und ihre Frauengruppe Durga Vahini erfreuen sich nach wie vor regen Zulaufs. Laut Internetseite der Bajrang Dal zählt dieser bereits 500 000 Mitglieder und sieht sich selbst als „Sicherheitsring der Hindu Gesellschaft“. Getreu seinem Motto „Service, Security and Embellishment“ (Dienst, Sicherheit und Verschönerung) engagiert sich die Organisation vor allem für den Schutz der Kuh und gibt den „Brüdern“ der Scheduled Castes und Tribes soziale Hilfestellung¹⁰¹.

Seitdem die BJP 1998 im Rahmen der Vielparteien – Koalition National Democratic Alliance (NDA) die Zentralregierung stellte, fanden die Ideen der Hindutva auch Eingang in die Schulbücher, insbesondere in die des Geschichtsunterrichts. Dies wird vor allem im nationalen Rahmenplan für den Schulunterricht des Jahres 2000 deutlich. Hier lag der Fokus auf Indiens Beitrag zur weltweiten gesellschaftlichen Entwicklung, sowie auf der Erweckung eines indischen Nationalbewusstseins, „durchdrungen vom Geist

¹⁰⁰ Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion – Das hindunationalistische Pogrom in Gujarat 2002, in: Uwe Skoda (Hrsg.), Der Hindu – Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005. S.284

¹⁰¹ “ Now, more than 5 Lakh active workers of Bajrang Dal, in units in all states of Mother India, are devoted to Her service and the service of Hindu Dharma. Their motto is "Seva, Suraksha, Sanskar" (Service, Security, and Embellishment). The Bajrang Dal has been proven as a security ring of Hindu Society.“ Im Abschnitt “Bajrang Dal and Service to Down Trodden“ werden die Mitglieder der Scheduled Castes und Tribes als “brethren“ bezeichnet. Hinduunity.org , Bajrang Dal – The official website, <http://www.hinduunity.com/bajrangdal.html>, (18. April 2008)

des Vasudhaiva Kutumbakam“. Dieser Terminus aus dem Sanskrit lässt sich mit „Die ganze Welt ist eine Familie“ übersetzen¹⁰².

Die Vidya Bharati („Wissen Indiens“), der Bildungsapparat der RSS, macht aus ihrer Gesinnung gar keinen Hehl. Rund 14000 Schulen, sowie 85 höhere Lehranstalten sind in die Vidya Bharati eingebunden¹⁰³. Sie sollen hier zu „selbstlosen Staatsbürgern, ausgestattet mit der Gesinnung der Hindutva“ erzogen¹⁰⁴. Die Schwerpunkte des Lehrplans dieser Schulen widmen sich vorwiegend dem Sanskrit, dem Yoga und dem *sanskriti gyan*, dem „Wissen über die Kultur“. ¹⁰⁵ Bildungsstätten dieser Art werden auch von non – resident Indians (NRIs), im Ausland lebenden Indern, mit Begeisterung unterstützt. Zu nennen wäre hier beispielsweise die Hindu Swayamsevak Sangh (HSS) in den USA, eine Organisation, deren Zentren (Shakhas) großen Wert auf Familienaktivitäten legen und besonders die Jüngeren über ihr „hinduistisches Erbe“ aufklären will¹⁰⁶.

Abgesehen von den Institutionen der RSS, die sich ja mehr oder weniger offen zum Hindunationalismus bekennen, ließen sich auch in staatlichen Schulen Spuren der Hindutva nachweisen. In den Lehrbüchern existieren kaum kritische Bemerkungen bezüglich des Kastensystems. Sozialen Ungerechtigkeiten der Hindu – Gesellschaft werden somit keinerlei Beachtung geschenkt, dafür werden jedoch religiöse Gegensätze deutlich gemacht.

¹⁰² „... inculcating and nurturing a sense of pride in being an Indian, patriotism and nationalism tempered with the spirit of Vasudhaiva Kutumbakam“. Michael Gottlob, Arbeit am Feindbild: Der Streit über den Geschichtsunterricht an Indiens Schulen, in: Werner Draguhn, Indien 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg 2004. S.171

¹⁰³ “However, the Vidya Bharati network has, by all accounts, grown unhindered. Vidya Bharati general secretary Dinanath Batra claims that the organisation currently runs 14,000 schools at the nursery, primary and secondary levels and has over 18 lakh pupils under its tutelage. These schools are run in all States except Mizoram, and they employ over 80,000 teachers. The Vidya Bharati controls 60 colleges, which offer graduate and post-graduate education, and 25 other institutions of higher education.“

Es dürften nun mehr sein, denn der Artikel wurde im Jahr 1998 veröffentlicht. Venkitesh Ramakrishnan, Hindutva Institutions in Education. The spreading network of RSS, South Asia Documents, <http://www.indowindow.com/sad/index.php>, November 1998, <http://www.indowindow.com/sad/article.php?child=30&article=32> (26. August 2009)

¹⁰⁴ „self – less citizens [...] suffused with the spirit of Hindutva“. Gottlob, Arbeit am Feindbild, S. 182.

¹⁰⁵“IN the schools in the Vidya Bharati network, apart from the academic content of the instruction there is a "core curriculum", which is drawn up by the Vidya Bharati and comprises six subjects: physical education, yoga, music, Sanskrit, moral and spiritual education and *sanskriti gyan* (knowledge of culture).“ Venkitesh Ramakrishnan, <http://www.indowindow.com/sad/article.php?child=30&article=32> (26. August 2009)

¹⁰⁶Im Abschnitt „Balagokulam“ heißt es: “Children's program in the shakha is called Balagokulam. In the Balagokulams, children learn about their Hindu heritage.“ Hindu Swayamsevak Sangh USA, Hindu Swayamsevak Sangh – An Introduction, <http://www.hssus.org/content/view/18/112/>, (18. April 2008)

Unterschiede zwischen Hindus und Sikhs beispielsweise werden vernachlässigt, während man sich von der Glaubensgemeinschaft der Muslime eindeutig abgrenzt¹⁰⁷. An Gujarats Schulen etwa, werden die Termini Inder und Hindu gleichgesetzt und Angehörige anderer Religionen, vorzugsweise Muslime und Christen, nicht als Einheimische betrachtet¹⁰⁸.

Dieser Politik der Hinduisierung trägt das Massaker in Gujarat, das zu Beginn des Jahres 2002 stattfand, Rechnung.

Am 27. Februar 2002 wurde ein aus Uttar Pradesh kommender Zug in Godhra im Unionsstaat Gujarat von Unbekannten angezündet, wobei 58 Menschen¹⁰⁹, darunter 26 Frauen und 14 Kinder, ihr Leben ließen. Im Zug befanden sich aus Ayodhya zurückkehrende kar – sevaks, freiwillige Helfer der Hindutva, die dorthin gefahren waren, um Baumaterial des geplanten Ram – Tempels zu weihen.

Dieses heftig umstrittene Vorhaben wurde von der Vishwa Hindu Parishad (VHP) initiiert. Ganz im Zeichen der Hindutva sollte auf dem Grund der am 6. Dezember 1992 zerstörten Babri – Moschee ein hinduistisches Gotteshaus zu Ehren Rams, der siebten Inkarnation des Gottes Vishnu, entstehen. Da die von der VHP unterstützte Bharatiya Janata Party (BJP) bei Landtagswahlen in Uttar Pradesh, die ebenfalls im Februar stattfanden, schlecht abschnitt, schob der oberste Gerichtshof dem Baubeginn „wegen ungeklärter Besitzverhältnisse“ einen Riegel vor. Alle Aktivisten mussten dadurch, ohne die Weihe vollziehen zu können, wieder kehrt machen¹¹⁰. Noch am 26. Februar, einen Tag vor der oben beschriebenen Attacke, verurteilte Premierminister Atal Behari Vajpayee im Rahmen einer Konferenz, an der sämtliche Parteien teilnahmen, das Projekt auf das Schärfste. Die VHP ließ sich vom Widerstand kaum beeindrucken und hatte weiterhin den 15. März als Baustart im Auge¹¹¹.

¹⁰⁷ Gottlob, Arbeit am Feindbild, S. 178

¹⁰⁸ Ibidem, S. 178

¹⁰⁹ Helmut Reifeld gibt in seinen Artikel „Gujarat 2002 – Menetekel für Indien?“ die Zahl der Todesopfer mit 59 an, alle anderen von mir benutzten Quellen beziffern sie mit 58.

¹¹⁰ Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 280.

¹¹¹ Stefan Mentschel, Christoph S. Sprung, Hunderte Tote bei kommunalistischen Ausschreitungen im indischen Unionsstaat Gujarat, Südasiens.info, 28. Februar 2002, <http://www.suedasien.info/nachrichten/1027>, (18. April 2008)

Der Brandanschlag, der auf den Sabarmati Express im Bahnhof von Godhra verübt wurde und 58 Menschen tötete, sowie 43 weitere verletzte, markierte den Anfang einer beispiellosen Welle der Gewalt in Gujarat. Am selben Abend besuchte Ministerpräsident Narendra Modi den Tatort und äußerte die Vermutung, dass die Drahtzieher dieses, nach Ansicht der BJP geplanten, Angriffs wohl im Ausland zu finden wären. Er bezog sich mit dieser Aussage auf den Nachbarstaat Pakistan und Gerüchte bezüglich einer Partizipation des dortigen Geheimdienstes ISI (Inter Services Intelligence) hielten sich von da an hartnäckig. Die VHP rief bereits am darauf folgenden Tag zum Streik auf, wobei ihr von Seiten der BJP Rückhalt gegeben wurde. Die Aussagen Narendra Modis und die damit verbundene Aufforderung zum Streik haben laut der Menschenrechtsorganisation Concerned Citizens Tribunal (CCT) beträchtlichen Anteil an der Entstehung des Massakers¹¹².

Das unmittelbar einsetzende Blutbad an der muslimischen Bevölkerung lässt sich in seinem ganzen Ausmaß nur schwer erfassen. Die Opfer waren beiderlei Geschlechts und es waren sowohl besser Situierte als auch Arme unter ihnen. Massen im Umfang von fünf- bis zehntausend Menschen attackierten ihre Mitbürger mit Schwertern und Triskuls, speziellen Dreizackdolchen. Darüber hinaus wurden landwirtschaftliche Geräte als Waffen zweckentfremdet und zu Bomben umgebaute Gaszylinder eingesetzt. Sämtliche Gruppen verständigten sich mittels Mobiltelefonen miteinander und verfügten ebenso über die Adressen zahlreicher Muslime. Für Aufruhr sorgten vor allem die Berichte über die Geschehnisse in Naroda – Patia. In einem Armenviertel, das ausschließlich von Muslimen bewohnt wird, wurden 100 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder, bei lebendigem Leib verbrannt. Davor wurden mehrheitlich jüngere Frauen missbraucht und einer Schwangeren wurde ihr Fötus entfernt und in Brand gesetzt¹¹³. Gleichmaßen löste das Schicksal des früheren muslimischen Abgeordneten der Kongresspartei, Ahsan Jafri¹¹⁴, Entsetzen aus. Er und 19 Familienmitglieder, sowie 20 Angestellte fielen den Grausamkeiten, die die Attacke auf den Zug im Bahnhof Godhra auslöste, zum Opfer. In seinem Haus in Ahmedabad suchten vor der Gräueltat ungefähr 150 Muslime Zuflucht, in dem Glauben, dass er nicht angegriffen würde. Laut

¹¹² Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 280

¹¹³ Reifeld, Gujarat 2002 – Menetekel für Indien, S. 56

¹¹⁴ Bei Reifeld ist von Ehsan Jafri die Rede, in anderen Quellen wird der Vorname mit „A“ geschrieben.

dem „Daily Herald“ scharte sich ein Mob von 10000 Personen um sein Haus, dem er sich stellte und der von ihm die Worte „Jai Shri Ram“, „Sieg dem Gott Ram“ forderte. Nachdem sie ihn getötet hatten, ging sein Heim in Flammen auf¹¹⁵.

Kurz vor seinem Tod hatte Jafri einige Stunden lang erfolglos probiert, Hilfe von Ämtern in Ahmedabad und Delhi zu erwirken.

Fakten wie diese rechtfertigen eine Kategorisierung der Ereignisse als Pogrom. Die BJP – Landesregierung unterließ es beinahe zur Gänze Hilfe zu leisten während sich die Zentralregierung zwar zutiefst schockiert zeigte, aber kaum konkrete Maßnahmen setzte. Premierminister Vajpayee brach nicht wie geplant nach Australien auf, Innenminister L.K. Advani wollte sich höchstpersönlich einen Überblick über die Lage in Gujarat verschaffen und Verteidigungsminister Georges Fernandes begab sich zwecks eines Treffens mit dem Innenminister des Unionsstaats, Ashok Narayan, nach Ahmedabad¹¹⁶. Das Vorgehen von Gujarats Institutionen, wie etwa der Polizei, sprach eine deutliche Sprache. Verbrechen, beispielsweise Morde und Vergewaltigungen, wurden nicht zur Kenntnis genommen und Personen, die nachweislich Straftaten begangen hatten, wurden auf freien Fuß gesetzt. Einer der Beamten überließ den wütenden Massen sogar Treibstoff seines Dienstautos. Eine Reihe von Polizisten wiederum, allesamt Hindus, bedrohten ihren Vorgesetzten, einen Muslimen, in solch einem Maße, dass dieser sich gezwungen sah zu fliehen¹¹⁷. Selbst im Gesundheitswesen konnten muslimische Bürger nur fallweise auf Versorgung hoffen, da ihnen der Großteil der Mediziner, beziehungsweise der Spitäler diese versagte. Diese Verweigerung wurde nach dem Bericht des Concerned Citizens Tribunal mit dem Begriff „Communalisation of Public Space“ betitelt¹¹⁸.

¹¹⁵ Now, reportedly 10,000 circled Jafri's home, chanting his name. ... The mob demanded he say "Jai Shri Ram," or "Victory to Lord Ram," one of the gods in the Hindu pantheon. ... After killing Jafri, the mob set fire to his house.“ Rukmini Callimachi, The scars of nationalism, Suburban Hindu nationalists say their shakhas promote pride, but in India similar groups are linked to atrocities, Daily Herald.com, 7.Mai 2003, <http://www.dailyherald.com/special/passagefromindia/hindu.asp> , (18. April 2008)

¹¹⁶ Stefan Mentschel , Christoph S. Sprung, Hunderte Tote bei kommunalistischen Ausschreitungen im indischen Unionsstaat Gujarat, <http://www.suedasien.info/nachrichten/1027> , (18. April 2008)

¹¹⁷ Der bewusste Polizist war Polizeiinspektor, der sein Leben rettete, indem er sich seiner Uniform entledigte. Reifeld, Gujarat 2002 – Menetekel für Indien, S. 57

¹¹⁸ Christoph S. Sprung bezieht sich in seinem Artikel „Macht durch Gewalt und Religion – Das hindunationalistische Pogrom in Gujarat“ zum Beispiel auf den Untersuchungsbericht “Crimes against humanity“ des Concerned Citizens Tribunal.

Doch nicht nur das Verhalten öffentlicher Einrichtungen lässt auf ein Pogrom schließen, sondern die der Täter selbst. Da die Angreifer, wie bereits beschrieben, über Mobiltelefone verfügten und gezielt Eigentum und Wohnungen attackierten, deren Standorte ihnen aufgrund von Verzeichnissen bekannt waren, zeigt an, dass diese Ausschreitungen nicht spontan geschahen, sondern einem Plan folgten. Die Listen zur genauen Identifizierung muslimischer Siedlungen und Geschäfte, nämlich Wahl-, sowie Steuerlisten, konnten nur von staatlicher Seite bereitgestellt werden.

Interessant ist ebenfalls, dass die Brutalitäten, nicht allein einer bestimmten Schicht oder Gruppen von Goondas, fanatischen Schlägern, zugerechnet werden kann, sondern dass verschiedenste Hindus, von Adivasis über Dalits bis zu Mitgliedern der höheren Kasten, vertreten waren.

Obwohl die Gewalt auch erstmals in ländliche Gebiete überschwappte, konzentrierte sie sich doch in den Städten. Allein in Ahmedabad richtete sich die Zerstörungswut bis Mitte März gegen rund 22 Moscheen und Gräber. Die rasche Einebnung zerstörter Gebiete begründete ein Mitglied der Organisation People's Union for Human Rights damit, dass nicht nur Muslime an sich unerwünscht seien, sondern auch deren geschichtliche Spuren¹¹⁹. Insgesamt wurden im Rahmen des Pogroms 270 islamische Gebetshäuser und Schreine, auch Dargahs genannt, dem Erdboden gleich gemacht oder von den Hindus als religiöse Stätten beansprucht. Letztere wurden mit safranfarbenen Fahnen behängt oder mit den Statuen hinduistischer Götter versehen.

Die Ideologie der Hindutva fand in einer Gewaltorgie Ausdruck, dessen Verfechter sie im Laufe der nächsten Monate zu nutzen wussten.

¹¹⁹ Sonal Mehta äußerte sich folgendermaßen: „Es sind nicht nur die Menschen, die sie loswerden möchten [...], sondern auch die Geschichte dieser Stadt, die ihnen darin einen Platz gibt [...], wie in Ayodhya.“. Klaus Julian Voll, Gujarat zwischen Kommunalismus und ethnischer Säuberung, suedasien.info, 12. März 2002, <http://www.suedasien.info/nachrichten/1033> , (18. April 2008)

5. Die Bilanz der Gewalt und deren Instrumentalisierung für die Landtagswahlen 2002

Das Pogrom, das seinen traurigen Höhepunkt im März erreichte und dessen Ausläufe noch im Sommer spürbar waren, richtete schwer zu beziffernde Schäden an. Von staatlicher Seite wurden 2000 Todesfälle registriert, allerdings dürfte es sich hierbei nur um die Hälfte der menschlichen Verluste handeln¹²⁰. Weiters waren mehr als 100 000 muslimische Einwohner Gujarats bis Jahresende dazu gezwungen, in eilig errichteten Auffanglagern zu bleiben¹²¹. Materielle Schäden beliefen sich auf insgesamt knapp sechs Milliarden Euro, wobei dies eindeutig mehr Hindus als Muslime, die ja die eigentlichen Ziele der Angriffe waren, betraf. Beispielsweise wurden in etwa 1200 Hotelbetriebe zerstört, deren Eigentümer sich zum Islam bekannten. Daraufhin wurden fast 30000 Menschen arbeitslos, die überwiegende Mehrheit von ihnen Hindus¹²².

Überdies kosteten die wirtschaftlichen Auswirkungen der Gewalt, wie etwa das Ausbleiben ausländischer Investitionen, laut Berechnungen der „Gujarat Chamber of Commerce and Industry“, den Staat zirka 2,3 Milliarden Euro¹²³.

BJP – Ministerpräsident Narendra Modi bezeichnete das Pogrom lapidar als logische Konsequenz der Attacke vom 27. Februar. Wortwörtlich gab er das Reaktionsprinzip Newtons wider, nämlich das jede Aktion eine gleichwertige und entgegengesetzte Reaktion zur Folge hat¹²⁴.

Modi hatte Kesubhai Patel 2001 als Ministerpräsident abgelöst, da dieser weder schnell genug noch in ausreichender Menge Hilfe für die Erdbebenopfer des Distrikts Kutch im selben Jahr bereitstellen konnte.

Narendra Modi wurde bereits im Alter von 17 Jahren Mitglied der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und absolvierte das Studium der

¹²⁰ „...regierungsunabhängige Beobachter gehen von mindestens doppelt so vielen Ermordeten aus.“ Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 282

¹²¹ Die Zahl der Leute in den Auffanglagern ist aus den Quellen nicht genau ersichtlich, Sprung gibt mehr als 100000 an, während bei Reifeld von über 130000 die Rede ist. Man kann davon ausgehen, dass die Menschen in den Auffanglagern offensichtlich nicht genau gezählt wurden.

¹²²Es wurden genau 1159 Hotels Opfer der Sachbeschädigungen und nur 700 von 29000 Betroffenen, die ihre Stelle verloren, waren Muslime. Reifeld, Gujarat 2002, S. 59

¹²³ Reifeld, Gujarat 2002, S.59

¹²⁴ “every action has an equal and opposite reaction“ Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 286

Politikwissenschaft. Von 1988 bis 1989 war er Generalsekretär der BJP Gujarats und daraufhin sechs Jahre lang für den Wahlkampf der Partei verantwortlich. Schließlich nahm er 1998 den Posten des nationalen Generalsekretärs der BJP an¹²⁵.

Im Hinblick auf seinen Werdegang als langjähriges Mitglied der RSS und auf seine Karriere innerhalb der Bharatiya Janata Party verwundert dieses Kommentar kaum. Dementsprechend wenig Mitgefühl hegte er für die Betroffenen in den Auffanglagern, deren Situation von Seiten der Regierung Gujarats geflissentlich ignoriert wurde. Modi begründete dieses Verhalten damit, dass falls Hilfestellung gewährt würde, die Zahl der Muslime sprunghaft ansteigen könnte, wo doch der Staat jetzt schon Probleme hätte all seine Einwohner zu versorgen¹²⁶. Auf diese Weise spielte er mit der Furcht vor dem Anstieg einer Minderheit auf Kosten der übrigen Bevölkerung.

Wesentlich schärfere Worte fand der Weltrat der Hindus, die Vishwa Hindu Parishad. Dessen Präsident, Ashok Singhal, vertrat den Standpunkt, dass die Muslime ihren Aufenthalt in den Lagern ihrem eigenen Betragen zuzuschreiben hätten¹²⁷. Generalsekretär Praveen Togadia warf dem Islam als solchem Intoleranz vor und sprach auch das Thema Terrorismus an, um seine Aussagen zu untermauern sowie Gewalttaten von Hindus zu legitimieren¹²⁸. Von seiner Befürwortung des Irakkrieges „weil er gegen ein islamisches Land gerichtet war“¹²⁹ distanzierte sich die BJP allerdings.

Die Spitzen der BJP Gujarats beschlossen bereits im Frühjahr das anti – muslimische Klima im Unionsstaat für ihre Zwecke zu nutzen. Da die nächsten Wahlen erst im März des folgenden Jahres stattfinden sollten, wollten sie eine Vorverlegung erreichen. Narendra Modi entließ das Parlament in die Sommerpause und löste es am 19. Juli auf, um so Neuwahlen in den

¹²⁵ Bharatiya Janata Party Gujarat, Shri Narendrabhai Modi. Chief Minister, Gujarat State, Bharatiya Janata Party Gujarat, <http://www.bjpguj.org/leadership/nm.htm> , (18. April 2008)

¹²⁶ “What should we do? Run relief camps for them? Do we want to open babyproducing centres? ... Gujarat has not been able to control its growing population and poor people have not been able to get money“. Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 290

¹²⁷ „Wenn es den Muslimen in den Lagern nicht gefiele, sollten sie sich besser benehmen.“ Reifeld, Gujarat 2002, S. 58

¹²⁸ “If Hindus are riotous then riots should be confined only to India. Globally, it is Muslims who are fighting everywhere, whether it is against the Christians in Chechnya and Bosnia, against the Jews in Israel or against the Roman Catholics in Phillipines. Islam has an exclusive totalitarian system believing in jihad, terming the non – Muslims as kafirs. This intolerance is basically responsible for the Hindu – Muslim problem.“ Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 290

¹²⁹ Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 291

nächsten drei Wochen zu erwirken. Die Election Commission (EC), die feststellen sollte, ob in dem gebeutelten Staat Wahlen abgehalten werden könnten, kam nach einer genauen Untersuchung zu dem Schluss, dass zu viele Wahlkreise, 154 von insgesamt 182, von den Gewalttaten in Mitleidenschaft gezogen wurden und eine Wahl deswegen in dieser kurzen Zeit nicht möglich wäre. Sie erklärte weiters, dass sich die Lage bis zum 3. Oktober bessern müsste, ansonsten würde der Ausnahmezustand ausgerufen. Schließlich wurde der 12. Dezember als Termin für die Landtagswahlen bekannt gegeben. Die BJP wandte sich an den obersten Gerichtshof in der Hoffnung, den Termin auf den 6. Dezember verschieben zu können, jenen Tag, an dem vor genau zehn Jahren die Babri – Moschee in Ayodhya zertrümmert wurde. Das Urteil jedoch verbot es der Partei die Symbolträchtigkeit dieses Tages zu nutzen.

Ihre Wahlkampagne stand erwartungsgemäß ganz im Zeichen der jüngsten Ereignisse. Muslime wurden als Aggressoren hingestellt gegen die sich der Rest Gujarats zu schützen hatte. Ein beliebtes Motiv auf Plakaten stellte der in Flammen stehende Zug im Bahnhof von Godhra dar, verbunden mit dem Appell die hindu rashtra, den Hindu – Staat, zum Schutz gegen den heiligen Krieg des Islam Wirklichkeit werden zu lassen. Ebenso vertreten war die Gegenüberstellung der Portraits von Narendra Modi und Perez Musharraf, dem Staatsoberhaupt Pakistans. Der dazugehörige Slogan bat darum, für einen von beiden Partei zu ergreifen. Viele Wähler waren nach Betrachtung dieses Plakates tatsächlich der Ansicht, dass die Kongresspartei Musharraf ins Rennen schicken würde. Wahlkampfposter dieser Art veranlassten die Election Commission zum Eingreifen. Auf deren Weisung vom 13. November wurde der Einsatz provozierender Bilder untersagt, da die Gefahr erneuter Übergriffe nach wie vor bestand. Längst nicht alle beanstandeten Plakate verschwanden; meistens wurden nur einige Bilder entfernt und die „zensurierten“ Plakate an Ort und Stelle gelassen.

Der „Congress“ stand dieser äußerst simplen und leicht zu transportierenden Botschaft des Muslimen als Feind machtlos gegenüber. Um ein wenig Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und Wählerstimmen zu ergattern, verfolgte die Partei das ähnliche Konzept der „soft Hindutva“. Allerdings machte diese Kampagne den Eindruck eines schwachen Imitats und stellte somit keinen Gegenpol dar. Shankarsinh Waghela, der als Kandidat des „Congress“ kaum

wahrgenommen wurde, war selbst bei der RSS gewesen und hatte diese Position nur deswegen inne, weil die BJP ihn abgelehnt hatte.¹³⁰

Aufgrund ihrer starken Propaganda und eines Mangels an Alternativen konnte die BJP wenig überraschend die Wahl für sich zu entscheiden. Sie konnte 126 der 181 Sitze im Parlament erlangen und verwies damit die Kongresspartei mit 51 Sitzen klar auf den zweiten Platz. Dieses Ergebnis hatte die BJP nicht alleine den Wählern der Forward Classes zu verdanken, sondern vor allem den Randgruppen der Adivasis und Dalits. Erstere zeigten sich wenig beeindruckt von den Hasstiraden des Wahlkampfes, jedoch versprachen sie sich wirtschaftlichen Gewinn durch einen Sieg der BJP¹³¹. Dies erscheint merkwürdig angesichts der Tatsache, dass beide Parteien es gänzlich verabsäumt hatten sich wirtschaftspolitischen Themen zu widmen. Mittlere und Kleinunternehmer befürchteten deshalb sogar einen Rückgang der aufstrebenden Wirtschaft¹³².

Letztere hatten sich wegen ihrer verstärkten Einbindung in die Hindutva – Ideologie und wegen ihrer Kritik an der Reservierungspolitik für die BJP entschieden.

Die Vishwa Hindu Parishad (VHP) nahm diesen eindeutigen Sieg zum Anlass ihre Überzeugungen noch expliziter zu formulieren als bisher. Ihr Präsident, Ashok Singhal, sah bereits im Vorfeld der Landtagswahlen die Gewaltorgie der letzten Monate als „erfolgreiches Experiment“ an¹³³. Ihr Generalsekretär Praveen Togadia war durch die Wahl davon überzeugt, dass die Ziele der

130

„Die Congress Partei, die nach der Unabhängigkeit über vierzig Jahre lang in Gujarat regiert hatte, hat diesmal vor allem darin versagt, ihre eigenen Stärken auszunutzen. Ihr Spitzenkandidat, Shankarsinh Waghela, hob sich zu wenig von Narendra Modi ab, und seine Form von „soft Hindutva“ bot keine Alternative. Waghela, ein früheres Mitglied der hindunationalistischen Basisorganisation RSS, hatte sich lediglich deshalb dem Congress angeschlossen, weil die BJP ihm zuvor den Laufpass gegeben hatte.“ Helmut Reifeld, Indien: Gujarat nach der Landtagswahl, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin, www.kas.de, 22. Januar 2003, <http://www.kas.de/wf/de/33.1341/>, (26. August 2009)

¹³¹ „Darüber hinaus gab es aber auch Kreise in der Bevölkerung, die sich weder emphatisch von Propaganda mitreißen ließen noch von der Ideologie überzeugt waren, die sich aber dennoch Hoffnungen machten, von einem Sieg der BJP zu profitieren. Es ist auffallend, dass auch viele aus der oberen Mittelschicht und der Bildungselite des Landes der BJP ihre Stimme gaben.“ Reifeld, Gujarat 2002, S. 65

¹³² „Die Klein – und Mittelstandsbetriebe ... wiesen darauf hin, dass die ausschließliche Konzentration auf die Bedrohung durch den Islam und die dadurch verbreitete „fear- psychosis“ dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes abträglich seien.“ Reifeld, Gujarat 2002, S. 64

¹³³ „Bereits Anfang September hatte Ashok Singhal ... das Blutbad von Gujarat als ein „successful experiment“ bezeichnet.“ Reifeld, S. 69

Hindutva, von der Errichtung des Hindu – Tempels in Ayodhya bis zu einem gesetzlich verankerten Sonderstatus für Kühe, verwirklicht werden könnten. Gegner dieser Ideologie hätten die Todesstrafe im Rahmen eines Pogroms zu erwarten. Hindutva hätte sich in ganz Indien durchgesetzt und würde erst nach der Vernichtung Pakistans halt machen¹³⁴.

Solche Äußerungen wurden als gefährlich eingestuft, spiegelten jedoch in keinsten Weise die Meinung der Bevölkerung wider. Knapp die Hälfte der Wähler missbilligte Glaubensübertritte beziehungsweise sprach sich gegen die Eheschließung von Paaren mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund aus. Über siebzig Prozent derer, die der BJP ihre Stimme gegeben hatten, nahmen Abstand von den Brutalitäten zu Beginn des Jahres und bezeichneten sie als „absolut ungerechtfertigt“¹³⁵.

Selbstverständlich stießen die gezielten Anschläge auf Muslime nicht bei allen Einwohnern auf Zustimmung. Während und nach der Gewalt gab es Etliche, die ihnen Unterschlupf gewährten. Diejenigen, die Verluste im Familienkreis zu beklagen hatten, bekamen finanzielle Zuwendung sowohl von muslimischen Indern, die im Ausland lebten, als auch von muslimischen Hilfsverbänden und von zahlreichen Betrieben. Da die Regierung ausschließlich den Familien der 58 Verstorbenen in Godhra Geld zukommen ließ, waren die Angehörigen muslimischer Todesopfer auf diese Spenden angewiesen¹³⁶. Davon gab es viele, denn laut einer Umfrage waren 14 Prozent direkte Ziele der Gräueltaten, während 27 Prozent Leidtragende kannten¹³⁷.

Kurz vor der Wahl, im November 2002, wurde ein Report des Concerned Citizens Tribunal (CCT) publik gemacht, der den vollen Umfang des Pogroms dokumentiert. Das Tribunal, das unter anderem aus Juristen und Inhabern hoher Ämter besteht, lastete darin Narendra Modi die Hauptschuld an¹³⁸. Bis heute wurde er und viele andere nicht zur Verantwortung gezogen. Die gerichtlichen Instanzen Gujarats, die keinerlei Interesse an der Aufklärung der meisten Fälle zeigten, hatten die Mehrheit aufgrund einer dünnen Beweislage

¹³⁴ „fundamentalism and extremism cannot be finished till Pakistan is dimembered“ Reifeld,, S. 69/70

¹³⁵ Exakt 48 Prozent sprachen sich gegen Konversionen aus und 47 Prozent würden ein Verbot interreligiöser Hochzeiten unterstützen. 73 Prozent aller BJP – Wähler distanzieren sich von den Ausschreitungen und nannten sie „totally unjustified“. Reifeld, S. 67

¹³⁶ Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 291

¹³⁷ Reifeld, Gujarat 2002, S. 58

¹³⁸

Ibidem, S. 60

ad acta gelegt. Durch das Einschreiten des obersten Gerichtshofes werden diverse Verfahren einer genaueren Betrachtung unterzogen¹³⁹. Hinzu kommt, dass Verfahren gegen Politiker meist ältere Delikte behandeln und diese eher symbolhaften Charakter haben. Doch immerhin wurden sechs von Modis Ministern wegen kleinerer Vergehen, wie Landfriedensbruch, bis hin zu schweren Verbrechen, wie Mord, strafrechtlich verfolgt¹⁴⁰. Dies hat jedoch noch zu keinem greifbaren Resultat geführt.

Die Ereignisse in Gujarat machen die verheerenden Folgen der Hindutva – Politik deutlich. Sie sind zu einem Großteil für das überraschende Wahlergebnis 2004 ausschlaggebend.

¹³⁹ Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion, S. 292

¹⁴⁰ „Sechs seiner Minister ... sind wegen Landfriedensbruch, Aufruf zur Gewalt, Bankbetrug und zwei sogar wegen Mordes angeklagt.“ Reifeld, Gujarat 2002, S. 61

6. Die Wirtschaftspolitik der NDA - Auf dem Weg zu „India Shining“

Die Regierung der „National Democratic Alliance“ (NDA) trat im Rahmen des zehnten Fünfjahresplans (2002 - 2007) für ein achtprozentiges Wachstum der indischen Wirtschaft ein.

Zur Erreichung dieses Ziels nahm sich die Regierung vor, mittels optimaler Nutzung bereits getätigter Investitionen die Wirtschaft anzukurbeln. Diese stecken, dem zehnten Fünfjahresplan nach zu urteilen, vor allem in Bauvorhaben zur Verbesserung der staatlichen Infrastruktur. Gerade im Bereich des Straßenbaus und der Bewässerung gibt es einen Wildwuchs an Projekten, die jedoch entweder die finanziellen Möglichkeiten übersteigen oder an der Durchführung scheitern. Somit ziehen sie sich oft in die Länge oder werden gar nicht erst zu Ende gebracht.¹⁴¹

Aus diesem Grund setzte sich die NDA zum Ziel, bereits in Angriff genommene Unternehmungen fertig zu stellen, um sich im Anschluss neuen Unternehmungen widmen zu können.

Des Weiteren wurde sehr viel Kapital dafür aufgewendet, staatliche Betriebe zu erhalten. Subventionen dieser Art machen diese Firmen allerdings nicht konkurrenzfähiger. Damit die betroffenen Konzerne ihr volles Potential ausschöpfen können, was wiederum der Wirtschaft zugute kommt, strebte die Regierung ihre Privatisierung an.¹⁴²

Um ein achtprozentiges Wachstum zu ermöglichen, visierte die NDA die Verbesserung der Effizienz im privaten Sektor an, der Indiens Wirtschaft trägt.¹⁴³ Hiermit ist vor allem die Gesetzeslage gemeint, die bezüglich Konkursen und Marktausgrenzung kaum mit Richtlinien aufwarten kann. Durch festgelegte Normen in diesem Bereich würde es leichter, Kapital von maroden auf florierende Unternehmen zu übertragen.¹⁴⁴

¹⁴¹ Planning Commission, Government of India, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002-2007), Perspective, Objectives and Strategy, Planning Commission, Government of India, <http://planningcommission.gov.in/> , http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume1/v1_ch1.pdf (8. August 2009) S. 10

¹⁴² Ibidem S.10 / 11

¹⁴³ “The third area is in the private sector itself, which accounts for the bulk of the economy and where efficiency is vital.“ Ibidem, S.11

¹⁴⁴ “However, an over-arching problem is the legal and procedural hurdles, which prevent the transfer of capital assets from non-performing companies to those that would utilise them better. Even if such transfers are effected,

Im Folgenden möchte ich auf die im zehnten Fünfjahresplan festgelegten Ziele zweier Bereiche, der Landwirtschaft und der Informationstechnologie, näher eingehen.

Der Sektor der Landwirtschaft ist ständig auf Subventionen angewiesen, verfügt kaum über Infrastruktur und dennoch ist ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig¹⁴⁵.

Der Bereich der Informationstechnologie hingegen ist der kleinen, gebildeten Elite vorbehalten. Dies ist der Sektor, in dem sich Indien international behaupten kann, jener Sektor, der Indien zum „global player“ machen könnte. Das „National River Link Project“ (NRLP), das ich ebenfalls noch erläutern werde, scheint nicht im zehnten Fünfjahresplan auf. Allerdings ist dieses Bewässerungsvorhaben schon seit Jahrzehnten in Planung und seine Fertigstellung verändert Indiens Landwirtschaft nachhaltig.

6.1 Verbesserungen im Bereich der Landwirtschaft

In den Jahren von 1990 bis 1999 verminderte sich die Wachstumsraten des Anbaus von Getreide und anderer Feldfrüchte merklich verglichen mit den Zahlen des Jahrzehnts davor. Betrug die Wachstumsrate des Pflanzenanbaus in den achtziger Jahren noch rund 3,7 Prozent jährlich, so waren es in den neunziger Jahren lediglich etwa 2,3 Prozent. Was den Getreideanbau betraf, so sank die Wachstumsrate von 3,5 Prozent auf 1,9 Prozent.¹⁴⁶ Es gibt diverse,

the time-lag is usually so substantial that much of the effective value of the capital stock ins eroded.... Solution to such problems will require legal and procedural changes for facilitating quick transfer of productive assets so that their idle time ins minimised. In particular, bankruptcy and foreclosure laws need to be instituted and made more effective.“ Ibidem, S.11

¹⁴⁵ Laut der Volkszählung von 2001 verdienen von den 168, 101,220 Arbeitern Indiens ganze 13, 245, 693 ihr Geld mit „Agricultural & allied activities“. Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, B – Series, Industrial category of workers, Census of India, <http://www.censusindia.gov.in/> , 2001,

<http://www.censusindia.gov.in/Census Data 2001/Census data finder/B Series/Industrial Category of worker.htm> (12. August 2009)

¹⁴⁶ “During the 1990s (1989-90 to 1999-2000) , the growth of agriculture decelerated as compared to the 1980s (1979-80 to 1989-90). - The overall growth rate of crop production declined from 3.72 per cent per annum to 2.29 per cent per annum ... During the 1990s the growth rate of foodgrains production declined to 1.92 per cent per annum from 3.54 per cent per annum during 1980s.“ Planning Commission, Government of India, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002-2007), Agriculture , Planning Commission, Government of India, <http://planningcommission.gov.in/> , http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch5_1.pdf (12.August 2009) S. 514

von Unionsstaat zu Unionsstaat unterschiedliche Gründe für das beträchtliche Abfallen der Wachstumsrate in diesem Zeitraum, wie beispielsweise mangelnde Finanzierung von Bewässerungsanlagen und Vernachlässigung der ländlichen Infrastruktur¹⁴⁷.

Im Jahr 2000 wurde eine Richtlinie verlautbart, die einen massiven Aufschwung der Landwirtschaft anpeilt. Innerhalb der so genannten „National Agriculture Policy“ (NAP) setzte sich die Regierung eine Wachstumsrate von über vier Prozent jährlich zum Ziel, was allerdings bisher noch nicht erreicht wurde. Der Wirtschaftsplan für die Jahre 2002 - 2007 sieht einen knapp vierprozentigen Anstieg vor¹⁴⁸.

Gemäß der NAP wird Wachstum durch die optimale Nutzung der vorhandenen Kapazitäten angestrebt, allerdings ohne der Umwelt zu schaden. Dieses soll nachhaltig sein und sich sowohl im In- als auch im Ausland auswirken. Überdies soll jeder Bauer in jeder Region von dieser Art Wachstum profitieren¹⁴⁹.

Um ein Wachstum im Sinne der NAP zu erreichen, muss Indiens Grund und Boden effizient genutzt werden. Vielen Bauern stehen aufgrund der anhaltenden Bevölkerungszunahme immer kleinere Grundstücke zu, die nicht immer nutzbar sind. Somit ist eine gesetzliche Regelung bezüglich der Landvergabe und -übertragung von Nöten¹⁵⁰.

Landstriche, die schwer zu bewirtschaften sind, sowie Brachland werden, da sie Besitztum der Allgemeinheit sind, nicht für landwirtschaftliche Zwecke verwendet. Im zehnten Fünfjahresplan wird angeregt, diese Gebiete den Klein- und Kleinstbauern und den Angehörigen der „Scheduled Castes and Tribes“, die selbst über keine Grundstücke verfügen, zukommen zu lassen. Ein Teil des ausgegebenen Landes soll per Gesetz ausschließlich der Aufforstung dienen¹⁵¹.

¹⁴⁷ Ibidem, S. 524

¹⁴⁸ Der zehnte Fünfjahresplan visierte ein Wachstum von 3.97 Prozent an. Ibidem, S.527

¹⁴⁹ “The NAP envisaged the following type of growth: Growth that is based on efficient use of resources and conserves our soil, water and bio-diversity. Growth with equity, i.e., growth which is widespread across regions and covers all farmers. Growth that is demand driven and caters to domestic markets as well as maximises benefits from exports of agricultural products in the face of the challenges arising from economic liberalisation and globalisation, Growth [sic] that is sustainable technologically, environmentally and economically.“ Ibidem, S. 527

¹⁵⁰ Ibidem. S. 528

¹⁵¹ “A condition that a certain percentage of allotted land (say 40 or 50 per cent) must be utilised for tree cover can be stipulated so as to increase the crown area for improving the environmental and ecological conditions.“Ibidem. S. 528

Für eine optimale Nutzung der Böden ist gute Bewässerung unerlässlich. Diesbezüglich ist das verstärkte Auffangen von Regenwasser vorgesehen, um für Trockenzeiten vorzusorgen.

In den Jahren 2002 bis 2007 benötigt Indiens Bevölkerung rund 230 Millionen Tonnen an Getreide. Abgesehen von der bestmöglichen Entwicklung und Nutzung von Anbauflächen, sowie ausreichender Bewässerung, wird auch die Kultivierung anderer Getreidearten in Betracht gezogen, um diesen Ertrag zu erzielen. Mais und neue, durch Kreuzungen entstandene, Sorten von Reis wären dazu geeignet.¹⁵²

Im Jänner 2003 sprach sich der Präsident, A.P.J. Abdul Kalam, für einen Ertrag von 300 Millionen Tonnen im Jahr 2020 aus, um zukünftig die Ernährung für Indiens Bevölkerung zu sichern.¹⁵³

6.2 Das „National River Link Project“ (NRLP)

Die Idee der Verbindung von Flüssen in Indien existiert schon seit dem neunzehnten Jahrhundert. Der Engländer Sir Arthur Cotton glaubte darin eine Alternative zur Erkundung des Landes gefunden zu haben, doch durch die Ausweitung des Eisenbahnnetzes wurde die Überlegung wieder verworfen. Dennoch beschäftigte sich Cotton, ein Ingenieur, intensiv mit Indiens Flüssen und dem Problem des Wassermangels. Einer seiner bedeutsamsten Bauwerke war der Damm am Fluss Godavari in Andhra Pradesh, der in den 1850er Jahren errichtet wurde. Dadurch wurden die Gebiete East- und West Godavari vor der Austrocknung bewahrt. Noch heute huldigen ihm die Menschen dieses Unionsstaates für seine Leistungen und haben in beiden Gebieten rund 3000 Statuen zu seinen Ehren aufgestellt.¹⁵⁴

Zu Beginn der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts wurde erneut ein Vorschlag zur Vernetzung von Gewässern unterbreitet. Kanuri Lakshmana Rao, der zu diesem Zeitpunkt den Posten des „Union Minister for Irrigation“ (Minister für Bewässerung) innehatte, wollte den Ganges mit dem Fluss Kaveri im Süden Indiens verbinden. Diese Verbindung, die sich über 2500 Kilometer

¹⁵² Ibidem. S.527

¹⁵³ The Hindu, Kalam calls for second green revolution, The Hindu, <http://www.thehindu.com/>, 9. Jänner 2003, <http://www.hindu.com/2003/01/09/stories/2003010903361300.htm> (12. August 2009)

¹⁵⁴ B.V.S. Bhaskar, Saluting Sir Arthur Cotton, The Hindu, <http://www.thehindu.com/>, 15. Mai 2008, <http://www.thehindu.com/2008/05/15/stories/2008051552750300.htm>, (8. August 2009)

erstreckt hätte, hätte die Flut des Ganges bei Patna, der Hauptstadt des Unionsstaates Bihar, eingedämmt und damit den Süden des Landes mit Wasser versorgt. Sie kam jedoch nicht zustande, da die finanziellen Mittel für ein solches Vorhaben nicht aufgewendet werden konnten.¹⁵⁵

1977 wurde der Regierung ein neues Unternehmen in Sachen Flussverknüpfung vorgelegt. Dinshaw J. Dastur, von Beruf Pilot, trat für den Bau zweier Kanäle ein. Der eine sollte sich im Himalaya-Gebirge befinden, eine Länge von 4200 Kilometern haben und von insgesamt neunzig Seen gespeist werden. Der zweite, südlicher gelegene Kanal sollte mit 9300 Kilometern mehr als doppelt so lang sein und von 200 Seen gespeist werden. Die beiden Konstrukte sollten mittels Pipelines an den Städten Delhi und Patna miteinander in Berührung kommen.¹⁵⁶ Ein Expertengremium befasste sich mit dem Unterfangen und entschied, dass es nicht möglich sei ein Vorhaben dieser Größenordnung umzusetzen.¹⁵⁷ Die Idee, Indiens Gewässer miteinander zu verbinden, bestand aber weiterhin.

Das Ministerium für Wasserreserven („Ministry of Water Ressources“) verlieh ihr im August 1980 im Rahmen eines Pamphlets namens „Nationaler Ausblick auf die Erschließung von Wasser“, zu Englisch „National Perspective for Water Development“, Ausdruck.¹⁵⁸ Zwei Jahre darauf, im Juli 1982, kam es zur Gründung der „National Water Development Agency“ (NWDA), die zwar pro forma dem Ministerium für Wasserreserven untersteht, jedoch eigenständig agiert. Die Hauptaufgabe dieses Vereins bestand und besteht weiterhin darin, mittels Umfragen und Untersuchungen zu ermitteln, an welchen Stellen die

¹⁵⁵ International Water Management Institute, Strategic Analysis of India's National River-Linking Project, International Water Management Institute, CG Block, NASC Complex, Dev Prakash Shastri Marg, Pusa, New Delhi 110 012, <http://nrlp.iwmi.org/main/Default.asp>, Project Proposal, <http://nrlp.iwmi.org/PDdocs/PrjProposal.asp>, <http://nrlp.iwmi.org/PDdocs/proposal/Project%20Proposal.doc>, (8.August 2009) S.41 (Annexure 6 - Timeline of the Interlinking Proposal)

¹⁵⁶ Sustainable Development Networking Programme Bangladesh, Inter Basin Water Transfer Link Project of India, Background, Sustainable Development Networking Programme Bangladesh, Bangladesh E-17 Agargaon BIDS, Sher-e-Bangla Nagar Dhaka-1207, Bangladesh, <http://www.sdnpsbd.org/sdnpsbd/>, http://www.sdnpsbd.org/river_basin/whatis/whatis_history.htm (8.August 2009)

¹⁵⁷ International Water Management Institute, Strategic Analysis of India's National River-Linking Project, International Water Management Institute, CG Block, NASC Complex, Dev Prakash Shastri Marg, Pusa, New Delhi 110 012, <http://nrlp.iwmi.org/main/Default.asp>, Project Proposal, <http://nrlp.iwmi.org/PDdocs/PrjProposal.asp>, <http://nrlp.iwmi.org/PDdocs/proposal/Project%20Proposal.doc>, (8.August 2009) S.41 (Annexure 6 - Timeline of the Interlinking Proposal)

¹⁵⁸ Ibidem.

Vernetzung von Flüssen machbar wäre und wie viel Wasser tatsächlich für Abzweigungen zur Verfügung steht.¹⁵⁹

Die NWDA kam zu dem Schluss, dass ganze dreißig Flussverbindungen möglich wären, nämlich sechzehn auf dem Gebiet der indischen Halbinsel und vierzehn im Himalaya-Gebirge. Daraufhin wurde dieses ehrgeizige Projekt vorerst ad acta gelegt, da die Kosten als zu hoch und die Gespräche mit den betroffenen Unions- und Nachbarstaaten als zu kompliziert erachtet wurden.¹⁶⁰

Im Jahr 2002 nahm sich der damalige Präsident Indiens, A. P. J. Abdul Kalam, des Themas an. Einen Tag vor der jährlichen Feier zur Unabhängigkeit des Staates Indien, am 14. August, ließ er das Volk im Rahmen einer Rede wissen, dass das gesamte Land an 365 Tagen im Jahr Wasser benötige und dass dies durch den Zusammenschluss von Flüssen ermöglicht werden könnte.¹⁶¹

Kurz danach schaltete sich der Oberste Gerichtshof ein. Grund dafür war ein Ersuch um Einschreiten, eine „intervention petition“, bezüglich der fortschreitenden Verschmutzung des Flusses Yamuna, der unter anderem entlang der Städte Delhi und Agra verläuft. Der Oberste Gerichtshof nahm dies zum Anlass, um das Projekt der Flussverbindungen, wie von der NWDA vorgeschlagen, wieder aufleben zu lassen. Das Ersuchen zur Säuberung des Flusses Yamuna wurde nun zum Gegenstand des öffentlichen Interesses gemacht und sämtliche Unionsstaaten wurden gebeten, sich zu der Vernetzung der wichtigsten Wasseradern des Landes zu äußern.¹⁶²

¹⁵⁹ National Water Development Agency, Functions of NWDA, National Water Development Agency, <http://nwda.gov.in/indexab.asp?langid=1> (8.August 2009)

¹⁶⁰ International Water Management Institute, Strategic Analysis of India's National River-Linking Project, International Water Management Institute, CG Block, NASC Complex, Dev Prakash Shastri Marg, Pusa, New Delhi 110 012, <http://nrlp.iwmi.org/main/Default.asp>, Project Proposal, <http://nrlp.iwmi.org/PDocs/PrjProposal.asp>, <http://nrlp.iwmi.org/PDocs/proposal/Project%20Proposal.doc>, (8.August 2009) S.41 (Annexure 6 - Timeline of the Interlinking Proposal)

¹⁶¹“...The need of the hour is to have a water mission which will enable availability of water to the fields, villages, towns and industries throughout the year, even while maintaining environmental purity. One major part of the water mission would be networking of our rivers...” India Vision 2020, Address to the nation by the President Abdul Kalam on the eve of Independence Day - 14th August 2002, India Vision 2020, Prime Point Foundation Old No 8 New No 14 Wason Street T. Nagar, Chennai 600017, India, <http://www.indiavision2020.org/>, 14. August 2002, <http://www.indiavision2020.org/KalamSpeech2.htm> (8.August 2009)

¹⁶² “Soon after President Kalam's speech, an intervention petition was filed in the Supreme Court of India in the ongoing Yamuna pollution case. The Supreme Court converted it into a public interest petition and issued notices to the union and various state governments seeking responses to the river-linking proposal.” Himanshu Takkar,

Abgesehen vom Ministerium für Wasserreserven, das das Vorhaben einer gründlichen Überprüfung unterzog, sowie der Regierung von Tamil Nadu, einem Unionsstaat der in großem Maße von diesem Vorhaben profitieren würde, bekundete niemand Interesse. Der Oberste Gerichtshof deutete das Schweigen der Regierungen der anderen Staaten als Zustimmung.¹⁶³ Die Zentralregierung erhielt somit den Auftrag den Entwurf der NWDA binnen eines Jahrzehnts umzusetzen.¹⁶⁴

Die Regierung Indiens schuf daraufhin ein Organ zur Leitung des Projekts, die so genannte „Task Force“, die sich allen Aspekten widmen sollte, von der Überwachung und Beurteilung der Errichtung jeder einzelnen der dreißig Verbindungen bis hin zur Frage der Finanzierung.

Suresh Prabhu, der bis vor kurzem noch das Amt des „Ministers für Elektrizität, Schwerindustrie und staatliche Betriebe“ („Union Cabinet Minister for Power, Heavy Industry and Public Enterprises“) innehatte, wurde zum Kopf der „Task Force“ erkoren, nachdem Lal K. Advani den Posten abgelehnt hatte. Dem „Chairman“ zur Seite wurde C.C. Patel gestellt, der zuvor Sekretär des Ministeriums für Wasserreserven war. Darüber hinaus erhielt C.B. Thatte, ein Kollege Patels, den Posten des „Member-Secretary“. Für die Zusammensetzung dieses Ausschusses zeichnete sich das Büro des Premierministers, zu Englisch „Prime Minister’s Office“ (PMO), verantwortlich.¹⁶⁵

Zwecks besserer Beurteilung aller Bauvorhaben wurde dem „Chairman“ die Möglichkeit eingeräumt, zeitweise Außenstehende zu Rate zu ziehen, nämlich einen Repräsentanten eines von Dürre bedrohten Unionsstaates und einen, dessen Staat mit Flut zu kämpfen hat. Des Weiteren wurde ihm die Befugnis

Flood of Nonsense. How to manufacture consensus for river-linking, South Asia Network on Dams, Rivers & People, 86-D, AD Block, Shalimar Bagh
Delhi - 110 088, <http://www.sandrp.in/>, <http://www.sandrp.in/riverlinking/fldnsnse.pdf> (8. August 2009) S.2

¹⁶³ “Rather than give the other states more time to consider the matter, as would be normal, the Supreme Court decided that the states had no objection.” The presumption therefore clearly is that they do not oppose the prayer made in this writ [sic] petition.“ Ibidem. S.3

¹⁶⁴ International Water Management Institute, Strategic Analysis of India’s National River-Linking Project, International Water Management Institute, CG Block, NASC Complex, Dev Prakash Shastri Marg, Pusa, New Delhi 110 012, <http://nrp.iwmi.org/main/Default.asp>, Project Proposal, <http://nrp.iwmi.org/PDocs/PrjProposal.asp>, <http://nrp.iwmi.org/PDocs/proposal/Project%20Proposal.doc>, (8. August 2009) S.41 (Annexure 6 - Timeline of the Interlinking Proposal)

¹⁶⁵ Gargi Parsai, Prabhu heads task force on linking of rivers, The Hindu, <http://www.hinduonnet.com/>, 17. Dezember 2002, <http://www.hinduonnet.com/2002/12/17/stories/2002121705270100.htm> (8. August 2009)

erteilt, die Meinung eines Wirtschaftsexperten, eines Soziologen und eines Naturkundlers einzuholen, wenn es von Nöten sein sollte.¹⁶⁶

Bis Ende 2006 wurde der „Task Force“ Zeit gegeben das Vorhaben einer genauen Prüfung zu unterziehen. Das Ende des „National River Link Projects“ (NRLP) ist für das Jahr 2016 vorgesehen.¹⁶⁷

Diese Deadline wird allerdings schwer einzuhalten sein, da nicht alle betroffenen Unionsstaaten von den „river links“ begeistert sind. Zwei Beispiele sollen dies deutlich machen.

Eine der geplanten Verbindungen betrifft die Flüsse Damanganga, der durch das südliche Gujarat und Maharashtra fließt, und Pinjal, der sich in Maharashtra befindet. Über dem Damanganga und seinem Nebenfluss Vagh sollen der Bhugad- und der Khargihill-Damm errichtet werden, aufgrund deren sich Wasser in Becken ansammelt. Rohre sollen beide Sammelbecken miteinander verbinden. Das aufgestaute Wasser soll dem Sammelbecken des Pinjal zugute kommen, dass in weiterer Folge die Metropole Mumbai mit Wasser versorgt.¹⁶⁸

Die Annahme, dass sich beide betroffenen Staaten mit dem Projekt einverstanden erklären würden, erwies sich als falsch.

Bereits 2003 regte sich im Unionsstaat Gujarat Widerstand gegen das Unternehmen. Die dortige Regierung argumentierte, dass das Sammelbecken des Pinjal in einer regenreicheren Gegend läge als die beiden anderen und daher kein Grund bestünde, Wasser vom Damanganga in den Pinjal umzuleiten.¹⁶⁹

¹⁶⁶ Ibidem.

¹⁶⁷ International Water Management Institute, Strategic Analysis of India's National River-Linking Project, International Water Management Institute, CG Block, NASC Complex, Dev Prakash Shastri Marg, Pusa, New Delhi 110 012, <http://nrlp.iwmi.org/main/Default.asp>, Project Proposal, <http://nrlp.iwmi.org/PDocs/PrjProposal.asp>, <http://nrlp.iwmi.org/PDocs/proposal/Project%20Proposal.doc>, (8. August 2009) S.41 (Annexure 6 - Timeline of the Interlinking Proposal)

¹⁶⁸ National Water Development Agency, Feasibility Report of Damanganga Pinjal Link, Introduction, National Water Development Agency, <http://nwda.gov.in/indexab.asp?langid=1>, Januar 2005, <http://nwda.gov.in/writereaddata/sublink2images/87.pdf> (8. August 2009) S. 2/3

¹⁶⁹ “He said that the project itself is aimed at diverting water from a surplus basin to a deficit basin, but in this case, there is more water in the Pinjal basin than in the Daman Ganga basin. “The per capita per annum amount of water in Daman Ganga basin is 3,000 metre cube, while it is around 4,000 metre cube in Pinjal. Those areas have got more rainfall than those in the Daman Ganga basin,” the secretary said.“ Ahmedabad Newslines, State objects to Daman Ganga-Pinjal river-linking project, indianexpress.com, The Indian Express Group, <http://cities.expressindia.com/>, 19. April 2003, <http://cities.expressindia.com/fullstory.php?newsid=49633>, (8. August 2009)

Im Zuge der Arbeiten am Damanganga und Pinjal werden 4530 Personen, meist Dalits und Adivasis, in 24 Dörfern ihr Heim verlieren. Im „Feasibility Report“, jenem Bericht in dem die Durchführung des Vorhabens geschildert wird, wird den Betroffenen eine Entschädigung von über 33 Millionen Rupien zugesagt. Darüber hinaus wird jeder Familie unter anderem ein 200 Quadratmeter großes Grundstück, sowie finanzielle Hilfe beim Aufbau versprochen. Die umgesiedelten Gemeinden sollen dem Bericht zufolge mit allen Notwendigkeiten, wie beispielsweise ausreichend Trinkwasser und Elektrizität ausgestattet sein.¹⁷⁰

Die zweite Verknüpfung betrifft die Flüsse Ken und Betwa, die beide sowohl durch Uttar als auch durch Madhya Pradesh verlaufen. Nahe dem Dorf Daudhan in Madhya Pradesh soll ein Damm gebaut werden, der von einem Elektrizitätswerk flankiert ist. Ein Tunnel von zwei Kilometern Länge soll ihn mit einem zweiten Elektrizitätswerk verbinden. Daran angeschlossen soll ein über 230 Kilometer langer Kanal Wasser vom Fluss Ken in das Sammelbecken Barwa Sagar leiten, das sich an einem Nebenfluss des Betwa befindet.¹⁷¹ Das auf diese Weise umgeleitete Wasser soll den Gebieten Chhatarpur und Panna in Madhya Pradesh zugute kommen.¹⁷²

Bei jedem Bewässerungsprojekt, das in den letzten Jahrzehnten an beiden Flüssen durchgeführt wurde, mussten Abkommen bezüglich der Wassernutzung beider Staaten getroffen werden, wie etwa anlässlich der Errichtung des Urmil Damms 1977¹⁷³. Im Fall der Verbindung von Ken und Betwa lehnte Mulayam Singh Yadav, der „Chief Minister“ Uttar Pradeshs, den Plan im Jahr 2004 zunächst ab¹⁷⁴ und erst 2005 einigten sich Yadav und sein

¹⁷⁰ In punkto Entschädigung ist von Rs. 337 lakh die Rede. 1 Lakh entspricht 100 000 Rupien. National Water Development Agency, Feasibility Report of Damanganga Pinjal Link, Environmental and Ecological Aspects of the Project, National Water Development Agency, <http://nwda.gov.in/indexab.asp?langid=1>, Januar 2005, <http://nwda.gov.in/writereaddata/sublink2images/94.pdf> (8. August 2009) S. 9 / 10

¹⁷¹ National Water Development Agency, Ken - Betwa Link, National Water Development Agency, <http://nwda.gov.in/indexab.asp?langid=1>, <http://nwda.gov.in/index3.asp?sublink2id=23&langid=1> (8. August 2009)

¹⁷² National Water Development Agency, Feasibility Report of Ken Betwa Link Project, Interstate Aspects, National Water Development Agency, <http://nwda.gov.in/indexab.asp?langid=1>, <http://nwda.gov.in/writereaddata/sublink2images/18.pdf> (8. August 2009) S. 17

¹⁷³ Ibidem, S. 15 / 16

¹⁷⁴ Gargi Parsai, Meet on linking rivers today, The Hindu, <http://www.hindu.com/>, 27. Jänner 2004, <http://www.hindu.com/2004/01/27/stories/2004012705980100.htm> (8. August 2009)

Kollege Babulal Gaur aus Madhya Pradesh auf ein „Memorandum des Verständnisses“ bezüglich des Ken-Betwa Vorhabens¹⁷⁵.

Geschätzte 10000 Personen werden aufgrund des „Ken-Betwa Links“ obdachlos werden. Ihnen wird ein einmaliger Umsiedlungsbetrag von 10000 Rupien, sowie ein monatlicher Zuschuss von 1000 Rupien für zwölf Monate garantiert. Überdies wurden ihnen Grundstücke und der Aufbau eines dörflichen Umfeldes in Aussicht gestellt. Die Gesamtkosten der Umsiedlung werden sich auf rund 53 Millionen Rupien belaufen¹⁷⁶.

Da viele Unionsstaaten im Hinblick auf die Flussverbindungen ihren Unmut äußern, nimmt die „Task Force“ weiterhin hauptsächlich die Rolle des Vermittlers ein. Die neue Regierung nähert sich dem „National River Link Project“ vorsichtig, worauf ich im nächsten Kapitel genauer eingehe.

6.3 Indien auf dem Vormarsch im Bereich der Informationstechnologie (IT)

Nach dem zehnten Fünfjahresplan zu urteilen, verzeichnet gerade der Bereich der Informationstechnologie sehr große Wachstumsraten. Betrachtet man den Umfang der Produktion im Wert von über 800 Milliarden Rupien in den Jahren 2001/2002 und hält sich vor Augen, dass dieser knapp zehn Jahre zuvor, in den Jahren 1992/1993 bloße 130 Milliarden betrug, so ist dieser Anstieg vor allem dadurch zu erklären, dass sich Indien in dieser Zeit zu einem Vorreiter in Sachen Hardware- und vor allem Softwareentwicklung für weltweite Konzerne gemausert hat. Allein die Software-Exporte machten 2001/2002 etwa 360 der bereits erwähnten 800 Milliarden aus. Somit verlässt es sich zu einem großen Teil auf Auslagerungen ausländischer Betriebe, also auf das Outsourcing.¹⁷⁷

¹⁷⁵ Das MoU verlangt Übereinstimmungen beider Staaten unter anderem bezüglich des Zwecks des Ken-Betwa Unterfangens und der Aufteilung der Kosten. Gargi Parsai, Agreement on linking of Ken and Betwa rivers signed, The Hindu, <http://www.hindu.com/>, 26. August 2005, <http://www.hindu.com/2005/08/26/stories/2005082609880100.htm> (8. August 2005)

¹⁷⁶ National Water Development Agency, Feasibility Report of Ken Betwa Link Project, Environmental and Ecological Aspects of the Project, National Water Development Agency, <http://nwda.gov.in/indexab.asp?langid=1>, <http://nwda.gov.in/writereaddata/sublink2images/26.pdf> (8. August 2009) S. 125 / 126

¹⁷⁷ Die Beträge sind in crore angegeben. Ein crore entspricht zehn Millionen. Planning Commission, Government of India, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002-2007), Information Technology, Planning Commission, Government of India, <http://planningcommission.gov.in/>, http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch7_4.pdf (8. August 2009) S. 801

Bereits im neunten Fünfjahresplan wurden Schritte unternommen, um Indien bezüglich der Informationstechnologie auf ein höheres Niveau zu bringen, zu vernetzen und für den weltweiten IT - Markt noch attraktiver zu machen. Dieser für Indiens Stellung im globalen Wettbewerb essentieller Bereich erhielt 1999 sein eigenes Ministerium, das zunächst „Ministry of Information Technology“ genannt wurde und später mit „Ministry of Communication and Information Technology“ seinen endgültigen Namen bekam. Bereits ein Jahr später wurde der „Information Technology Act“ erlassen, der elektronischen Dokumenten und Geschäften gesetzlich denselben Stellenwert einräumt wie jenen auf Papier. Er trägt hiermit auch zum Abbau der Bürokratie innerhalb der Regierung bei.¹⁷⁸

Das Gesetz beschäftigt sich vorwiegend mit dem Thema der digitalen Unterschriften und deren einwandfreier Zuordnung zum Verfasser, sowie mit Vergehen wie beispielsweise dem unerlaubten Benutzen anderer Computer, der Verfremdung von Daten und der Einspeisung von Viren. In solchen Fällen drohen Geldstrafen bis zu 10 Millionen Rupien.¹⁷⁹

Überdies wurden zur Förderung adäquaten Personals höhere Lehranstalten miteinander vernetzt und spezielle Schulen, die ausschließlich auf die Hervorbringung von IT-Fachkräften ausgerichtet sind, in diversen Unionsstaaten eingerichtet.¹⁸⁰

Eine weitere Initiative namens „Media Lab Asia“ wurde 2001 ins Leben gerufen. Diese Großoffensive ist dazu gedacht, alle Bevölkerungsschichten mit Informationstechnologie in Berührung zu bringen¹⁸¹. Gemäß den Stichworten „World Computer“ und „Bits for all“ soll jedem, sowohl in räumlicher, als auch in finanzieller Hinsicht, der Zugang zu einem Computer möglich gemacht werden, der PC soll weitestgehend in den Alltag eingebunden werden. Dies ist

¹⁷⁸Planning Commission, Government of India, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002-2007), Information Technology, Planning Commission, Government of India, <http://planningcommission.gov.in/> , http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch7_4.pdf (8.August 2009) S. 802

¹⁷⁹ Department of Information Technology, Ministry of Communications & Information Technology, Government of India, Policies and Acts, Information Technology Act 2000 Online, Department of Information Technology, <http://www.mit.gov.in/> , <http://www.mit.gov.in/default.aspx?id=192> (8.August 2009)

¹⁸⁰ Planning Commission, Government of India, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002-2007), Information Technology, Planning Commission, Government of India, <http://planningcommission.gov.in/> , http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch7_4.pdf (8.August 2009) S. 802

¹⁸¹ Ibidem.

selbst für die ländlichen Einwohner von Interesse, da mit „Tomorrow’s Tool“ speziell für sie maßgeschneiderte Anwendungen angeboten werden.¹⁸²

Ähnlich dem „Media Lab Asia“ ist das Konzept der „Community Information Centres“ (CICs). Diese Anlaufstellen in Sachen Informationstechnologie wurden in dreißig Blocks oder Tehsils genannten Körperschaften, die jeweils mehrere Städte und Dörfer umfassen, am 17. August 2002 errichtet. Die besagten Gebiete befinden sich in acht Unionsstaaten im Nordosten Indiens. Zweck dieses Projektes ist die Vernetzung der Bevölkerung außerhalb der Ballungsräume. Sie soll mittels des PCs die Möglichkeit haben sich durch E-Learning-Programme weiterzubilden, medizinischen Rat einzuholen oder auf Arbeitssuche zu gehen.¹⁸³

Innerhalb des zehnten Fünfjahresplans ist von zahlreichen Vorhaben zur Optimierung des IT-Sektors die Rede und auf einige davon werde ich nun im Folgenden näher eingehen.

6.3.1 Ausbau des Hardware-Bereichs

Die Nachfrage nach Hardware ist geringer als die nach Software. Während die Software-Produktion für das In- und Ausland einen Gegenwert von rund 480 Milliarden hat, kann Indien auf dem Gebiet der Hardware lediglich mit zirka 330 Milliarden aufwarten.¹⁸⁴ Für diesen Umstand wird vor allem dem unzureichenden Arbeitsumfeld, den hohen Herstellungskosten und den globalen Mitstreitern die Schuld gegeben.¹⁸⁵

Um dem Sektor auf die Sprünge zu helfen, müssen die Produkte dem Standard des Weltmarktes genügen und auch zu entsprechenden Preisen verkauft werden. Deswegen hat die ständige Weiterentwicklung und

¹⁸² Media Lab Asia, Welcome to Media Lab Asia, Media Lab Asia, 708 - 723, 7th Floor, Devika Tower, 6 Nehru Place, New Delhi, India, 110019, <http://medialabasia.in/> (8. August 2009)

¹⁸³ Die acht Unionsstaaten sind Arunachal Pradesh, Assam, Manipur, Meghalaya, Mizoram, Nagaland, Sikkim und Tripura. Community Information Centres, Department of Information Technology, CIC Project, CIC Brochure, Community Information Centres, <http://www.cic.nic.in/>, 2003, <http://www.cic.nic.in/brochure2003.pdf> (8. August 2009) S. 2 / 3

¹⁸⁴ Es sind genau Rs. 48, 134 crore (Software) und Rs. 32,750 crore (Hardware). Planning Commission, Government of India, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002-2007), Information Technology, Planning Commission, Government of India, <http://planningcommission.gov.in/>, http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch7_4.pdf (8. August 2009) S. 80

¹⁸⁵ Planning Commission, Government of India, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002-2007), Information Technology, Planning Commission, Government of India, <http://planningcommission.gov.in/>, http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch7_4.pdf (8. August 2009) S. 80

Verbesserung der Erzeugnisse oberste Priorität. Dies soll hauptsächlich von inländischen Firmen in die Hand genommen werden.

Zusätzlich soll die Vergabe von Qualitätssiegeln intensiviert werden. Testreihen sollen die Auszeichnung mit internationalen Prädikaten ermöglichen, die Abnehmer dazu motivieren indische Waren in Betracht zu ziehen.

Zwecks weiterer internationaler Aufmerksamkeit soll weltweiten Spitzenreitern im Bereich der Hardwareerstellung Indien als Standort schmackhaft gemacht werden.

Die Entwicklung der eigenen Hardwareindustrie kann vor allem durch den Wegfall der Zölle auf Fertigprodukte gebremst werden. Diese Maßnahme ist im Rahmen eines Abkommens mit der Welthandelsorganisation ab 2005 gültig. Da dies nicht für einzelne Produktionsmaterialien gilt, hat sich der Staat zum Ziel gesetzt sie entsprechend zu verzollen, um ab 2005 größere Verluste zu vermeiden.¹⁸⁶

6.3.2 Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Software

Obwohl es um den indischen Software-Markt besser bestellt ist als um die Hardware, so spürt er doch die Konkurrenz von wirtschaftlich vorpreschenden Ländern wie China, Südkorea und den Philippinen.

Um indische Erzeugnisse hervorzuheben, muss dieser Bereich seinen Schwerpunkt verlagern. Anstatt Lösungen für bereits bestehende Produkte anzubieten, soll nun die Herstellung eigener Software-Pakete in den Vordergrund rücken. Die Kennzeichnung der Waren, die Erschaffung einer eigenen „Marke“, trägt ebenfalls zur Schaffung einer Vormachtstellung bei. Dies kann nur durch eine großangelegte Vermarktung erreicht werden.

Bevorzugtes Land für den Export bleiben die USA, dennoch sollen auch andere Märkte, wie etwa Japan, in Angriff genommen werden.

Nicht nur die Großkonzerne sollen vom Software-Export profitieren, auch kleinere Betriebe sollen sich beteiligen können. Hierbei soll ihnen vor allem die nationale Gesellschaft der Software- und Dienstleistungsfirmen (National

¹⁸⁶ Ibidem S. 802 / 803.

Association of Software and Service Companies, kurz NASSCOM) unter die Arme greifen.¹⁸⁷

Da die bereits bestehenden sechzig staatlichen und privaten „Software Technology Parks“ (STPs), die mehrere Unternehmen an einem Ort vereinen, sich stark für die Weiterentwicklung und den Export einsetzen, sollen zukünftig weitere hinzukommen.¹⁸⁸

6.3.3 Ausdehnung des „Media Lab Asia“ und der „Community Information Centres“ (CICs)

Das „Media Lab Asia“, das zur Schließung der so genannten „digitalen Kluft“ beitragen soll, soll sich nun im Rahmen des zehnten Fünfjahresplans unter anderem auf die Bereiche der Gesundheitsvorsorge und der Weiterbildung konzentrieren.

Beispiel für eine Initiative auf medizinischem Gebiet ist das bereits ausgetestete Sehat Saathi. Diese speziell für den ländlichen Raum geschaffene Anwendung ermöglicht es Patienten, mittels besonderer Software und der Hilfe eines Fachmanns, mit Ärzten in Kontakt zu treten, ihre Probleme darzulegen und eine Diagnose zu erhalten. Doktoren wiederum können notwendige Informationen in der Patientendatenbank einsehen.¹⁸⁹

In punkto Weiterbildung wird etwa ein E-Learning-Programm namens Sahayika in einigen Schulen im Unionsstaat West Bengal erprobt.¹⁹⁰ Es stellt eine Ergänzung zu den in den Schulen vermittelten Lehrinhalten dar und ist sowohl in Englisch als auch in Bengali verfügbar.

Zusätzlich zur Erweiterung des „Media Lab Asia“ sollen laut Plan auch die Zahl der „Community Information Centres“ erhöht werden. Ganze 487 Tehsils oder Blocks in den nordöstlichen Unionsstaaten sollen in den Genuss eines

¹⁸⁷ Ibidem S. 803 / 804.

¹⁸⁸ Es sind 35 staatliche und 25 privat finanzierte „Software Technology Parks“. Neue Parks sollen ausschließlich vom privaten Sektor finanziert werden. Ibidem, S. 811

¹⁸⁹ Media Lab Asia, Healthcare, Media Lab Asia, 708 - 723, 7th Floor, Devika Tower, 6 Nehru Place, New Delhi, India, 110019, <http://medialabasia.in/>, http://medialabasia.in/index.php?option=com_content&task=view&id=34&Itemid=37 (8. August 2009)

¹⁹⁰ Media Lab Asia, Education, http://medialabasia.in/index.php?option=com_content&task=view&id=35&Itemid=38 (8. August 2009)

Computerzentrums kommen. Diese Maßnahme kostet den Staat zirka 2,4 Milliarden Rupien.¹⁹¹

6.3.4 Computersoftware in indischen Sprachen

Noch müssen die meisten Inder des Englischen mächtig sein, um Computer adäquat nutzen zu können. Dies soll sich jedoch mit entsprechender Software in verschiedenen indischen Sprachen ändern. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass die Gesamtbevölkerung mit PCs umgehen kann. Einige wenige Programme, wie beispielsweise die Lernplattform Sahayika, funktionieren in mehreren Sprachen, müssen sich aber erst bewähren. Ebenso in Arbeit sind Anwendungen für Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen. So gibt es bereits mit „Sanyog“ ein Sprachmodul, das speziell auf die Bedürfnisse von Kindern mit zerebraler Lähmung ausgerichtet ist. Dies lässt sich in den drei Sprachen Hindi, Bengali und Englisch bedienen. „Shruti“ ist eine weitere erwähnenswerte Entwicklung, die es Menschen mit sehr starken Sehschwächen möglich macht vom Computer zu profitieren. Hierbei wird Text zu Sprache umgewandelt, was schon in den Sprachen Hindi und Bengali funktioniert.¹⁹²

¹⁹¹ Die Summe wurde mit Rs. 242 crore angegeben. Planning Commission, Government of India, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002-2007), Information Technology, Planning Commission, Government of India, <http://planningcommission.gov.in/>, http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch7_4.pdf (8.August 2009) S. 811

¹⁹² Media Lab Asia, Empowerment of Disabled, http://medialabasia.in/index.php?option=com_content&task=view&id=37&Itemid=39 (8.August 2009)

7. Nach dem Wahlsieg - die Politik der neuen Regierung

Nach dem für die breite Öffentlichkeit absolut unerwarteten Wahlsieg, machte sich die neue Regierungskoalition UPA (United Progressive Alliance) daran, ehrgeizige Entwicklungsmaßnahmen einzuleiten. Bereits Ende Mai¹⁹³ verlautbarte sie in der Hauptstadt ihre geplanten, umfassenden Reformen, das "National Common Minimum Programme" (CMP).

Die UPA sieht sich darin vorwiegend dem primären Sektor verpflichtet, sowie dem einfachen Arbeiter am unteren Ende der gesellschaftlichen Leiter. Gemäß ihres Wahlslogans "The Hand behind the Common Man" ist dieses Konzept nach den Bedürfnissen der benachteiligten Bevölkerungsschichten ausgerichtet.

Dementsprechend ist einer der Grundpfeiler des CMP die soziale Absicherung vor allem kleiner bäuerlicher Betriebe und der dort Beschäftigten, sowie aller Arbeiter, die keinem geregelten Arbeitsverhältnis unterstehen oder deren Einkünfte so gering sind, dass sie auf die Wirtschaft kaum Einfluss haben. Alle eben Genannten sind dem informellen Sektor zuzurechnen. Bedingt durch die Abwanderung aus ländlichen Gebieten in die Ballungsräume, steigt dort die Anzahl der Straßenhändler, Schuhputzer und ähnlicher „Unternehmer“ ständig.¹⁹⁴

Eine weitere Norm ist ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum von nicht weniger als sieben Prozent pro Jahr. Allerdings soll dieses Wachstum nicht auf bloßen, messbaren Erträgen gegründet sein, sondern auch den Arbeitsmarkt in Schwung bringen, um den Einwohnern die Möglichkeit zur Selbsterhaltung zu bieten.¹⁹⁵

Hierbei, ebenso wie bei der Bildung, sollen, so die UPA, Menschen aller Gesellschaftsschichten zum Zuge kommen und Frauen insbesondere, die in

¹⁹³ Laut eines Artikels der Tageszeitung „The Hindu“ von Freitag, dem 28. Mai 2004, in dem der vollständige Text des „Common Minimum Programme“ zu finden war, wurde es am Donnerstag, den 27. Mai, veröffentlicht. The Hindu, UPA Government to adhere to six basic principles of governance, The Hindu Group Publications, www.thehindu.com, 28. Mai 2004, <http://www.hindu.com/2004/05/28/stories/2004052807371200.htm> (28. Juli 2009)

¹⁹⁴ "...to enhance the welfare and well-being of farmers, farm labour and workers, particularly those in the unorganized sector and assure a secure future for their families in every respect." Government of India, National Common Minimum Programme of the Government of India, Prime Minister's Office, <http://pmindia.nic.in/>, Mai 2004, <http://pmindia.nic.in/cmp.pdf>, (28. Juli 2009) S.2

¹⁹⁵ "...to ensure that the economy grows at least 7 - 8 % per year in a sustained manner over a decade and more and in a manner that generates employment so that each family is assured of a safe and viable livelihood." Ibidem, S.2

allen Bereichen des öffentlichen Lebens, vom Zugang zu höheren Lehrstätten bis hin zur Wirtschaft und Politik, begünstigt werden sollen.

Schließlich legt die Regierung noch ein Augenmerk auf die Förderung von Unternehmern, in der Wissenschaft Tätigen und anderen „produktiven Kräften der Gesellschaft“.¹⁹⁶

In diesem Kapitel möchte ich sowohl auf all jene Bestrebungen der UPA eingehen, die die Verbesserung der landwirtschaftlichen Situation und die Aufhebung sozialer Ungleichheiten betreffen.

Eines der wichtigsten Initiativen innerhalb des „Common Minimum Programme“ ist das „National Food for Work Programme“ (NFFWP), das sich als Erweiterung des bereits unter der NDA Regierung bestehenden „Sampoorna Grameen Rozgar Yojana“ (SGRY) versteht.¹⁹⁷ Das SGRY bedeutet zu Deutsch in etwa „Umfassendes Programm zur ländlichen Arbeitsbeschaffung“.

7.1 Sampoorna Grameen Rozgar Yojana (SGRY)

Dieses Modell wurde erstmals mit 25. September 2001 umgesetzt und ist das Produkt zweier Regierungsprojekte, dem „Employment Assurance Scheme“ (EAS) und dem „Jawahar Gram Samridhi Yojana“ (JGSY).

Das EAS, das bereits am zweiten Oktober 1993 startete, zielt darauf ab, der arbeitslosen Bevölkerung der ländlichen Gebiete die Möglichkeit zu geben, einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen. Teilnehmer an dieser staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme leisten schwere körperliche Arbeit, wofür ihnen allerdings nur der Mindestlohn ausbezahlt wird. Zielgruppe sind daher

¹⁹⁶“... to unleash the creative energies of our entrepreneurs, businessmen, scientists, engineers and all other professionals and productive forces of society.“ Ibidem, S.3

¹⁹⁷ Unter der Überschrift „Objective“ (Planziel) des „National Food for Work Programme“ steht:“ To provide additional resources apart from the resources available under the Sampoorna Grameen Rozgar Yojana (SGRY) to 150 most backward districts of the country so that generation of supplementary wage employment and providing of food-security through creation of need based economic, social and community assets in these districts is further intensified.“

Ministry of Rural Development, National Food for Work Programme (NFFWP) Guidelines, Ministry of Rural Development, www.rural.nic.in , 2004, <http://rural.nic.in/nffwpguidelines.htm> , (28.Juli 2009) S.3

jene, die sich unter der Armutsgrenze befinden. Typische Aufgaben im Rahmen des EAS sind jene, die der Bekämpfung von Dürre und der besseren Wasserversorgung dienen, wie beispielsweise das Graben von Brunnen, das Konstruieren von Wasserauffangbecken und das Verbessern und Erneuern von Bewässerungsanlagen. Auch der Vernetzung verschiedener kleinerer Ortschaften miteinander, sowie der besseren Erreichbarkeit der Felder wird durch den Straßenbau Rechnung getragen.¹⁹⁸ Durch die Ausführung solcher Arbeiten kommt es zu einer Aufwertung der betroffenen Gebiete und zu einer erheblichen Erhöhung der Lebensqualität.

Sonstige infrastrukturelle Veränderungen, sei es nun die Errichtung von Brücken, von höheren Lehranstalten, Tempeln oder Statuen, fallen nicht in den Bereich des „Employment Assurance Schemes“.¹⁹⁹

Finanziert wird das EAS zu drei Vierteln von der Zentralregierung und zu einem Viertel durch die Unionsstaaten.²⁰⁰

„Jawahar Gram Samridhi Yojana“ (JGSY) lässt sich vage mit „Programm zur Verbesserung der Dörfer“ übersetzen. Es beruht auf einem älteren Konzept, das zur Schaffung von Beschäftigung diente²⁰¹, und ist in dieser Form seit dem ersten April 1999 im Einsatz.

Gleich dem EAS ist es auf darauf ausgerichtet, den Dorfbewohnern bezahlte Arbeit in Aussicht zu stellen und die Dörfer selbst auszubauen. In punkto Bauvorhaben beschränkt sich das JGSY ebenso nur auf das Naheliegendste - Brücken, Colleges und religiöse Stätten sind auch hier nicht eingeplant. Der große Unterschied zum „Employment Assurance Scheme“ besteht darin, dass die Planung und Umsetzung diverser Vorhaben tatsächlich auf dörflicher Ebene stattfindet. Dem Village Panchayat, dem Vorstand der Ortschaft, fließen die Gelder des Programms zu und er ist für die Aufstellung eines Jahresplans verantwortlich, den er dann auch umsetzen muss²⁰². Diese auch Gram Panchayat genannte Körperschaft, besteht, je nach Größe des Dorfes, aus fünf

¹⁹⁸ Ministry of Rural Development, Sampoorna Grameen Rozgar Yojana (SGRY), Ministry of Rural Development, www.rural.nic.in, 2001/2002, <http://rural.nic.in/book01-02/ch-2.pdf> (28.Juli 2009) S. 12/13

¹⁹⁹ Ibidem, S.13

²⁰⁰ „Resources under the Scheme are shared between the Centre and States in the proportion of 75:25.“ Ibidem, S.12

²⁰¹ Das Jawahar Gram Samridhi Yojana (JGSY) ist eine neue Version des Jawahar Rozgar Yojana (JRY), einem Arbeitsschaffungsprogramm des Jahres 1989. Es bestand seinerseits aus dem National Rural Employment Programme (NREP) und dem Rural Landless Employment Guarantee Programme (RLEGP). Ibidem, S. 14

²⁰² Ibidem, S. 15

bis elf Personen²⁰³, über deren Zusammensetzung die Gram Sabha, alle mündigen Einwohner, entscheiden. Falls nötig, kann die Gram Sabha zu allen Entscheidungen des Vorstandes sein Veto einlegen²⁰⁴.

Im Rahmen des EAS findet die Planung auf der Ebene der Gebiete eines Unionsstaates statt, den so genannten Distrikten. An diese wird der Großteil der Mittel vergeben und sie bestimmen auch, wofür sie eingesetzt werden. Der kleinere Teil wird nicht direkt an die einzelnen Ortschaften ausgegeben, sondern durch die Panchayat Samitis weitergeleitet, eine Körperschaft, die mehrere Ortschaften „bündelt“.²⁰⁵

Das Gesamtmodell Sampoorna Grameen Rozgar Yojana (SGRY) kostet dem Staat Indien jährlich eine Summe von 100 Milliarden Rupien.²⁰⁶ Mit der einen Hälfte werden die Minimallöhne der Arbeiter und ihre Materialien finanziert, während die andere Hälfte dazu benutzt wird, Getreide zu kaufen, das dann ebenfalls einen Teil der Bezahlung ausmacht. Somit werden die Teilnehmer der Initiative auch in Naturalien entlohnt, um ihre Grundversorgung zu gewährleisten.

7.2 National Food for Work Programme (NFFWP)

Das von der neuen Regierung der United Progressive Alliance (UPA) als Zusatzprogramm ins Leben gerufene „National Food for Work Programme“ möchte sich den „Armenhäusern“ Indiens widmen. Zu diesem Zweck wurden 150 Gebiete ermittelt, die in diese Kategorie fallen und folglich von der Maßnahme profitieren. Ausgewählt wurden diese von der Planungskommission der Regierung, zu deren Aufgaben es zählt, sich einen

²⁰³Prof. Shriman Narayan, Gandhian Constitution for Free India. Village as Basic Unit, People First. Instituting good governance, Ashok Khosla, SK Sharma, B-32, Qutab Inst. Area, New Delhi 16, www.peoplefirstindia.org, 1999, <http://www.peoplefirstindia.org/chap5.htm> (28. Juli 2009)

²⁰⁴ Ministry of Rural Development, Sampoorna Grameen Rozgar Yojana (SGRY), Ministry of Rural Development, www.rural.nic.in, 2001/2002, <http://rural.nic.in/book01-02/ch-2.pdf> (28. Juli 2009) S. 15

²⁰⁵ “The Zilla Parishad is the “Implementation Authority“ for the funds released to both Zilla Parishad & Panchayat Samithis. ... The Zilla Parishad has to prepare an Annual Action Plan every year.“ Ibidem, S. 12

²⁰⁶ “The new programme was launched on 25th September 2001 with an annual outlay of Rs. 10,000 crores.“ 1 crore entspricht 10 Millionen. Ibidem, S. 10

Überblick über jegliche Mittel des Staates zu verschaffen und diese dann, mit Hilfe der Erstellung von Fünfjahresplänen, möglichst effizient einzusetzen.²⁰⁷

Alle Unionsstaaten bis auf Goa sind in das NFFWP eingebunden, wobei Orissa mit achtzehn betroffenen Gebieten den Spitzenreiter darstellt. Madhya und Uttar Pradesh, sowie Bihar folgen mit jeweils fünfzehn Distrikten und innerhalb Jharkhands kommen vierzehn Gebiete in Frage.²⁰⁸ Im Gegensatz zu früheren Konzepten dieser Art wird das NFFWP finanziell zur Gänze von der Zentralregierung getragen.²⁰⁹

Auch bei diesem Regierungsprojekt hat die ausreichende Versorgung mit Wasser oberste Priorität. Dem Vorbeugen von Dürreperioden wird ebenso Aufmerksamkeit geschenkt wie dem Schutz vor eventuellen Flutkatastrophen. Der Lohn der Arbeitskräfte besteht, wie beim bereits beschriebenen SGRY, aus Getreide und aus den gesetzlich vorgeschriebenen Grundlöhnen.

Ein weiterer Schritt zur Senkung der Arbeitslosigkeit und Linderung der Armut in den rückständigen Teilen Indiens soll mit dem National Rural Employment Guarantee Act, abgekürzt NREGA, getan werden. Dieses ehrgeizige und weitläufige Unternehmen kann im Rahmen dieser Arbeit jedoch nur grob umrissen werden.

7.3 National Rural Employment Guarantee Act (NREGA)

Das „Gesetz zur Garantie von Arbeit in ländlichen Gebieten“ sieht vor, dass jeder Bürger, der sich freiwillig dazu bereit erklärt, für einen Zeitraum von hundert Tagen einer bezahlten Beschäftigung nachgehen kann.

²⁰⁷ Planning Commission, About us. Function, Planning Commission, Yojana Bhavan, Sansard Marg, New Delhi - 110001, <http://planningcommission.gov.in/> , <http://planningcommission.gov.in/aboutus/function.html> , (28.Juli 2009)

²⁰⁸ Ministry of Rural Development, Annexure - 1.List of the most backward districts identified for implementation of National Food for Work Programme, Ministry of Rural Development, www.rural.nic.in , 2004, <http://www.rural.nic.in/AnnexureNFFWP1.htm> , (28.Juli 2009)

²⁰⁹ “The programme will be implemented as a 100% Centrally Sponsored Scheme. Foodgrains will also be provided to the States free of cost. The transportation cost, handling charges, and taxes on foodgrains will however, be the responsibility of the States.“ Ministry of Rural Development, National Food for Work Programme (NFFWP) Guidelines, Ministry of Rural Development, www.rural.nic.in , 2004, <http://rural.nic.in/nffwpguidelines.htm> , (28.Juli 2009) S.3

Sinn und Zweck dieses Gesetzes ist es, zur Entwicklung des primären Sektors beizutragen, ihn langfristig aufzuwerten und der Armut der Landbevölkerung entgegenzuwirken. Dies geschieht vor allem durch Arbeiten, die einen verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Wasser sicherstellen.

Darüber hinaus bietet NREGA kurzfristig jenen eine Stütze, die entweder über kein Einkommen verfügen oder deren Grundbedürfnisse damit nicht gedeckt werden können.²¹⁰

Die gesetzliche Maßnahme wurde bis einschließlich des Jahres 2008 von allen 330 ländlichen Distrikten beschieden.

Bürger, die unter dieses Gesetz fallen wollen, beziehungsweise von ihm Gebrauch machen wollen, müssen zuerst direkt oder mittels eines Schreibens bei ihrem Dorfvorstand (Gram Panchayat) vorstellig werden und dieser prüft dann, ob die Voraussetzungen für eine Teilnahme gegeben sind.

Nach einer etwa zweiwöchigen Wartezeit erhalten die Bewerber einen Lichtbildausweis, worauf sie erneut schriftlich um eine Tätigkeit ansuchen müssen. Nun sollte erwähnt werden, ab wann und für wie lange die Betroffenen beschäftigt werden wollen, wobei die Untergrenze bei vierzehn Tagen liegt. Nach Erhalt einer Eingangsbestätigung von Seiten des Gram Panchayats tritt die Maßnahme dann nach weiteren zwei Wochen in Kraft.

Falls die Teilnehmer keine Arbeit zugewiesen bekommen, ist der jeweilige Unionsstaat zu einer Zahlung eines täglichen Arbeitslosengeldes verpflichtet. Diejenigen, die arbeiten, erhalten den gesetzlich verankerten Mindestlohn, sollte der Posten jedoch über fünf Kilometer außerhalb des Wohnortes liegen, wird das Gehalt um zehn Prozent erhöht.²¹¹

Laut der Webseite des Indian National Congress nahmen allein in den Jahren 2006 und 2007 rund 20 Millionen Haushalte das Angebot einer kurzfristig gesicherten Beschäftigung wahr. Bis jetzt kam es vor allem den Angehörigen der "Scheduled Castes and Tribes" und, was besonders betont wird, den Frauen zugute. Daraus resultierte, so der INC, „eine erhöhte wirtschaftliche

²¹⁰ Ministry of Rural Development, The National Rural Employment Guarantee Act 2005 (NREGA). Operational Guidelines 2008 3rd Edition, NREGA Goals, National Rural Employment Guarantee Act - 2005, <http://nrega.nic.in/>, 2008, http://nrega.nic.in/Nrega_guidelinesEng.pdf, (28.Juli 2009) S.1

²¹¹ Ministry of Rural Development, The National Rural Employment Guarantee Act 2005 (NREGA). Operational Guidelines 2008 3rd Edition, Salient Features of the Act, National Rural Employment Guarantee Act - 2005, <http://nrega.nic.in/>, 2005, http://nrega.nic.in/Nrega_guidelinesEng.pdf, (28.Juli 2009) S.2

Unabhängigkeit der Frauen und die Ermöglichung der Überwindung sozialer Hürden und traditioneller Hemmnisse.“²¹²

Der “National Rural Employment Guarantee Act“ hat, nach Aussage des Congress, in den betroffenen Gebieten, besonders im Bereich des Wassermanagements, auch schon Wirkung gezeigt.²¹³

Trotz all dieser Erfolge bleibt die Frage, inwieweit der hohe Anteil der Analphabeten von diesem Programm zur Arbeitsbeschaffung profitiert, da die Anmeldung recht aufwendig ist.²¹⁴

Abgesehen von den in den Grundzügen beschriebenen Modellen zur Unterstützung des Agrarsektors, wird der ländlichen Bevölkerung im Rahmen des „Common Minimum Programme“ noch weitere Unterstützung zugesagt. Unter anderem wird eine großzügigere Kreditvergabe, ebenso wie eine Erweiterung der Darlehen für bäuerliche Klein- und Kleinstbetriebe angestrebt. Gleichzeitig sollen die negativen Aspekte von Kredite, wie Verschuldung und hohe Zinszahlungen, gemindert werden.

Außerdem sollen von Seiten der Regierung die eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ausreichendem Maß vor Importen geschützt werden.²¹⁵

Um allen Unionsstaaten genügend Wasser garantieren zu können, wird von der Regierungskoalition UPA die Möglichkeit der Fortführung des „National River Link Projects“ (NRLP) angedacht. Ausgangspunkt hierfür soll der Süden des Landes sein. ²¹⁶Kerala ist von diesen Plänen besonders betroffen, da aus

²¹² “It has resulted in improved economic independence for women and enabled many women to come out of social barriers and traditional religious inhibitions.“ All India Congress Committee, National Rural Employment Guarantee Programme. A Historic Initiative of the Congress Party, Indian National Congress, 24, Akbar Road, New Delhi - 110011 India, <http://www.congress.org.in/index.php> , 2009, <http://www.congress.org.in/home-layout.php?id=48> (28.Juli 2009)

²¹³ “In several parts of the country water table [sic] are rising after ponds, wells and other water bodies were built or recharged under [sic] National Rural Employment Guarantee Scheme.“ Ibidem.

²¹⁴ Dies ist eine rein persönliche Aussage und nicht durch Quellen belegt. Es erscheint mir allerdings erwähnenswert, denn laut der Volkszählung 2001 gibt es in Indien 467,922,531 Analphabeten. Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, B-Series Educational Level, Census of India, www.censusindia.gov.in , 2001, http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/B_Series/Educational_Level.htm (28.Juli 2009)

²¹⁵ Government of India, National Common Minimum Programme of the Government of India, Prime Minister’s Office, <http://pmindia.nic.in/> , Mai 2004, <http://pmindia.nic.in/cmp.pdf> , (28. Juli 2009) S. 4/5

²¹⁶ Government of India, National Common Minimum Programme of the Government of India, Prime Minister’s Office, <http://pmindia.nic.in/> , Mai 2004, <http://pmindia.nic.in/cmp.pdf> , (28. Juli 2009) S. 13

seinen beiden Flüssen Pampa und Achenkovil Wasser für das Vaipar Becken in Tamil Nadu abgezweigt werden soll. Die von Trockenheit geplagten Gebiete Tirunelveli, Chidambaranar und Kamarajar Tamil Nadus würden hauptsächlich davon profitieren. Eine Organisation, die sich dem Schutz des Flusses Pampa verschrieben hat, nämlich die Pampa Parirakshana Samithy (PPS), macht auf die Konsequenzen einer derartigen Vernetzung aufmerksam. Sie weist darauf hin, dass besonders das Ökosystem rund um den See Vembanad unter der teilweisen Umleitung beider Ströme zu leiden hätte. Ebenso würde die Reisernte bei Kuttanad wegen des mangelnden Zuflusses entsprechend schlechter ausfallen.²¹⁷

Selbst das Parlament gibt ihr Recht. Durch eine Abstimmung brachte es der Zentralregierung schon vor der Wahl seine klare Ablehnung der Pampa-Achenkovil-Vaipar Vernetzung zum Ausdruck.²¹⁸

Dass geplante Flussverbindungen nicht nur in diesem Fall auf wenig Gegenliebe stoßen²¹⁹, ist insofern verständlich, da sie fundamentale Veränderungen mit sich bringen. Zirka 350.000 Hektar Land müssten im Zuge sämtlicher in Betracht gezogener Vorhaben unter Wasser gesetzt werden, wobei etwa 100 000 Hektar Waldbestand geopfert würden und rund eine halbe Million Menschen ihre Wohngebiete zu verlassen hätten.

Da die Meinungen der einzelnen Unionsstaaten und Parteien zu diesem Thema auseinandergehen, bedarf dieser Entwurf der Konkretisierung.²²⁰

²¹⁷ “Pamba and Achancovil rivers are considered as the life line of Central Travancore and the Vembanad wetland system including Kuttanad. The diversion of considerable amount of water from the rivers would ultimately spell the doom of the wet land ecology. The Vembanadu wetland system has been declared as a Ramsar site in view of their rich aquatic ecology. Large Scale diversion of water from the upper catchment areas would lead to an ecological socio-economic disaster in downstream areas especially Kuttanad. Salt water intrusion due to reduced flesh [sic]water flow to the lake will result in increased soil salinity which will ruin the productivity of the Kuttanad paddy growing areas...” Pampa Parirakshana Samithy, Inter linking of Rivers and Pollution. Pampa Achenkovil - Vaipar Link Project - An Ecological Disaster, Pampa Parirakshana Samithy, Prashanth, Thottapuzhassery Maramon P.O. - 689 549, Thiruvalla, Kerala State. India, www.savepampa.org/pps/, http://www.savepampa.org/pps/Pampa_Vaipar.htm (28.Juli 2009)

²¹⁸ “The Kerala Assembly had passed a resolution against the proposed Pampa-Anchankovil-Vaipar link with Tamil Nadu disputing the water flows in the river Pampa.” Gargi Parsai, Lack of concensus on river-linking underscores need for re-think, The Hindu, www.thehindu.com, 24.Mai 2004, <http://www.hindu.com/2004/05/24/stories/2004052405361300.htm> (28.Juli 2009)

²¹⁹ Im selben Artikel ist von mehreren Projekten die Rede, unter anderem vom Ken-Betwa river link zwischen Uttar und Madhya Pradesh. Ibidem.

²²⁰ Ibidem.

Alle bisher beschriebenen Initiativen sind als Hilfestellung für die ländlichen Gebiete und deren Bewohner gedacht. Im Folgenden möchte ich auf weitere Projekte des „Common Minimum Programme“ eingehen, die sich mit den sozialen Disparitäten des Landes beschäftigen.

7.4 Zur Stellung der Frau

Innerhalb des CMP kündigt die United Progressive Alliance an, die Frauenquote in den Vidhan Sabhas, den gesetzgebenden Versammlungen, und in der Lok Sabha per Gesetz erhöhen zu wollen. Je ein Drittel der dortigen Posten sollen in Zukunft von Politikerinnen eingenommen werden.²²¹ Wie die „Times of India“ allerdings kritisch anmerkt, wurde der Vorsatz nicht wie erwartet realisiert. Die UPA legte zwar im Frühling 2008 dem Oberhaus des Parlaments einen diesbezüglichen Entwurf vor, jedoch wurde noch nicht darüber abgestimmt.²²²

Auch wenn Frauen die Türen zu den Vidhan Sabhas und der Lok Sabha noch nicht ganz so weit offen stehen, so lässt die Regierung, laut CMP, keinen Zweifel daran, dass sie dem weiblichen Geschlecht zu einer besseren Position in der Gesellschaft verhelfen will. Gesetze gegen häusliche Gewalt werden ebenso anvisiert, wie die schrittweise Beseitigung der Diskriminierung in der Rechtsprechung. Beispielsweise sollen Frauen in Eigentumsfragen bei Immobilien eine dem Mann gleichwertige Position einnehmen.

Neben den Rechten der Frauen sind auch die Familien von Interesse für die UPA. Der stetig wachsenden Bevölkerung möchte sie mit verstärkter Familienplanung begegnen. Die Unionsstaaten West Bengal und Bihar wären am ehesten von einer solchen Maßnahme betroffen, denn laut der letzten Volkszählung leben in diesen beiden Staaten die meisten Menschen pro Quadratkilometer.²²³

²²¹Government of India, National Common Minimum Programme of the Government of India, Prime Minister's Office, <http://pmindia.nic.in/>, Mai 2004, <http://pmindia.nic.in/cmp.pdf>, (28. Juli 2009) S. 7

²²² Manoj Mitta, Laws UPA promised but failed to deliver, The Times of India, <http://timesofindia.indiatimes.com/>, 8. März 2009, <http://timesofindia.indiatimes.com/India/Laws-UPA-promised-but-failed-to-deliver/articleshow/4240079.cms> (28. Juli 2009)

²²³ In West Bengal kommen auf einen Quadratkilometer 903 Menschen. Office of the Registrar General & Census Commissioner, Census Data 2001, India at a glance, Population Density, Census of India, www.censusindia.gov.in, 2001, http://censusindia.gov.in/Census_Data_2001/India_at_glance/density.aspx (28. Juli 2009)

Der Situation der Kinder wird im „Common Minimum Programme“ auch Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung fasst unter anderem die Abschaffung der Kinderarbeit ins Auge und verspricht mehr Einrichtungen für den Schulbetrieb zur Verfügung zu stellen.

7.5 Zur Situation der „Scheduled Castes and Tribes“

Im Bezug auf diesen Teil der Bevölkerung wird vor allem das Problem der kommunal motivierten Übergriffe und zunehmenden Gewalt angesprochen. Die UPA hat sich im Rahmen des CMP vorgenommen, mit einem neuen Gesetz, das schrittweise von jedem Unionsstaat übernommen werden soll, gegen die Brutalitäten vorzugehen.

Ein dementsprechender Entwurf wurde nach Angaben der „Times of India“ so umgeändert, dass er gleich für sämtliche Staaten galt. Dies hätte der Regierung die Befugnis gegeben rascher auf Konfliktherde zuzugreifen. Bei seiner Vorlegung im Jahr 2005 konnte aufgrund der Modifizierung keine Einigung erreicht werden, weshalb das Gesetz nicht durchgebracht werden konnte.²²⁴

Ein weiterer Schwerpunkt zur Verbesserung der Stellung von Dalits und Adivasis liegt auf der Erschließung neuer Arbeitsbereiche. Die Regierung will die Chancen der Angehörigen der „Scheduled Castes and Tribes“ in der Privatwirtschaft ausloten und denkt auch über die Vormerkung einiger Stellen für diese soziale Gruppe nach.²²⁵

7.6 Die Rechte der Arbeiter und Angestellten

²²⁴“The government dropped the idea of limiting itself to enacting a model law that each state would adopt separately. Instead, in 2005, it introduced a Bill that applied to all states as it conferred overriding powers on the Centre to declare a riot-affected area as "communally disturbed" and assume the responsibility of restoring law and order. The communal violence (prevention, control and rehabilitation of victims) Bill, however, proved to be a non-starter as the government could not hammer out a consensus on such a departure from the existing federal arrangement.“ Manoj Mitta, Laws UPA promised but failed to deliver, The Times of India, <http://timesofindia.indiatimes.com/> , 8. März 2009, <http://timesofindia.indiatimes.com/India/Laws-UPA-promised-but-failed-to-deliver/articleshow/4240079.cms> (28.Juli 2009)

²²⁵ Government of India, National Common Minimum Programme of the Government of India, Prime Minister’s Office, <http://pmindia.nic.in/> , Mai 2004, <http://pmindia.nic.in/cmp.pdf> , (28. Juli 2009) S. 10

Im „Common Minimum Programme“ setzt sich die United Progressive Alliance zum Ziel, Arbeitern des informellen Sektors ein gewisses Maß an sozialer Grundsicherung zu bieten.²²⁶

Weniger als zehn Prozent der arbeitenden Bevölkerung Indiens können sich als minimal abgesichert betrachten. Ihnen sind beispielsweise gute Arbeitsbedingungen garantiert oder sie kommen in den Genuss einer Pensionsvorsorge. Die überwältigende Mehrheit jedoch kann von diesem sozialen Netz nicht profitieren. Darunter fallen unter anderem kleine Bauern oder Straßenhändler, sowie Landarbeiter oder jene, die mit Heimarbeit ihr Geld verdienen. Sie alle unterstehen keinem klar definierten Angestelltenverhältnis, weswegen sämtliche Gesetze für Berufstätige für sie nicht gelten. Da sie in keiner Gewerkschaft organisiert sind, haben sie nicht die Befugnis bestehende Rechte zu beanspruchen. Allen dem informellen Sektor Zugehörigen bleiben Sozialleistungen des Staates verwehrt. Die meisten von ihnen sind Gelegenheitsarbeiter, die auf der Suche nach Beschäftigung von Ort zu Ort ziehen und die Summe für die Sozialversicherung gar nicht aufbringen könnten.

Die „Unorganized Workers' Social Security Bill“, zu Deutsch der „Gesetzesentwurf zur sozialen Absicherung der nicht organisierten Arbeiter“, soll bisherige Verhältnisse ändern. Innerhalb dieses Gesetzesentwurfs wird der Begriff des „Arbeiters“ neu überdacht und alle bisher Vernachlässigten in das Sozialversicherungssystem eingebunden. Sie kommen somit für eine Krankenversicherung oder eine Pension in Frage.²²⁷

Das „Common Minimum Programme“ enthält sehr viele ehrgeizige Initiativen, von denen hier nur ein Teil präsentiert wurde. Großprojekte wie der „National Rural Employment Guarantee Act“ und das „National Food for Work Programme“ wurden bereits umgesetzt, dennoch werden Stimmen in den Medien laut, die der Regierung ihre nicht eingelösten Versprechen vorhalten. Da die UPA als Sieger aus den Wahlen zur fünfzehnten Lok Sabha 2009 hervorgegangen ist, hat sie noch Zeit sich zu bewähren.

²²⁶ “The UPA government is firmly committed to ensure the welfare and well-being of all workers, particularly those in the unorganized sector who constitute 93% of our workforce.“ Ibidem, S. 18

²²⁷ Government of India, Note on Unorganized Sector Worker's Social Security Bill, Prime Minister's Office, <http://pmindia.nic.in/> , http://pmindia.nic.in/nac/communication/Note_on_Unorganized_Sector_Workers.pdf (28. Juli 2009) S. 1/2

8. Ausblick

Das „Common Minimum Programme“ (CMP) ist sehr umfangreich, es spricht sämtliche soziale und wirtschaftliche Probleme Indiens an. Nun wird von der „United Progressive Alliance“ erwartet, dass sie dieses auch umsetzt, was allerdings schwer zu bewerkstelligen sein dürfte. Zaghafte Versuche zur Durchsetzung von Gesetzesentwürfen scheiterten und erste Kritik an der Regierung wurde laut.

So bangte die UPA angesichts der fünfzehnten Lok Sabha 2009 um die Gunst ihrer Wähler. Selbst Umfragen ließen keinen Schluss zu, wer denn das Rennen machen würde. Das Ergebnis überraschte aufgrund seiner Klarheit ganz Indien. Die UPA konnten rund neunzig Prozent aller Wahlberechtigten für sich gewinnen und somit ganze 260 Sitze im indischen Unterhaus ergattern. Mit diesem Resultat verfehlten sie die absolute Mehrheit so knapp wie nie, denn dafür wären nur 272 Sitze nötig gewesen.

Die Bharatiya Janata Party musste sich mit 162 Sitzen deutlich geschlagen geben und die bei den Wahlen 2004 so erfolgreichen links gerichteten Parteien kamen nur auf 77 Sitze²²⁸.

Der Grund für dieses überwältigende Ergebnis könnte darin liegen, dass jene vierzig Millionen Wahlberechtigten, die ihre Stimme nun zum ersten Mal abgeben konnten, ein klares Zeichen für die Modernisierung Indiens setzen wollten und somit eine Abkehr von traditionellen, hinduistisch geprägten Werten einläuten²²⁹.

Dies könnte tatsächlich ein Zeichen dafür sein, dass sich Indien auf dem Weg zu einer säkularen Gesellschaft befindet.

Andere wiederum sehen in diesem Wahlausgang einen massiven Machtverlust kleiner Regionalparteien und eine erneute Zuwendung hin zum Zentrum²³⁰.

Die wirtschaftliche Situation Indiens könnte die „United Progressive Alliance“ allerdings auf die Probe stellen, denn die weltweite Wirtschaftskrise macht

²²⁸ Georg Blume, Indien bleibt cool, Zeit Online, <http://www.zeit.de/index> , 18. Mai 2009, <http://www.zeit.de/online/2009/21/wahl-indien-analyse> (14. August 2009)

²²⁹ Ibidem.

²³⁰ „„Die Macht der Regionalparteien hatte zuletzt völlig unverhältnismäßig zugenommen. Sie konnten die Kongresspartei bei jeder Gelegenheit erpressen. Davon haben die Inder genug gehabt“, sagt Peter deSouza, Leiter des Indian Institute of Advanced Study. Er sieht eine Umkehrung der bisherigen Trends, der die kleinen Parteien immer als Sieger sah und das Regieren in Delhi immer schwieriger machte. "Die Kongresspartei hat sich durch ihren Wahlsieg neu erfunden. Das System ist damit stabilisiert", sagt deSouza.“
Ibidem.

auch vor Indien nicht Halt. Gerade das Zugpferd der indischen Wirtschaft, die Informationstechnologie, wurde schwer von ihr getroffen.

Die Branche, die 800 000 Menschen einen Arbeitsplatz bietet, machte 2008 einen beachtlichen Umsatz von 46,3 Milliarden Dollar.

Nun aber reduzieren internationale Betriebe ihre Auslagerungen in Länder wie Indien, dessen IT - Sektor stark vom Outsourcing abhängig ist. Dies wirkt sich auch auf die Beschäftigten aus, die um ihre gut bezahlten Positionen bangen müssen. Eine der größten Firmen auf dem Gebiet der Informationstechnologie, TCS, baute im Frühjahr 2009 bereits knapp 3000 Arbeitsplätze ab²³¹.

Inwiefern die Regierung diese Krise meistern kann, bleibt abzuwarten.

²³¹„Hatten die fünf größten Unternehmen der Branche zwischen März 2008 und März dieses Jahres noch 80.000 neue Mitarbeiter eingestellt, stehen die Firmenchefs nun mit beiden Füßen auf der Kostenbremse. Erstmals in seiner Firmengeschichte baute etwa TCS zwischen April und Juni per Saldo 2700 Arbeitsplätze ab, um das Quartalsergebnis zu retten.“ Volker Müller, Das Ende des indischen Callcenter - Wunders, Welt Online, <http://www.welt.de/>, 4. August 2009, <http://www.welt.de/wirtschaft/article4255577/Das-Ende-des-indischen-Callcenter-Wunders.html> (14. August 2009)

9. Anhang

Literaturverzeichnis

Michael Gottlob, Arbeit am Feindbild: Der Streit über den Geschichtsunterricht an Indiens Schulen, in: Werner Draguhn (Hrsg.), Indien 2003 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg 2004.

Helmut Reifeld, Gujarat 2002: Menetekel für Indien?, in: Werner Draguhn (Hrsg.), Indien 2003 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg 2004.

Lawrence Sáez, India in 2003. Pre – Electoral Maneuvering and the Prospects for Regional Peace, in: Asian Survey (Januar / Februar 2004), Vol.44, Nr.1, S.23 -35

Christoph S. Sprung, Macht durch Gewalt und Religion – Das hindu-nationalistische Pogrom in Gujarat 2002, in: Uwe Skoda (Hrsg.), Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005.

Klaus Voll, Wahlkampf 2004: Hindu-Nationalisten und Congress im Wettstreit um die Macht, in: Uwe Skoda (Hrsg.), Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?, Berlin 2005.

Literatur aus dem Internet

Ahmedabad Newsline, State objects to Daman Ganga – Pinjal river – linking project, <http://cities.expressindia.com/fullstory.php?newsid=49633> (19.April 2003)

All India Congress Committee, National Rural Employment Guarantee Programme. A Historic Initiative of the Congress Party, <http://www.congress.org.in/home-layout.php?id=48> (2009)

Arun Jaitley, Website of Shri Arun Jaitley, Member of Parliament (Rajya Sabha), My Biodata,

<http://164.100.47.5:8080/members/Website/Mainweb.asp?mpcode=27>

Bernd Basting, Bundesstaaten Indiens: Orissa,
<http://www.asienhaus.de/public/archiv/orissa.htm> (9. Februar 1999)

BBC News, Indian court backs common code,
http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/3089539.stm (23. Juli 2003)

BBC News, Profile: Laloo Prasad Yadav,
http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/3514292.stm (18. Dezember 2006)

BBC News, Profile: Mayawati Kumari,
http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/1958378.stm (11. Mai 2007)

Bharatiya Janata Party, Vision Document 2004,
<http://www.bjp.org/content/view/448/425/>

Bharatiya Janata Party Gujarat, Shri Narendrabhai Modi. Chief Minister,
Gujarat State, <http://www.bjpguj.org/leadership/nm.htm>

B.V.S. Bhaskar, Saluting Sir Arthur Cotton,
<http://www.thehindu.com/2008/05/15/stories/2008051552750300.htm> (15.
Mai 2008)

Georg Blume, Indien bleibt cool, <http://www.zeit.de/online/2009/21/wahl-indien-analyse> (18. Mai 2009)

Rukmini Callimachi, The scars of nationalism. Suburban Hindu nationalists say their shakhas promote pride, but in India similar groups are linked to atrocities, <http://www.dailyherald.com/special/passagefromindia/hindu.asp> (7. Mai 2003)

Central Bureau of Investigation, Frequently Asked Questions (FAQ),
<http://www.cbi.gov.in/faq/faq.php> (2007)

Community Information Centres, CIC Brochure,
<http://www.cic.nic.in/brochure2003.pdf> (2003)

Department of Information Technology, Ministry of Communications & Information Technology, Information Technology Act 2000 Online,
<http://www.mit.gov.in/default.aspx?id=192>

Official Homepage of DMK, Manifesto for the Parliamentary Elections 2004,
<http://www.dmk.in/e2004/emfesto.htm>

Electadmk, AIADMK: Election 2006, Get informed,
http://www.electadmk.com/get_informed.php

Julia Eckert, Die Shivsena in Maharashtra. Wie man die Bewegung in Bewegung hält, <http://www.suedasien.info/analysen/516> (14. April 2001)

Peter Gey, Matthias Jobelius, Renate Tenbusch, Indien. Herausforderungen auf dem Weg zur Weltmacht, <http://www.fes.de/kompass2020/pdf/Indien.pdf> (September 2007)

Government of India, National Common Minimum Programme of the Government of India, <http://pmindia.nic.in/cmp.pdf> (Mai 2004)

Government of India, Note on Unorganized Sector Worker's Social Security Bill,
http://pmindia.nic.in/nac/communication/Note_on_Unorganized_Sector_Workers.pdf

Manfred Haack, Machtwechsel in Delhi. Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien, <http://library.fes.de/pdf-files/id/02126.pdf> (Juli 2004)

Martin Heimes, Die Mandal-Kommission. Affirmative Action in Indien, <http://www.suedasien.info/analysen/634> (15. April 2001)

Himanshu Takkar, Flood of Nonsense. How to manufacture concensus for river-linking, in: Himal, August 2003,
<http://www.sandrp.in/riverlinking/fldnsnse.pdf>

The Hindu, Kalam calls for second green revolution,
<http://www.hindu.com/2003/01/09/stories/2003010903361300.htm> (9.
Januar 2003)

The Hindu, UPA Government to adhere to six basic principles of governance,
<http://www.hindu.com/2004/05/28/stories/2004052807371200.htm> (28.
Mai 2004)

Hindu Swayamsevak Sangh USA, Hindu Swayamsevak Sangh – An
introduction, <http://www.hssus.org/content/view/18/112/>

Hinduunity.org, Bajrang Dal – The official website,
<http://www.hinduunity.com/bajrangdal.html>

Indian Elections, Party Manifestos AIADMK, [http://www.indian-
elections.com/partymanifestoes/aiadm.html](http://www.indian-elections.com/partymanifestoes/aiadm.html)

Indiatimes News Network, United Progressive Alliance: Partners in governance,
<http://timesofindia.indiatimes.com/articleshow/1716941.cms> (8. Juli 2006)

India Vision 2020, Address to the nation by the President Abdul Kalam, on the
eve of Independence Day - 14th August 2002,
<http://www.indiavision2020.org/KalamSpeech2.htm> (14. August 2002)

International Water Management Institute, Strategic Analysis of India's
National River-Linking Project, Project Proposal,
<http://nrlp.iwmi.org/PDocs/proposal/Project%20Proposal.doc>

ITP (Investment and Technology Promotion) Division, Ministry of External
Affairs, Know India Indian State: Gujarat,
<http://www.indiainbusiness.nic.in/know-india/states/gujarat.htm>

Lok Sabha Secretariat, Lok Sabha. House of the people, Parliament of India,
Frequently Asked Questions on Lok Sabha,
<http://164.100.47.134/newls/FAQ.aspx>

Media Lab Asia, Education,

http://medialabasia.in/index.php?option=com_content&task=view&id=35&Itemid=38

Media Lab Asia, Empowerment of Disabled,

http://medialabasia.in/index.php?option=com_content&task=view&id=37&Itemid=39

Media Lab Asia, Healthcare,

http://medialabasia.in/index.php?option=com_content&task=view&id=34&Itemid=37

Media Lab Asia, Welcome to Media Lab Asia, <http://medialabasia.in/>

Stefan Mentschel, Christoph S. Sprung, Hunderte Tote bei kommunalistischen Ausschreitungen im indischen Unionsstaat Gujarat,

<http://www.suedasien.info/nachrichten/1027> (28. Februar 2002)

Mid-day, All India Trinamool Congress, <http://www.mid-day.com/poll2009/2009/mar/100309-All-India-Trinamool-Congress-party-profile-Mamta-Banerjee-West-Bengal.htm> (10. März 2009)

Ministry of Rural Development, Annexure-1. List of the most backward districts identified for implementation of National Food for Work Programme, <http://www.rural.nic.in/AnnexureNFFWP1.htm> (2004)

Ministry of Rural Development, National Food for Work Programme (NFFWP) Guidelines, <http://rural.nic.in/nffwpguidelines.htm> (2004)

Ministry of Rural Development, The National Rural Employment Guarantee Act 2005 (NREGA). Operational Guidelines 2008 3rd Edition, http://nrega.nic.in/Nrega_guidelinesEng.pdf (2008)

Ministry of Rural Development, Sampoorna Grameen Rozgar Yojana (SGRY), <http://rural.nic.in/book01-02/ch-2.pdf> (2001/2002)

Manoj Mitta, Laws UPA promised but failed to deliver,
<http://timesofindia.indiatimes.com/India/Laws-UPA-promised-but-failed-to-deliver/articleshow/4240079.cms> (8. März 2009)

Dr. Yaaminey Mubayi, Verdict 2004. Civil Society and Democratization in India, <http://www.asienhaus.de/public/archiv/india-verdict2004.pdf> (Juli 2004)

Volker Müller, Das Ende des indischen Callcenter-Wunders,
<http://www.welt.de/wirtschaft/article4255577/Das-Ende-des-indischen-Callcenter-Wunders.html> (4. August 2009)

Prof. Shriman Narayan, Gandhian Constitution for Free India. Village as Basic Unit, <http://www.peoplefirstindia.org/chap5.htm> (1999)

Swati Narayan, Unemployment and Migration,
<http://www.indiatogether.org/2004/mar/eco-migration.htm> (März 2004)

Nationalist Congress Party, NCP Origins, <http://www.ncp.org.in/>

National Sample Survey Organisation, Ministry of Statistics & Programme Implementation, Employment and Unemployment Situation Among Social Groups in India,
http://mospi.nic.in/rept%20_%20pubn/ftest.asp?rept_id=516&type=NSSO
(Oktober 2006)

National Water Development Agency, Feasibility Report of Damanganga Pinjal Link, Environmental and Ecological Aspects of the Project,
<http://nwda.gov.in/writereaddata/sublink2images/94.pdf>

National Water Development Agency, Feasibility Report of Damanganga Pinjal Link, Introduction, <http://nwda.gov.in/writereaddata/sublink2images/87.pdf>

National Water Development Agency, Feasibility Report of Ken Betwa Link Project, Environmental and Ecological Aspects of the Project,
<http://nwda.gov.in/writereaddata/sublink2images/26.pdf>

National Water Development Agency, Feasibility of Ken Betwa Link Project, Interstate Aspects, <http://nwda.gov.in/writereaddata/sublink2images/18.pdf>

National Water Development Agency, Functions of NWDA, <http://nwda.gov.in/indexab.asp?langid=1>

National Water Development Agency, Ken - Betwa Link, <http://nwda.gov.in/index3.asp?sublink2id=23&langid=1>

OBCReservation.net, What is Mandal Commission?, <http://www.obcreservation.net/ver1/content/view/37/90/1/2/> (2006)

Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Data 2001, India at a glance, Population Density, http://censusindia.gov.in/Census_Data_2001/India_at_glance/density.aspx (2001)

Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Data 2001, India at a glance, Scheduled Castes & Scheduled Tribes Population, http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/India_at_glance/scst.aspx (2001)

Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, A - Series - Scheduled Castes & Scheduled Tribes Population, http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/A_Series/SC_ST.htm (2001)

Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, A-Series - Total population, http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/A_Series/Total_population.htm (2001)

Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, B-Series - Educational Level,

http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/B_Series/Educational_Level.htm (2001)

Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, B-Series – Industrial category of workers,
http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/B_Series/Industrial_Category_of_worker.htm (2001)

Office of the Registrar General & Census Commissioner, India, Census Reference Tables, C-Series – Population by religious communities,
http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_data_finder/C_Series/Population_by_religious_communities.htm (2001)

Torsten Otto, Neue Satyagraha-Kampagne der Narmada-Bewegung,
<http://www.suedasien.info/nachrichten/1171> (31. Juli 2001)

Pampa Parirakshana Samithy, Inter linking of Rivers and Pollution. Pampa Achenkovil-Vaipar Link Project – An Ecological Disaster,
http://www.savepampa.org/pps/Pampa_Vaipar.htm

Gargi Parsai, Agreement on linking of Ken and Betwa Rivers signed,
<http://www.hindu.com/2005/08/26/stories/2005082609880100.htm> (26. August 2005)

Gargi Parsai, Fernandes to head Janata Dal (United),
<http://www.hinduonnet.com/thehindu/2003/10/31/stories/2003103104371100.htm> (31. Oktober 2003)

Gargi Parsai, Lack of concensus on river-linking underscores need for re-think,
<http://www.hindu.com/2004/05/24/stories/2004052405361300.htm> (24. Mai 2004)

Gargi Parsai, Meet on linking rivers today,
<http://www.hindu.com/2004/01/27/stories/2004012705980100.htm> (27. Januar 2004)

Gargi Parsai, Prabhu heads task force on linking of rivers,

<http://www.hinduonnet.com/2002/12/17/stories/2002121705270100.htm>

(17. Dezember 2002)

Planning Commission, Aboutus. Function,

<http://planningcommission.gov.in/aboutus/function.html>

Planning Commission, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002 – 2007),

Agriculture,

http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch5_1.pdf

Planning Commission, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002 – 2007),

Information Technology,

http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume2/v2_ch7_4.pdf

Planning Commission, Five Year Plans, 10th Five Year Plan (2002 – 2007),

Perspective, Objectives and Strategy,

http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/fiveyr/10th/volume1/v1_ch1.pdf

Venkitesh Ramakrishnan, Hindutva Institutions in Education. The spreading network of RSS, in: Frontline, Nov. 07 – 20, 1998

<http://www.indowindow.com/sad/article.php?child=30&article=32> (November 1998)

Theodor Rathgeber, Die geplante Öde. Überlebenskampf, Staudämme und Entwicklungsplanung in Indien, in: pogrom-bedrohte Völker 222 (6/2003),

<http://www.gfbv.it/3dossier/h2o/indien.html> (Juni 2003)

Helmut Reifeld, Ayodhya: Ein indischer „clash of civilisations“?,

<http://www.kas.de/wf/de/33.2838/> (1. Oktober 2003)

Helmut Reifeld, Indien: Gujarat nach der Landtagswahl, <http://www.kas.de/wf/de/33.1341/>, (22. Januar 2003)

Vesna Rodic, Muslim-Pogrome in Gujarat: Indiens säkulare Tradition in Gefahr?, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/01388.pdf> (9. August 2002)

Christoph S. Sprung, Nach den Wahlen in Bihar. Beginn des Tauziehens in Patna, <http://www.suedasien.info/nachrichten/498> (28. Februar 2005)

Nikita Sud, Secularism and the Gujarati State: 1960 – 2005, Paper prepared for the 50th Anniversary Conference of Queen Elizabeth House, in: Modern Asian Studies, Vol. 42, Nr.6 S. 1213 – 1249, <http://www.qeh.ox.ac.uk/dissemination/conference-papers/sud.pdf/>

Sustainable Development Networking Programme Bangladesh, Inter Basin Water Transfer Link Project of India, http://www.sdnpsd.org/river_basin/whatis/whatis_history.htm

Eric Töpfer, Bharatiya Janata Party (BJP), <http://www.suedasien.info/laenderinfos/287> (2. August 2000)

Eric Töpfer, Gujarat, <http://www.suedasien.info/laenderinfos/463> (21. Mai 2004)

Eric Töpfer, Indian National Congress, <http://www.suedasien.info/laenderinfos/289> (24. Juni 2000)

The Tribune Online Edition, RJD releases manifesto. Laloo goes all out to woo minorities, <http://www.tribuneindia.com/2005/20050121/election.htm#bih> (20. Januar 2005)

Purnima S. Tripathi, Saving the Taj Mahal, in: Frontline, Vol.20, Nr.15 (19. Juli – 1. August 2003) <http://www.hinduonnet.com/fline/fl2015/stories/20030801000206600.htm> (Juli/August 2003)

Klaus Julian Voll, George Fernandes,
<http://www.suedasien.info/analysen/627> (22. Juli 2001)

**Klaus Julian Voll, Gujarat zwischen Kommunalismus und ethnischer
Säuberung, <http://www.suedasien.info/nachrichten/1033> (12. März 2002)**

Klaus Julian Voll, Klarer Wahlsieg des Congress (I) in Himachal Pradesh,
<http://www.suedasien.info/nachrichten/898> (4. März 2003)

Klaus Julian Voll, Zum Tod von Ex-Premierminister Chandrashekhar,
<http://www.suedasien.info/kommentare/1978> (14. Juli 2007)

Abstract

Die vorliegende Arbeit mit dem Titel „Indien 2004: Von der Hindutva zum Säkularismus?“ handelt von den Wahlen zur vierzehnten Lok Sabha 2004, dem Unterhaus des indischen Parlaments. Die Bharatiya Janata Party (BJP), die hindunationalistische Partei Indiens, musste sich überraschend dem Indian National Congress (INC) geschlagen geben.

Die Bharatiya Janata Party steht im Zeichen der „Hindutva“, der Ausrichtung des Lebens nach hinduistischen Grundsätzen, und hat sich die „hindu rashtra“, den Staat der Hindus, zum Ziel gesetzt. Der Indian National Congress (INC) ist der säkularen Tradition verpflichtet.

Maßgeblich für den Sieg des Indian National Congress war deren Kampagne, „Hand behind the common man“, von der sich vor allem die ärmere Bevölkerung angesprochen fühlte. Im Gegensatz dazu war der Wahlkampf der Bharatiya Janata Party unter dem Slogan „India Shining“ geprägt von Indiens wachsender Wirtschaft. Das viel gepriesene Wachstum von acht Prozent war allerdings ein „jobless growth“, trug also nicht zur Senkung der Arbeitslosenquote bei.

Ebenso hatte die BJP mit den Folgen des Massakers von Gujarat 2002 zu kämpfen. Am 27. Februar 2002 verloren 58 „kar sevaks“, freiwillige Helfer der Hindutva, ihr Leben, die aus Ayodhya zurückgekehrt waren, um dort Bauteile für den Ram – Tempel zu weihen. Das unmittelbar darauf einsetzende Massaker an den Muslimen Gujarats wurde von der BJP Gujarats, die die Landesregierung stellte, nicht unterbinden. Sie machte sich die brutalen Auseinandersetzungen zunutze, um die Landtagswahlen 2003 zu gewinnen.

Die neue Regierungskoalition des Congress, die „United Progressive Alliance“, macht in ihrem zu Regierungsbeginn veröffentlichten „Common Minimum Programme“ deutlich, dass sie derartige Gewalt ablehnt. Überdies hat sie Arbeitsbeschaffungsprojekte für die ländliche Bevölkerung in Gang gesetzt, die der Verbesserung der ländlichen Infrastruktur dienen sollen. Der „National Rural Employment Guarantee Act“, sowie das „National Food for Work Programme“ wurden positiv aufgenommen.

Lebenslauf

Vanessa Krebs, Matrikelnummer a9901402

Werdegang:

- 1999 – Matura am Bundesgymnasium 19
Gymnasiumstraße 83, 1190 Wien
- 2000 – Beginn der Studien Geschichte und Spanisch an der
Universität Wien, ab 2002 Diplomstudium Geschichte
- 2005 – Beginn des Bachelorstudiums der Betriebswirtschaft an der
Wirtschaftsuniversität Wien

Arbeitserfahrung:

- März – Juli 2001 Saisonguide bei der Schönbrunn Kultur- und
Betriebsges. m. b. H (Hofburg – Kaiserappartements)
- Juli 2002 Guide im Alexander Fleming Laboratory Museum,
St. Mary's Hospital, Praed Street, London W2 1NY
- Juli 2003 Ferialpraxis im Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 6-8
1010 Wien
- Juli/August Ferialpraxis im Bloomsbury Verlag, London
2004/2005 36 Soho Square, London W1D 3QY
- seit Juli 2007 Lehrkraft für Englisch, Bildungsforum
IFL Dr. Rampitsch, Maturaschule,
Schottenfeldgasse 59, 1070 Wien
- September 2009 Bloomsbury Verlag, London